

Ordentlicher Landesparteitag der NRWSPD am 24. September 2016
im RuhrCongress Bochum



Antragsbuch II

Sozialpolitik

Umwelt-, Energie-, Stadtentwicklungs- und Verkehrspolitik

Wirtschafts- und Finanzpolitik

Sozialpolitik

Antragsbereich S/ **Antrag 1**

Unterbezirk Gelsenkirchen

Für eine lebensstandardsichernde Rente Votum Antragskommission

- Das Leistungsniveau der gesetzlichen Rente muss stabilisiert und schrittweise wieder angehoben werden. Andernfalls drohen sozialer Abstieg oder gar Armut im Alter. Zukünftig muss die gesetzliche Rente wieder den ganz überwiegenden Teil der Lebensstandardsicherung im Alter ermöglichen. Die Idee, ein sinkendes Leistungsniveau über private, staatlich geförderte Zusatzvorsorge auszugleichen, ist gescheitert. Um die gesetzliche Rentenversicherung wieder zu stärken, sind auch höhere -paritätisch finanzierte- Beiträge zu akzeptieren. Gerade die jüngeren Generationen sind damit überfordert, weitgehend allein - also ohne finanzielle Beteiligung der Arbeitgeber und Arbeitgeberinnen - an unsicheren und von der andauernden Niedrigzinsphase geprägten Kapitalmärkten die immer größer werdenden Lücken in ihrer Alterssicherung schließen zu müssen.
- Kurzfristig muss noch in dieser Legislaturperiode die Lebensleistungsrente (Solidarrente), wie sie im Koalitionsvertrag vereinbart wurde, beschlossen werden.
- Langfristig kann eine Anhebung des Leistungsniveaus in der gesetzlichen Rentenversicherung nur durch ein grundlegend reformiertes Rentensystem erfolgen.
- Begründung:**
- Durch mehrere Rentenreformen wurde die
- Erledigt durch Annahme S3 und Überweisung an SPD-Parteivorstand zur Erarbeitung Wahlprogramm 2017

ehemalige Funktion der gesetzlichen Rente, im Alter die Sicherung des zuvor erreichten Lebensstandards zu sichern, dem Dogma der Beitragssatzstabilität geopfert. Doch diese rentenpolitische Entscheidung belastet Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ebenso wie die Rentnerinnen und Rentner. Die gesetzlichen Renten werden durch sogenannte Dämpfungsfaktoren in der Rentenanpassungsformel immer weiter von der Wohlstandsentwicklung und von steigenden Löhnen und Gehältern abgekoppelt. Schon heute liegt das Rentenniveau, ausgewiesen als Sicherungsniveau vor Steuern einer Standardrente (45 Entgeltpunkte bzw. 45 Jahre immer Durchschnittsverdienst), nur noch bei 47,5 Prozent. Als lebensstandardsichernd gilt ein Sicherungsniveau vor Steuern von rund 53 Prozent, was etwa einem Netto-Rentenniveau von 70 Prozent entspricht. Bis zum Jahr 2030 kann das Sicherungsniveau vor Steuern aber sogar bis auf 43 Prozent sinken. Derzeit liegt eine Standardrente bei 1.314 Euro. Hätten wir heute bereits nur noch 43 Prozent Sicherungsniveau vor Steuern, dann läge die Standardrente knapp unterhalb von 1.200 Euro – und damit erschreckend nah an der Armutsschwelle, die etwas unter 1.000 Euro liegt. Gleichzeitig würden aber auch hierfür die Beiträge steigen. Es bedarf daher einer gesellschaftlichen Diskussion über die zukünftig akzeptablen Beiträge und über die notwendige Leistungshöhe der gesetzlichen Rentenversicherung gleichermaßen. Darüber hinaus führen die Fehlentwicklungen am Arbeitsmarkt dazu, dass der Standardrentner immer mehr zu einer rein statistischen Fiktion wird, die mit den Erwerbsverläufen vielen Menschen nichts mehr zu tun hat. Während also einerseits das Rentenniveau sinkt, durchlöchern auf der anderen Seite Phasen von Arbeitslosigkeit sowie atypischer und prekärer Beschäftigung (Minijobs, Leiharbeit, Werkverträge, unfreiwillige Teilzeitbeschäftigung etc.) die Erwerbsbiografien. Wenn aber im Alter

immer weniger Menschen auf eine
auskömmliche Rente vertrauen können und
man selbst nach jahrzehntelanger
90 Beitragszahlung mitunter nur eine Rente
knapp oberhalb der Grundsicherung im Alter
erhält - oder gar darunter -, dann droht der
gesetzlichen Rentenversicherung eine
existenzbedrohende Legitimationskrise. Dies
95 gilt es zu verhindern.

Antragsbereich S/ **Antrag 2**

Unterbezirk Bottrop

Altersarmut

Votum Antragskommission

Der Bundesvorstand wird aufgefordert sich für eine grundlegende und umfassende Reform der Altersabsicherung in den politischen Gremien einzusetzen.
5 Überweisung an SPD-Parteivorstand zur Erarbeitung Wahlprogramm 2017

Dabei ist

- die staatliche Regelsicherung zur „Solidarrente“ auszubauen,
10
- sind die alle in der Bundesrepublik Deutschland arbeitenden nicht deutschen Staatsbürger sowie alle deutschen Staatsbürger in die gesetzliche Rentenversicherung einzubeziehen
15
- ist die Erwerbsminderungsrente zu verbessern

20 Nur so ist es möglich der steigenden Altersarmut entgegenzuwirken.

25 Die Rentnerinnen und Rentner werden schon heute immer mehr vom Lebensstandard abgekoppelt, die Altersarmut droht in den nächsten Jahren zu einem Massenphänomen zu werden.

Begründung:

30

Das sogenannte „Drei - Säulen - Modell“ zur Absicherung der Rente in Deutschland, bestehend aus der staatlichen Regelsicherung, der betrieblichen Altersversorgung und der privaten Altersvorsorge hat die bisher erhoffte Wirkung nicht gezeigt.

35

40

Die staatliche Regelsicherung muss durch Einbeziehung „Aller“ Beschäftigten weiter gestärkt werden. (z.B. Schweizer Modell)

45

Die Teilhabe an einer betrieblichen Altersversorgung ist insbesondere in den kleineren und mittleren Betrieben nicht möglich. Außerdem zeigt die kapitalgedeckte Altersversorgung, Lebensversicherung dass sie nicht funktioniert. Dazu kommt das knapp 30 Prozent aller Arbeitnehmer oft aus finanziellen Gründen an keiner freiwilligen Vorsorgeform teilnehmen können. Die Gründe liegen u. a. in verbreiteter Teilzeitarbeit, Minijobs, Befristungen, Beschäftigung im Niedriglohnsektor über viele Jahre und im Ausarten der Werkverträge (Scheinselbständigkeit).

50

55

60

Deshalb ist eine grundlegende Reform der Alterssicherung politisch umzusetzen.

*Antragsbereich S/ **Antrag 3***

Arbeitsgemeinschaft 60 Plus

Für ein solidarisches und gerechtes Generationenprojekt. Der Weg zu einer Erwerbstätigenversicherung

In unserer sog. Sozialen Marktwirtschaft verschärft sich die Kluft zwischen Armut und Reichtum immer mehr. Das Leitmotiv der Sozialen Marktwirtschaft „Wohlstand

Annahme in Fassung Antragskommission und Überweisung an SPD-Parteivorstand zur Erarbeitung Wahlprogramm 2017

5 für Alle“ wird mehr und mehr ersetzt durch Text folgt
„Reichtum für Wenige“. Die Ungleichheit
der Einkommen und Vermögen in
Deutschland ist größer als in vielen anderen
Industriestaaten. Dies muss sich ändern.

10 Es muss sich ändern, für die Frauen – die
nach der Familienphase rasch eine Rückkehr
in eine sozial abgesicherte Beschäftigung
brauchen, bei denen die Einkommenskluft
15 zwischen Frauen und Männern überwunden
werden muss.

Es muss sich ändern, für die Jungen – denen
noch viel zu oft der Einstieg in das
20 Erwerbsleben schwergemacht wird, Sie
werden prekär beschäftigt und schlecht
entlohnt, besonders wenn sie einen
Migrationshintergrund haben.

25 Es muss sich ändern, für die
Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer – die
noch zu oft in Beschäftigungsformen wie
Teilzeit, Leiharbeit und Werkverträge
gedrängt werden. Dies führt zu großen
30 Zukunftssorgen der Arbeitnehmerinnen und
Arbeitnehmer, zur berechtigten Angst vor
sozialem Abstieg und Armut im Alter.

Es muss sich grundlegend ändern, für die
35 Älteren – deren Alterseinkommen aus der
gesetzlichen Rentenversicherung von der
Lohnentwicklung abgekoppelt wird und
immer häufiger nicht mehr den erwarteten
Lebensstandard sichert.

40 Dies sind nur einige Punkte die deutlich
zeigen wir brauchen Mut und Willen zu
umfassenden Reformen.

45 In der jetzigen Koalitionsregierung haben
wir gegen erhebliche Widerstände der
CDU/CSU Gerechtigkeitslücken auf dem
Arbeitsmarkt schließen können. Dies weil
klar ist, wer drohender Altersarmut
50 vorbeugen will muss für Reformen auf dem
Arbeitsmarkt kämpfen.

Die Einführung des gesetzlichen

55 Mindestlohns ist dabei ein wichtiger Schritt,
ein kleiner Schritt zu mehr Beteiligung am
wachsenden Wohlstand unserer
Gesellschaft. Wir haben damit die
Abwärtsspirale bei den Löhnen
60 durchbrochen. Es verbessert die Einkommen
von 3,7 Millionen Beschäftigten. Der
Mindestlohn muss aber kontinuierlich und
deutlich erhöht werden.

65 Für rund eine Million Menschen in
Leiharbeit und viele Beschäftigte mit
Werkverträgen konnte die Situation
verbessert werden. Die Blockade von CDU
und CSU ist durchbrochen. Die SPD stoppt
auch hier Lohndumping und setzt klare
70 Regeln bei Leiharbeit und Werkverträgen.
Gleichzeitig wird die Tarifbindung gestärkt.
Ein Erfolg für einen sozialeren Arbeitsmarkt
Der Kampf ist aber noch nicht zu Ende.

75 Wir kämpfen mit aller Entschiedenheit für
Lohngerechtigkeit zwischen Frauen und
Männern. Nach wie vor vorhandene
Unterschiede widersprechen dem
Gleichheitsgrundsatz und sind zudem
80 ökonomisch unsinnig. Das von der
Ministerin Schwesig vorgelegte Gesetz für
mehr Lohngerechtigkeit zwischen Frauen
und Männern darf die Union nicht länger
blockieren.

85 Der Kampf um einen besseren, einen
sozialeren Arbeitsmarkt muss dringend
ergänzt werden um eine umfassende Reform
der Alterssicherung. Wir wissen eine
90 nachhaltige, lebensstandardsichernde und
armutsfeste Rentenversicherung ist ein
wesentlicher Beitrag zur gesellschaftlichen
und politischen Stabilität.

95 Der Gesetzgeber hat mit den
Rentenreformen des letzten Jahrzehnts die
Ziele der Lebensstandardsicherung und der
strukturellen Armutsfestigkeit für die
gesetzliche Rentenversicherung ausdrücklich
100 zu Gunsten der Beitragssatzstabilität
aufgegeben. Die entstehende Lücke soll
durch die kapitalgedeckte private

105 Zusatzvorsorge geschlossen werden. Das ist
nicht gelungen.

Wir stellen fest:

110 Das ideologisierte »Drei-Säulen-Konstrukt«
aus relativ sinkender gesetzlicher Rente,
vermehrter privater Vorsorge sowie
betrieblicher Altersversorgung erfüllt den
erwarteten sozialpolitischen Anspruch nicht.

115 Die Teilprivatisierung der Vorsorge trägt
eher zur Verschärfung der
Einkommensungleichheit im Alter bei und
sie erhöht das Risiko von Altersarmut. Nur
Lebensstandardsicherung und Solidarprinzip
als strukturprägende Leitbilder der sozialen
120 gesetzlichen Pflichtversicherung können
eine personell umfassende finanzielle
Absicherung der sozialen Risiken Alter,
Invalidität und Todesfall gewährleisten.

125 Es ist unerlässlich, das
Alterssicherungssystem wieder so
umzustellen, dass die beiden Hauptziele –
nämlich Lebensstandardsicherung und
strukturelle Armutsfestigkeit - innerhalb der
130 umlagefinanzierten gesetzlichen
Rentenversicherung erreicht werden können.
Dies ist beim Blick über die Landesgrenzen
ohne nachteilige Auswirkungen für die
deutsche Volkswirtschaft möglich. (s.
135 Österreich)

Wir fordern:

140 Die gesetzliche Rentenversicherung muss
wieder an den Zielen –
„Lebensstandardsicherung und
Armutsfestigkeit“ ausgerichtet werden.

145 Die geforderte Reform der gesetzlichen
Rentenversicherung mit der genannten
Zielsetzung braucht ein nachhaltiges Renten-
Niveau von mindestens 50 %.

150 Die Festlegung auf diese Zielgröße für das
Rentenniveau macht eine Reform der
Rentenformel, genauer der

Rentenanpassungsformel, unerlässlich. Es gilt, die jetzt in der Formel vorhandene Abkopplung von den Löhnen durch Dämpfungsfaktoren, zu streichen. Der Grundsatz – die Renten folgen den Löhnen – muss wieder in vollem Umfang gelten.

Wir fordern:

Reform der Rentenanpassungsformel

Die Festlegung auf das konstant zu haltende Rentenniveau nach Sozialversicherungsbeitrag braucht eine deutliche Vereinfachung und Transparenz der Rentenanpassungsformel. Künftig sollen lediglich die Entwicklung der Bruttolöhne sowie der Beitragssätze zur Renten-, Kranken-, Pflege- und Arbeitslosenversicherung in die Berechnung der Rentensteigerungen eingehen. Die Dämpfungsfaktoren, wie der „Nachhaltigkeitsfaktor“ und der „Riester-Faktor“ haben in einer transparenten Rentenanpassungsformel, die zugleich ein nachvollziehbares Prinzip der Generationengerechtigkeit zum Ausdruck bringen soll, nichts zu suchen und müssen gestrichen werden.

Wir fordern:

Mindestlohn kontinuierlich und deutlich anheben

Der SPD ist es gegen große Widerstände gelungen ist, einen bundeseinheitlichen flächendeckenden Mindestlohn durchzusetzen. Er wird für in der Zukunft liegende Zeiten, bei einer Standarderwerbsbiographie, auch dafür Sorge tragen Rentenansprüche zu erhöhen. Es gilt allerdings den Satz von 8,50 €, ab 2017 – 8,84 €, deutlich zu erhöhen.

Rente nach Mindest-Entgelt-Punkten als Dauerlösung

Selbst wenn das Rentenniveau auf mindestens 50 % angehoben wird, gibt es in

unserem Rentensystem, in dem die Renten den zuvor erzielten Löhnen entsprechen, Fälle, in denen trotz langjähriger Vollzeitarbeit keine armutsfeste Rente erworben wird. Dies wird wegen der stark gewachsenen Lohnungleichheit in Zukunft sogar häufiger vorkommen. Deshalb wird vorgeschlagen, die seit 1972 bestehende und bereits einmal verlängerte Rente nach Mindestentgeltpunkten nicht nur zu verlängern, sondern diese zu entfristen und zu einer Dauerlösung zu machen. Dadurch wird dieses Instrument zu einer Verbesserung der Rentenansprüche für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer für in der Vergangenheit liegende Phasen des Niedriglohnbezugs und/oder Langzeitarbeitslosigkeit, prekärer Arbeitsverhältnisse mit negativen Auswirkungen auf die Rente. Sie ist damit ein wirksames Instrument für die Vergangenheit und Zukunft.

Mindestlohn und die Rente nach Mindestentgeltpunkten

Mindestlohn und eine Rente nach Mindestentgeltpunkten sind ein vernünftiger Instrumenten-Mix. Sie verbessern Erwerbsbiographien in zurückliegenden Erwerbsphasen und in der Zukunft. Dadurch wird ein nachhaltiger Beitrag geleistet, das Pflichtversicherungssystem strukturell armutsfest zu machen.

Das Armutsrisiko bei Erwerbsminderungsrenten senken

Hier besteht trotz der beschlossenen Verbesserungen nach wie vor besonderer Handlungsbedarf. Die Erwerbsminderungsrenten liegen im Durchschnitt bei 650,00 €

Wir fordern:

Die Abschläge bei den Erwerbsminderungsrenten sind abzuschaffen.

Zukunft der privaten kapitalgedeckten

250 Altersvorsorge

Das jetzige Drei-Säulen-Modell sieht vor, dass die Lücken der umlagefinanzierten gesetzlichen Rentenversicherung durch die
255 Riesterrente und Betriebsrente geschlossen werden sollen. Dann müssen die private und betriebliche Altersvorsorge den gleichen Leistungsumfang wie die gesetzliche Rentenversicherung erfüllen: Absicherung
260 des Erwerbsminderungsrisikos und des Hinterbliebenenrisikos, flächendeckende Verbreitung (auch für die unteren Einkommensgruppen), Maßnahmen zur Schließung von Lücken (z. B. bei
265 Arbeitslosigkeit), Transparenz des Altersvorsorgemarktes und des Verbraucherschutzes und finanzielle Beteiligung der Arbeitgeber.

270 Keine dieser Bedingungen ist gegenwärtig auch nur annähernd erfüllt. Deshalb muss die Lebensstandardsicherung wieder Aufgabe der gesetzlichen Rentenversicherung sein und die private
275 kapitalgedeckte Altersvorsorge hat lediglich ergänzende Aufgaben.

Riesterrente

280 Die Riesterrente hat die hochfliegenden Erwartungen nicht erfüllt.

Die Förderung dieser Form der privaten Vorsorge durch den Staat („Riester-
285 Förderung“) ist nicht nur überflüssig, sondern verursacht in der gegenwärtigen Konstruktion (Kombination aus Freiwilligkeit und progressiver Förderung mit wachsendem Einkommen)
290 Mitnahmeeffekte und eine Umverteilung von unten nach oben.

Wir fordern:

295 Die rechtliche Verbindlichkeit der bestehenden Riester-Verträge bleibt vollumfänglich bestehen. Eine weitere Förderung neuer Verträge mit staatlichen

Mitteln erfolgt nicht.

300

Betriebliche Altersversorgung

In unseren Parteitagebschlüssen heißt es zur betrieblichen Altersversorgung: „Eine
305 Stärkung und größere Verbreitung der betrieblichen Altersversorgung ist eine wünschenswerte Ergänzung der gesetzlichen Rentenversicherung unter Wahrung des Besitzstandes bestehender Verträge“.

310

Die Regierung will der Stagnation in der betrieblichen Altersversorgung entgegenwirken und politische Impulse für ihre Verbreitung zu setzen. Studien zeigen:
315 Vor allem in kleinen und mittelständischen Unternehmen besteht noch erheblicher Nachholbedarf. In verschiedenen Branchen und insbesondere dort, wo Unternehmen nicht tariflich gebunden sind, ist die
320 Verbreitung äußerst gering.

Ein Vorschlag (Sozialpartnermodell) des Bundesarbeitsministeriums unter Leitung von Andrea Nahles liegt vor. Er enthält für
325 die Arbeitgeber die Einführung der reinen Beitragszusage und will die Arbeitgeber von den Haftungsrisiken der betrieblichen Altersversorgung befreien.

330 Eine besondere Rolle als Anreizsystem soll die Entgeltumwandlung sein. Jeder Arbeitnehmer hat einen individuellen Rechtsanspruch gegen seinen Arbeitgeber, einen Teil seines Arbeitsentgeltes für die
335 Altersvorsorge zu verwenden. Auf den umgewandelten Anteil werden keine Einkommensteuer und keine Sozialabgaben erhoben.

340 Dadurch ergeben sich erhebliche Nachteile. Erstens reduziert sich durch die Verminderung des sozialversicherungspflichtigen Entgelts für die/den Einzelne/n der Anspruch auf
345 Arbeitslosengeld und Rente aus der GRV.

Zweitens werden durch die

350 Sozialabgabenfreiheit die Einnahmen der
Sozialversicherung reduziert.

Drittens wirkt die Reduzierung des
Bruttoarbeitsentgelts über die Rentenformel
auf die jährliche Rentenanpassung zurück
und mindert die Anpassung des
355 Rentenwertes.

Die Entgeltumwandlung führt also dazu,
dass die Rentenansprüche auch derjenigen
reduziert werden, die eine
360 Entgeltumwandlung nicht nutzen. Betroffen
sind davon auch die Rentnerinnen/Rentner.

Der politische Wille der Koalitionsregierung
ist der Ausbau und ein umfassender
365 Verbreitungsgrad der betrieblichen
Altersversorgung. Die dafür vorgesehen
Maßnahmen dürfen das Hauptziel –
Stärkung der gesetzlichen
umlagefinanzierten Rentenversicherung –
370 nicht beeinträchtigen.

Wir fordern:

Eine Entgeltumwandlung in der bestehenden
375 oder in der von einigen geforderten höheren
Form lehnen wir ab. In jedem Fall muss die
Steuer- und Beitragsfreiheit auf die
umgewandelten Einkommen entfallen. Bis
zum Inkrafttreten einer derartigen
380 Gesetzesänderung sind die durch die
Entgeltumwandlung geringeren
Beitragseinnahmen in der gesetzlichen
Rentenversicherung durch Steuermittel
auszugleichen.

385 Ein finanzieller Zuschuss der Arbeitgeber
zur betrieblichen Altersversorgung muss
verpflichtend werden.

390 Zusammenhang bei Beratung und
Beschlussfassung über Reformen der
Alterssicherung beachten

In der gegenwärtigen politischen Debatte
395 deutet sich der vorrangige Ausbau der
betrieblichen Altersversorgung an.

Sicherlich ist dabei eine flächendeckende Verbreitung ein wichtiges Kriterium. Es gilt aber vermehrt auf weitere wichtige Fragen befriedigende Antworten zu finden.

Kommt es zu einer kollektiven Organisation der betrieblichen Altersversorgung?

Wer ist Träger der Angebote betrieblicher Altersversorgung? Kommt es zu einem verstärkten öffentlichen oder gemeinnützigen Angebot von betrieblicher Altersversorgung. Oder wie bisher durch kommerzielle Anbieter von Rentenversicherungen.

Welche Trägerkonstruktion ist am ehesten geeignet mit der Macht, der ökonomischen Bedeutung und Verantwortung der Rentenfonds umzugehen?

Ist der sozialpolitische Rahmen der gesetzlichen Rentenversicherung die Vorgabe in dem kapitalgedeckten Sicherungssystem?

Dies sind nur einige Punkte die deutlich machen es gibt erhebliche Wechselwirkungen bei der Ergänzung der Gesetzlichen Rentenversicherung durch die Betriebliche Altersversorgung.

Wir fordern:

Eine reformierte, solidarische und umlage-finanzierte gesetzliche Rente ist Kern für die Lebensstandardsicherung. Daher müssen die anstehenden Reformschritte, z.B. bei der betrieblichen Altersversorgung, im Gesamtzusammenhang und nicht einzeln beraten und beschlossen werden.

Das Renteneintrittsalter flexibel gestalten

Wir fordern:

mehr Flexibilität beim Übergang vom Erwerbsleben in die Rente. Wir wenden uns gegen eine auf ein bestimmtes Lebensalter

festgelegte allgemeine Renteneintrittsgrenze.

Ein für alle Arbeitnehmer gleichermaßen festgelegtes Renteneintrittsalter hat gezeigt,
450 alle Modelle mit starren Altersgrenzen sind gescheitert. Sie sind gescheitert, weil sich einerseits die, das Renteneintrittsalter bestimmenden Voraussetzungen ständig verändern (demografischer Wandel, anstei-
455 gende Lebenszeiten, rasante Veränderungen der allgemeinen und beruflichen Qualifikationsanforderungen, anhaltender Trend zu individualistischen Lebens- und Arbeitsformen etc.). Sie sind gescheitert, weil
460 andererseits die persönlichen Voraussetzungen für Leistungsmöglichkeit und Motivation im Arbeitsleben für jeden Arbeitnehmer völlig unterschiedlich sind (physische, psychische und geistige
465 Leistungsfähigkeit, Gesundheit, Qualifikationserwerb und Qualifikationsbereitschaft, individuelle und familiäre Lebensverhältnisse und Lebensplanungen etc.).

470 Die gesetzliche Rentenversicherung mutig und konsequent zur Erwerbstätigenversicherung entwickeln

Aus Gründen der Gleichbehandlung ist die
475 Versicherungspflicht aller erwerbstätigen Personen nicht in verschiedenen berufsständisch organisierten Systemen oder der privaten Alterssicherung, sondern in der gesetzlichen Rentenversicherung
480 durchzuführen. Nur so ist ein umfassender Schutz gegen die sozialen Risiken des Alters, der Erwerbsminderung und nach dem Tod des Versicherten für alle zu erreichen.

485 Wir fordern:

Eine Erwerbstätigenversicherung für alle, in der die Versorgungswerke integriert und Abgeordnete, Freiberufler, Selbständige und
490 perspektivisch auch Beamte solidarisch einzahlen.

Als ersten Schritt auf dem Weg zu einer Erwerbstätigenversicherung fordern wir –

495 die Einführung einer Versicherungspflicht
für alle Selbstständigen und besonders der
Soloselbstständigen. Dies ist vor allem
geboten, um dem wachsenden
500 Schutzbedürfnis der überwiegenden Zahl
dieses Personenkreises gerecht zu werden
und einer steigenden Gefahr von
Altersarmut entgegenzuwirken.

Finanzierung

505 Viel zu lange ist der Eindruck erweckt
worden, Kosten der Demographie, mit
einem steigenden Anteil älterer Menschen in
unserer Gesellschaft und dadurch steigenden
510 Rentenausgaben, ließen sich leichter tragen,
wenn die Kosten der Alterssicherung auf
mehrere „Säulen“ verteilt werden.

515 Dies ist falsch und den Bürgern gegenüber
unredlich. Die Rentenzahlungen eines
bestimmten Jahres können immer nur aus
dem erwirtschafteten Volkseinkommen des
jeweiligen Jahres aufgebracht werden.

520 Wir wollen ein nachhaltiges Rentenniveau
von mindestens 50 %. Dies führt dazu, dass
die festgesetzte Beitragsobergrenze von 22
% nicht auf Dauer gewährleistet werden
kann.

525 Erste Berechnungen (Deutsches Institut für
Wirtschaftsforschung 2016) über die
Beitragssatzentwicklung bei einer
Stabilisierung des Rentenniveaus bzw. der
530 Festsetzung auf mindestens 50 % in der
gesetzlichen Rentenversicherung, zeigen,
dies ist mit einem Beitragssatz von 24 % -
25 % erreichbar.

535 Der im Rentengesetz festgelegte
Beitragssatz von 22,0 % würde für den
Arbeitgeber und den Arbeitnehmer bei der
paritätischen Finanzierung um jeweils 1 % -
1,5 % angehoben. Mit dem von uns
540 vorgeschlagenen höheren Beitragssatz
werden die Sozialpartner dann wieder
paritätisch an den nicht zu leugnenden
steigenden Kosten der Alterssicherung

beteiligt.

545 Wir fordern:

In Anlehnung an das vom DGB entwickelte Modell wird ein Demographie-Fonds aufgebaut. Die Beitragsätze werden 550 kontinuierlich und maßvoll erhöht und in den Fonds eingestellt. Die Mehreinnahmen werden zur Finanzierung der vorgesehenen Reform der gesetzlichen Rentenversicherung eingesetzt. 555

Die Vorschrift einer Obergrenze für Rücklagen der Rentenversicherung in Höhe von 1,5 Monatsausgaben muss dementsprechend entfallen. 560

Bei dem gewollten früheren Erreichen der z. Zt. festgelegten Beitragsobergrenze von

565 22 % ist zu prüfen, ob die dann vorhandene Rücklage ausreicht um die vorgesehenen Reformen nachhaltig zu finanzieren, oder ob die Regelung bis zu einem angemessenen Beitragssatz fortgesetzt werden muss.

570 Verantwortung des Bundes für versicherungsfremde Leistungen

Wir fordern:

575 Der Grundsatz – Versicherungsfremde Leistungen werden aus Steuermitteln finanziert – hat volle Gültigkeit.

580 Die Aufwendungen - z.B. für die „Mütterrente“ - müssen daher in vollem Umfang aus Steuermitteln finanziert werden.

585 Mit der Realisierung unserer Vorschläge schaffen wir ein zukunftsfestes Alterssicherungssystem das soziale Sicherheit für Jung und Alt, für Frauen und Männer, für alle bietet. Es schafft Sicherheit für die Lebensplanung der Jüngeren. Es 590 verringert die Angst von Frauen und Männern nach dem Erwerbsleben zu große finanzielle Einbußen erdulden zu müssen.

Die Älteren können sicher sein am
wachsenden Wohlstand der Gesellschaft
595 beteiligt zu sein und in Würde und in
ausreichendem Maß am gesellschaftlichen
Leben teilhaben zu können. Es ist damit ein
wesentlicher Beitrag zur gesellschaftlichen
und politischen Stabilität unsres Landes.

*Antragsbereich S/ **Antrag 4***

Unterbezirk Dortmund

Für ein solidarisches und Votum Antragskommission gerechtes Generationenprojekt. Der Weg zu einer Erwerbstätigen- versicherung

Das Leitmotiv der Sozialen Marktwirtschaft Erledigt durch Annahme S3 und
„Wohlstand für Alle“ wird mehr und mehr Überweisung an SPD-Parteivorstand zur
ersetzt durch „Reichtum für Wenige“. Die Erarbeitung Wahlprogramm 2017
5 Ungleichheit der Einkommen und
Vermögen in Deutschland ist größer als in
vielen anderen Industriestaaten. Dies muss
sich ändern.

10 Es muss sich ändern, für die Frauen – die
nach der Familienphase rasch eine Rückkehr
in eine sozial abgesicherte Beschäftigung
suchen, Die Einkommenskluft zwischen
Frauen und Männern muss überwunden
15 werden.

20 Es muss sich ändern, für die Jungen – denen
noch viel zu oft der Einstieg in das
Erwerbsleben schwer gemacht wird, sie
werden oftmals prekär beschäftigt und
schlecht entlohnt, besonders wenn sie einen
Migrationshintergrund haben. Befristungen
von Arbeitsverträgen tragen nicht zu einer
25 soliden eigenen Zukunftplanung bei.

30 Es muss sich ändern, für die
Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer – die
noch zu oft in Beschäftigungsformen wie
Teilzeit, Leiharbeit und Werkverträge

gedrängt werden. Dies führt zu großen
Zukunftssorgen der Arbeitnehmerinnen und
Arbeitnehmer, zur berechtigten Angst vor
35 sozialem Abstieg und Armut im Alter.

Es muss sich grundlegend ändern, für die
Älteren – deren Alterseinkommen aus der
40 gesetzlichen Rentenversicherung von der
Lohnentwicklung abgekoppelt wird und
immer häufiger nicht mehr den erwarteten
Lebensstandard sichert.

45 Dies sind nur einige Punkte die deutlich
zeigen wir brauchen Mut und Willen zu
umfassenden Reformen.

50 In der jetzigen Koalitionsregierung haben
wir gegen erhebliche Widerstände der
CDU/CSU Gerechtigkeitslücken auf dem
Arbeitsmarkt schließen können. Dies weil
55 klar ist, wer drohender Altersarmut
vorbeugen will muss für Reformen auf dem
Arbeitsmarkt kämpfen.

60 Die Einführung des gesetzlichen
Mindestlohns ist dabei ein wichtiger Schritt,
ein kleiner Schritt zu mehr Beteiligung am
wachsenden Wohlstand unserer
Gesellschaft. Wir haben damit die
65 Abwärtsspirale bei den Löhnen
durchbrochen. Es verbessert die Einkommen
von 3,7 Millionen Beschäftigten. Der
Mindestlohn muss aber kontinuierlich und
deutlich erhöht werden.

70 Rund eine Million Menschen in Leiharbeit
und unzählige Beschäftigte mit
Werkverträgen können aufatmen: Die
Blockade von CDU und CSU ist
75 durchbrochen. Die SPD stoppt auch hier
Lohndumping und setzt klare Regeln bei
Leiharbeit und Werkverträgen. Gleichzeitig
wird die Tarifbindung gestärkt. Ein Erfolg
80 für einen sozialeren Arbeitsmarkt. Der
Kampf ist aber noch nicht zu Ende.

Wir kämpfen mit aller Entschiedenheit für
mehr Lohngerechtigkeit zwischen Frauen
85 und Männern. Unterschiede in der

90 vorhandenen Größenordnung widersprechen dem Gleichheitsgrundsatz und sind zudem ökonomisch unsinnig. Das von der Ministerin Schwesig vorgelegte Gesetz für mehr Lohngerechtigkeit zwischen Frauen und Männern darf die Union nicht länger blockieren.

95 Der Kampf um einen besseren, einen sozialeren Arbeitsmarkt muss dringend ergänzt werden um eine umfassende Reform der Alterssicherung. Wir wissen eine
100 nachhaltige, lebensstandardsichernde und armutsfeste Rentenversicherung ist ein wesentlicher Beitrag zur gesellschaftlichen und politischen Stabilität.

105 Der Gesetzgeber hat mit den Rentenreformen des letzten Jahrzehnts die Ziele der Lebensstandardsicherung und der strukturellen Armutsfestigkeit für die gesetzliche Rentenversicherung ausdrücklich
110 zu Gunsten der Beitragssatzstabilität aufgegeben. Die entstehende Lücke soll durch die kapitalgedeckte private Zusatzvorsorge geschlossen werden. Dies
115 kann bisher nicht eingelöst werden.

Wir stellen fest:

120 Das ideologisierte »Drei-Säulen-Konstrukt« aus relativ sinkender gesetzlicher Rente, vermehrter privater Vorsorge sowie betrieblicher Altersversorgung erfüllt den erwarteten sozialpolitischen Anspruch nicht.

125 Die Teilprivatisierung der Vorsorge trägt eher zur Verschärfung der Einkommensungleichheit im Alter bei und sie erhöht das Risiko von Altersarmut.
130 Allein die Lebensstandardsicherung und das Solidarprinzip als strukturprägende Leitbilder der sozialen gesetzlichen Pflichtversicherung können eine personell
135 umfassende finanzielle Absicherung der sozialen Risiken Alter, Invalidität und Todesfall gewährleisten.

Es ist unerlässlich, das Alterssicherungs-

140 system wieder so umzustellen, dass die
beiden Hauptziele – nämlich Lebens-
standardsicherung und strukturelle
145 Armutsfestigkeit - innerhalb der umlage-
finanzierten gesetzlichen Rentenver-
sicherung erreicht werden können. Dies ist
beim Blick über die Landesgrenzen ohne
nachteilige Auswirkungen für die deutsche
Volkswirtschaft möglich. (s. Österreich)

150 Wir fordern:

Die gesetzliche Rentenversicherung muss
155 wieder an den Zielen – „Lebensstandard-
sicherung und Armutsfestigkeit“
ausgerichtet werden.

Die geforderte Reform der gesetzlichen
160 Rentenversicherung mit der genannten
Zielsetzung braucht ein nachhaltiges Renten-
Niveau von mindestens 50 %.

Die Festlegung auf diese Zielgröße für das
165 Rentenniveau macht eine Reform der
Rentenformel, genauer der
Rentenanpassungsformel, unerlässlich. Es
gilt, die jetzt in der Formel vorhandene
170 Abkopplung von den Löhnen durch
Dämpfungsfaktoren, zu streichen. Der
Grundsatz – die Renten folgen den Löhnen –
muss wieder in vollem Umfang gelten.

175 Wir fordern:

Reform der Rentenanpassungsformel

Die Festlegung auf das konstant zu haltende
180 Rentenniveau nach Sozialversicherungs-
beitrag braucht eine deutliche Vereinfachung
und Transparenz der Rentenanpassungs-
formel. Künftig sollen lediglich die
185 Entwicklung der Bruttolöhne sowie der
Beitragssätze zur Renten-, Kranken-, Pflege-
und Arbeitslosenversicherung in die
Berechnung der Rentensteigerungen
190 eingehen. Die Dämpfungsfaktoren, wie der
„Nachhaltigkeitsfaktor“ und der „Riester-
Faktor“ haben in einer transparenten Renten-
anpassungsformel, die zugleich ein

195 nachvollziehbares Prinzip der Generationen-
gerechtigkeit zum Ausdruck bringen soll,
nichts zu suchen und müssen gestrichen
werden.

200 Wir fordern:

Mindestlohn kontinuierlich und deutlich
anheben

205 Der SPD ist es gegen große Widerstände
gelingen ist, einen bundeseinheitlichen
flächendeckenden Mindestlohn
durchzusetzen. Er wird für in der Zukunft
210 liegende Zeiten, bei einer
Standarderwerbsbiographie, auch dafür
Sorge tragen Rentenansprüche zu erhöhen.
Es gilt allerdings den Satz von 8,50 €, ab
2017 – 8,84 €, deutlich zu erhöhen.

215 Rente nach Mindest-Entgelt-Punkten als
Dauerlösung

220 Selbst wenn das Rentenniveau auf 50 %
angehoben wird, gibt es in unserem
Rentensystem, in dem die Renten den zuvor
erzielten Löhnen entsprechen, Fälle, in
denen trotz langjähriger Vollzeitarbeit keine
225 armutsfeste Rente erworben wird. Dies wird
wegen der stark gewachsenen
Lohnungleichheit in Zukunft sogar häufiger
vorkommen. Deshalb wird vorgeschlagen,
230 die seit 1972 bestehende und bereits einmal
verlängerte Rente nach Mindestent-
geltpunkten nicht nur zu verlängern, sondern
diese zu entfristen und zu einer Dauerlösung
zu machen. Dadurch wird dieses Instrument
235 zu einer Verbesserung der Rentenansprüche
für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer
für in der Vergangenheit liegende Phasen
des Niedriglohnbezugs und/oder
240 Langzeitarbeitslosigkeit, prekärer Arbeits-
verhältnisse mit negativen Auswirkungen
auf die Rente. Sie ist damit ein wirksames
Instrument für die Vergangenheit und
Zukunft.

245 Mindestlohn und die Rente nach

Mindestentgeltpunkten

250 Mindestlohn und eine Rente nach
Mindestentgeltpunkten sind ein vernünftiger
Instrumenten-Mix. Sie verbessern Erwerbs-
255 biographien in zurückliegenden Erwerbs-
phasen und in der Zukunft. Dadurch wird
ein nachhaltiger Beitrag geleistet, das
Pflichtversicherungssystem strukturell
armutsfest zu machen.

260 Das Armutsrisiko bei Erwerbsminderungs-
renten senken

265 Hier besteht trotz der beschlossenen
Verbesserungen nach wie vor besonderer
Handlungsbedarf. Die Erwerbsminderungs-
renten liegen im Durchschnitt bei 650,00 €

270 Wir fordern:

Die Abschläge bei den Erwerbs-
minderungsrenten sind abzuschaffen.

275 Die Zurechnungszeit wird vom 62.
Lebensjahr auf das 65. Lebensjahr weiter
erhöht.

280 Zukunft der privaten kapitalgedeckten
Altersvorsorge

285 Das jetzige Drei-Säulen-Modell sieht vor,
dass die Lücken der umlagefinanzierten
gesetzlichen Rentenversicherung durch die
Riesterrente und Betriebsrente geschlossen
werden sollen. Dann müssen die private und
betriebliche Altersvorsorge den gleichen
290 Leistungsumfang wie die gesetzliche
Rentenversicherung erfüllen: Absicherung
des Erwerbsminderungsrisikos und des
Hinterbliebenenrisikos, flächendeckende
Verbreitung (auch für die unteren
295 Einkommensgruppen), Maßnahmen zur
Schließung von Lücken (z. B. bei Arbeits-
losigkeit), Transparenz des Altersvor-
sorgemarktes und des Verbraucherschutzes
und finanzielle Beteiligung der Arbeitgeber.

300 Keine dieser Bedingungen ist gegenwärtig

auch nur annähernd erfüllt. Deshalb muss die Lebensstandardsicherung wieder Aufgabe der gesetzlichen Rentenversicherung sein und die private kapitalgedeckte Altersvorsorge hat lediglich ergänzende Aufgaben.

310 Riesterrente

Die Riesterrente hat die hochfliegenden Erwartungen nicht erfüllt.

315 Die Förderung dieser Form der privaten
Vorsorge durch den Staat („Riester-
Förderung“) ist nicht nur überflüssig,
sondern verursacht in der gegenwärtigen
320 Konstruktion (Kombination aus
Freiwilligkeit und progressiver Förderung
mit wachsendem Einkommen) Mitnahme-
effekte und eine Umverteilung von unten
nach oben.

325 Wir fordern:

330 Die rechtliche Verbindlichkeit der
bestehenden Riester- Verträge bleibt
vollumfänglich bestehen. Eine weitere
Förderung neuer Verträge mit staatlichen
Mitteln erfolgt nicht.

335 Betriebliche Altersversorgung

In unseren Parteitagebschlüssen heißt es zur betrieblichen Altersversorgung: „Eine
340 Stärkung und größere Verbreitung der
betrieblichen Altersversorgung ist eine
wünschenswerte Ergänzung der gesetzlichen
Rentenversicherung unter Wahrung des
Besitzstandes bestehender Verträge“.

345 Die Regierung will der Stagnation in der
betrieblichen Altersversorgung entgegen-
wirken und politische Impulse für ihre
350 Verbreitung zu setzen. Studien zeigen: Vor
allem in kleinen und mittelständischen
Unternehmen besteht noch erheblicher
Nachholbedarf. In verschiedenen Branchen
und insbesondere dort, wo Unternehmen
355 nicht tariflich gebunden sind, ist die

Verbreitung äußerst gering.

Ein Vorschlag (Sozialpartnermodell) des
360 Bundesarbeitsministeriums unter Leitung
von Andrea Nahles liegt vor. Er enthält für
die Arbeitgeber die Einführung der reinen
Beitragszusage und will die Arbeitgeber von
365 den Haftungsrisiken der betrieblichen
Altersversorgung befreien.

Ein weiteres ausgeweitetes Anreizsystem
soll die Entgeltumwandlung sein. Dadurch
370 entstehen für die Sozialversicherungen
insgesamt durch nicht gezahlte Beiträge
Einkommensverluste und für den einzelnen
Arbeitnehmer ebenfalls Nachteile. Geringere
Beiträge an die Rentenversicherung führen
375 zu einer niedrigeren individuellen Rente

So wünschenswert der Ausbau und ein
umfassender Verbreitungsgrad der
380 betrieblichen Altersversorgung sind, so
dürfen die Maßnahmen das Hauptziel –
Stärkung der gesetzlichen umlage-
finanzierten Rentenversicherung – nicht
beeinträchtigen.

385 Wir fordern:

Eine Entgeltumwandlung in der bestehenden
oder in der geforderten höheren Form lehnen
390 wir ab. Sollte an der Entgeltumwandlung in
irgendeiner Ausgestaltung festgehalten
werden und um einen Förderzuschuss
ergänzt werden, muss der entstehende
395 Nachteil für die Gesetzliche Renten-
versicherung durch Steuermittel
ausgeglichen werden.

Ein finanzieller Zuschuss der Arbeitgeber
zur betrieblichen Altersversorgung muss
400 verpflichtend werden.

Zusammenhang bei Beratung und
405 Beschlussfassung über Reformen der
Alterssicherung beachten

Wir fordern:

410 Eine reformierte, solidarische und
umlagefinanzierte gesetzliche Rente als
Kern für die Lebensstandardsicherung und
eine flächendeckend ausgebaut betriebliche
415 Altersversorgung bilden zusammen,
aufeinander bezogen und sich ergänzend das
System eines zukunftsfesten Alters-
sicherungssystems. Von daher müssen die
420 anstehenden Reformschritte im Gesamtzu-
sammenhang und nicht einzeln beraten und
beschlossen werden.

Das Renteneintrittsalter flexibel gestalten

425 Wir fordern:

mehr Flexibilität beim Übergang vom
Erwerbsleben in die Rente. Wir wenden uns
430 gegen eine auf ein bestimmtes Lebensalter
festgelegte allgemeine Renteneintrittsgrenze.

Ein für alle Arbeitnehmer gleichermaßen
435 festgelegtes Renteneintrittsalter hat gezeigt,
alle Modelle mit starren Altersgrenzen sind
gescheitert. Sie sind gescheitert, weil sich
einerseits die, das Renteneintrittsalter
440 bestimmenden Voraussetzungen ständig
verändern (demografischer Wandel, anstei-
gende Lebenszeiten, rasante Veränderungen
der allgemeinen und beruflichen
Qualifikationsanforderungen, anhaltender
445 Trend zu individualistischen Lebens- und
Arbeitsformen etc.). Sie sind gescheitert,
weil andererseits die persönlichen
Voraussetzungen für Leistungsmöglichkeit
und Motivation im Arbeitsleben für jeden
450 Arbeitnehmer völlig unterschiedlich sind
(physische, psychische und geistige
Leistungsfähigkeit, Gesundheit, Quali-
fikationserwerb und Qualifikationsbereit-
455 schaft, individuelle und familiäre Lebens-
verhältnisse und Lebensplanungen etc.).

Freiwillige Beitragszahlungen ausweiten

460 Wir fordern:

Die freiwilligen Einzahlungen von Beiträgen
zur gesetzlichen Rentenversicherung für

465 Pflichtversicherte von Anfang an
ermöglichen und nicht erst ab Vollendung
des 55. Lebensjahres. Die geplante Senkung
auf das 50. Lebensjahr durch die jetzige
Koalitionsregierung ist somit unzureichend.

470 Die gesetzliche Rentenversicherung mutig
und konsequent zur Erwerbstätigen-
versicherung entwickeln

475 Aus Gründen der Gleichbehandlung ist die
Versicherungspflicht aller erwerbstätigen
Personen nicht in verschiedenen
berufsständisch organisierten Systemen oder
480 der privaten Alterssicherung, sondern in der
gesetzlichen Rentenversicherung durchzu-
führen. Nur so ist ein umfassender Schutz
gegen die sozialen Risiken des Alters, der
Erwerbsminderung und nach dem Tod des
485 Versicherten für alle zu erreichen.

Wir fordern:

490 Eine Erwerbstätigenversicherung für alle, in
der die Versorgungswerke integriert und
Abgeordnete, Freiberufler, Selbständige und
perspektivisch auch Beamte solidarisch
einzahlen.

495 Als ersten Schritt auf dem Weg zu einer
Erwerbstätigenversicherung fordern wir –
die Einführung einer Versicherungspflicht
für alle Selbstständigen und besonders der
500 Soloselbstständigen. Dies ist vor allem
geboten, um dem wachsenden
Schutzbedürfnis der überwiegenden Zahl
dieses Personenkreises gerecht zu werden
505 und einer steigenden Gefahr von
Altersarmut entgegenzuwirken.

Finanzierung

510 Viel zu lange ist der Eindruck erweckt
worden, Kosten der Demographie, mit
einem steigenden Anteil älterer Menschen in
unserer Gesellschaft und dadurch steigenden
515 Rentenausgaben, ließen sich leichter tragen,
wenn die Kosten der Alterssicherung auf

mehrere „Säulen“ verteilt werden.

520 Dies ist falsch und den Bürgern gegenüber
unredlich. Die Rentenzahlungen eines
bestimmten Jahres können immer nur aus
dem erwirtschafteten Volkseinkommen des
525 jeweiligen Jahres aufgebracht werden.

Wir wollen ein nachhaltiges Rentenniveau
von mindestens 50 %. Dies führt dazu, dass
530 die festgesetzte Beitragsobergrenze von 22
% nicht auf Dauer gewährleistet werden
kann.

Erste Berechnungen (Deutsches Institut für
535 Wirtschaftsforschung 2016) über die
Beitragssatzentwicklung bei einer
Stabilisierung des Rentenniveaus bzw. der
Festsetzung auf 50 % in der gesetzlichen
Rentenversicherung, zeigen, dies ist mit
540 einem Beitragssatz von 24 % - 25 %
erreichbar.

Der im Rentengesetz festgelegte
545 Beitragssatz von 22,0 % würde für den
Arbeitgeber und den Arbeitnehmer bei der
paritätischen Finanzierung um jeweils 1 % -
1,5 % angehoben. Mit dem von uns
vorgeschlagenen höheren Beitragssatz
550 werden die Sozialpartner dann wieder
paritätisch an den nicht zu leugnenden
steigenden Kosten der Alterssicherung
beteiligt.

555 Wir fordern:

In Anlehnung an das vom DGB entwickelte
Modell wird ein Demographie-Fond
560 aufgebaut. Die Beitragsätze werden
kontinuierlich und maßvoll erhöht und in
den Fond eingestellt. Die Mehreinnahmen
werden zur Finanzierung der vorgesehen
565 Reform der gesetzlichen Rentenversicherung
eingesetzt.

Die Vorschrift einer Obergrenze für
Rücklagen der Rentenversicherung in Höhe
570 von 1,5 Monatsausgaben muss

dementsprechend entfallen.

575 Bei dem gewollten früheren Erreichen der z.
Zt. festgelegten Beitragsobergrenze von 22
% ist zu prüfen, ob die dann vorhandene
Rücklage ausreicht um die vorgesehenen
Reformen nachhaltig zu finanzieren, oder ob
580 die Regelung bis zu dem nach vorläufiger
Berechnung nötigen Beitragssatz von 24 %
bis 25 % fortgesetzt werden muss.

585 Verantwortung des Bundes für
versicherungsfremde Leistungen

Wir fordern:

590 Der Grundsatz – Versicherungsfremde
Leistungen werden aus Steuermitteln
finanziert – hat volle Gültigkeit.

595 Die Aufwendungen für die „Mütterrente“
müssen daher in vollem Umfang aus
Steuermitteln finanziert werden

600 Mit der Realisierung unserer Vorschläge
schaffen wir ein zukunftsfestes
Alterssicherungssystem das soziale
Sicherheit für Jung und Alt, für Frauen und
Männer, für alle bietet. Es schafft Sicherheit
für die Lebensplanung der Jüngeren. Es
605 verringert die Angst von Frauen und
Männern nach dem Erwerbsleben zu große
finanzielle Einbußen erdulden zu müssen.
Die Älteren können sicher sein am
wachsenden Wohlstand der Gesellschaft
610 beteiligt zu sein und in Würde und in
ausreichendem Maß am gesellschaftlichen
Leben teilhaben zu können. Es ist damit ein
wesentlicher Beitrag zur gesellschaftlichen
615 und politischen Stabilität unsres Landes.

Rentenreform 2017

Votum Antragskommission

- | | | |
|----|--|---|
| | 1. Stärkung der Gesetzlichen Rentenversicherung (GRV) und Erhöhung des Rentenniveaus | Erledigt durch Annahme S3 und Weiterleitung an SPD-Parteivorstand zur Erarbeitung Wahlprogramm 2017 |
| 5 | Wir fordern, das Rentenniveau in der GRV in einem ersten Schritt auf 53 Prozent vor Steuern zu erhöhen, damit der Lebensstandard im Alter für die künftigen Rentnerinnen und Rentner gesichert und die bestehenden Renten spürbar erhöht werden. | |
| 10 | Weiteres Ziel muss es sein, die Nettoersatzrate sukzessive mindestens auf den derzeitigen OECD-Durchschnitt in Höhe von 63 Prozent anzuheben[1]. | |
| 15 | 2. Ablösung des Drei-Säulen-Modells und Stärkung der Gesetzlichen Rentenversicherung | |
| 20 | Mit der Rentenreform 2001 sollte die Gesetzliche Rentenversicherung als 1. Säule nicht mehr wie seit 1957, den Lebensstandard sichern, sondern lediglich den Schutz vor Altersarmut gewährleisten. Zu diesem Zweck | |
| 25 | hat die damalige Bundesregierung beschlossen, das Rentenniveau schrittweise von 53 Prozent vor Steuern im Jahre 2000 bis auf rund 43 Prozent im Jahre 2030 abzusenken. Zur Sicherung des | |
| 30 | Lebensstandards im Alter sollte die 1. Säule durch die betriebliche Altersvorsorge als 2. Säule und die private Vorsorge (Riester-Rente) als 3. Säule ergänzt werden, um mit allen drei Säulen das damalige | |
| 35 | Sicherungsniveau von 53 Prozent vor Steuern und Abgaben in etwa zu halten. Diesem Anspruch wird das Drei-Säulen-Modell nicht einmal in Ansätzen gerecht: Es ist | |

40 gescheitert.

Das Rentenniveau der 1. Säule (GRV) ist auf
derzeit 47,5 Prozent abgesunken (OECD-
Durchschnitt 63 Prozent), der
45 durchschnittliche Rentenzahlbetrag aus allen
Altersrenten beträgt für Männer 1.020 €[2],
für Frauen 566 €. Der Gesamtdurchschnitt
aller Rentenarten beträgt 713 €, das ist
weniger als die Grundsicherung im Alter –
50 die Armutsgrenze in Deutschland liegt 2016
übrigens bei 980€/Monat! Jeder zehnte
Rentnerhaushalt in Deutschland verfügt über
weniger als 50 Prozent des
Durchschnittseinkommens von 2916€, keine
55 andere Bevölkerungsschicht in Deutschland
zeigt heute eine rasantere
Armutsentwicklung!

Mit der Rentenreform 2001 wurden die
60 Arbeitgeber aus der paritätischen
Beitragszahlung herausgenommen. Die
Erwartung der damaligen rot-grünen
Bundesregierung, dass die Arbeitnehmer
zusätzlich zu ihren Beitragsleistungen zur
65 GRV vier Prozent ihres Lohns in die private
Vorsorge (Riester-Rente) und noch einmal
zwei Prozent in die betriebliche
Altersvorsorge investieren, haben diese nicht
erfüllen können: Einmal, weil ihre Belastung
70 somit um sechs Prozent höher ist, als die der
Arbeitgeberseite und zum anderen, weil sich
die rund 7,6 Millionen Versicherten im
Niedriglohnsektor das Ansparen schlichtweg
nicht leisten können. Die Folge dieser
75 Fehlentwicklung sind stetig sinkende Renten,
die noch zusätzlich durch die
Unzulänglichkeiten der zweiten und dritten
Säule der Alterssicherung nicht kompensiert
werden können.

80 Für die SPD hat sich diese Rentenpolitik
nicht ausgezahlt. Das zeigen die
Wahlergebnisse der letzten Monate und Jahre
sowie die steigende Anzahl von
85 Nichtwählerinnen und Nichtwählern aus dem
Stammklientel der SPD. Es gilt, das
verlorengegangene Vertrauen der Menschen
in die soziale Kompetenz unserer Partei

90 wiederherzustellen. Um es mit den Worten
unseres neuen „prominenten“ Mitglieds
Susanne Neumann, Vorsitzende des Bezirks
Emscher-Lippe-Aa der IG BAU zu sagen:

95 (Zitat) „... warum soll ich eine Partei wählen,
die mir dat eingebrockt hat und die mir keine
Antwort gibt?“...(Zitatende).

100 Dat – das sind die rund 13 Millionen
Menschen, die unterhalb der Armutsgrenze
leben, darunter die 9,4 Prozent der als arm
geltenden über 65-Jährigen, deren Anzahl
sich seit 2006 vervierfacht hat, aber auch die
schrumpfende Mittelschicht, die ihren
Wohlstand schwinden sieht.

105 Vertrauen und Glaubwürdigkeit können wir
nur wiedergewinnen, wenn wir offen diese
falsche Weichenstellung von Grund auf
korrigieren. Da hilft kein „Justieren an
110 Stellschrauben“ mehr, da muss radikal
umgesteuert werden:

115 3. Neben der Anhebung des Rentenniveaus -
und damit einhergehend - der Herausnahme
der Dämpfungsfaktoren aus der
Rentenanpassungsformel fordern wir

120 den Aufbau zusätzlicher Anwartschaften für
Langzeitarbeitslose (Anhebung auf den
Durchschnittswert der jeweiligen
Beitragszeiten, jedoch höchstens auf 0.75
Entgeltpunkte (EP) pro Jahr für Versicherte
mit weniger als 30 Entgeltpunkte (EP) bei
Rentenbeginn,

125 die Verlängerung und Modifikation der Rente
nach Mindestentgeltpunkten, d.h. die
Entfristung der bis 1992 geltenden Rente
nach Mindestentgeltpunkten aufzuheben
130 (niedrige Pflichtbeiträge werden bei der
Gesamtleistungsbewertung/Rentenfestsetzung
um das 1,5-fache maximal auf 0,75 EP
aufgewertet),

135 die Einführung der Versicherungs- und
Beitragspflicht für alle geringfügigen
Beschäftigungsverhältnisse sowie den

140 Wegfall der Option bei Minijobs, sich von
der Rentenversicherungspflicht („opt out“)
befreien zu lassen,

145 Versicherungsfremde Leistungen, wie z. B.
die rentenrechtliche Berücksichtigung von
Kindererziehungszeiten von drei Jahren pro
Kind auch für Geburten vor 1992, sowie die
Finanzierung der Mütter-Rente insgesamt
durch Steuermittel zu finanzieren,

150 die Höherbewertung von Anrechnungszeiten
bei Arbeitslosigkeit und Bezug einer
Erwerbsminderungsrente,

155 den Wegfall der systemwidrigen
Rentenabschläge bei der
Erwerbsminderungsrente: Rund 96 Prozent
der neuen Erwerbsminderungsrenten werden
mit durchschnittlich 77 € Abschlägen
bedacht; die durchschnittlichen
160 Rentenleistung liegt hier in Höhe von 719€
im Monat!

165 die Bestimmungen im SGB II zur vorzeitigen
Zwangs-Verrentung von Hartz IV–Beziehern
ab dem 63. Lebensjahr dahingehend zu
ändern, dass keine Zwangs-Verrentung
gefordert werden darf, wenn in nächster
Zukunft eine Altersrente ohne Abschläge
genommen werden kann.

170 4. Erhöhung der Beitragsbemessungsgrenze

175 Die Beitragsbemessungsgrenzen West und
Ost müssen zur Ausweitung der
Finanzierungsbasis mit dem Ziel, diese
Grenzen in Zukunft gänzlich abzuschaffen,
signifikant angehoben werden. Bei hohen
Einkommen muss eine gleichzeitige
Abflachung des Rentenwerts oberhalb einer
noch zu bestimmenden Grenze vorgenommen
180 werden.

5. Flexible, abgesicherte Übergänge in die Rente schaffen!

185 Die von der Koalitionsarbeitsgruppe
„Flexible Übergänge in die Rente“

190 vorgelegten Ergebnisse sind ein Schritt in die richtige Richtung. Wir begrüßen diesen, halten jedoch weitergehende Maßnahmen für dringend erforderlich:

195 Es muss ein Rechtsanspruch auf sozialversicherungspflichtige Teilzeitarbeit im Alter eingeführt werden. Bisher gibt es diesen Rechtsanspruch in Kleinbetrieben nicht, in den übrigen kann er aus betrieblichen Gründen versagt werden. Mit diesem Rechtsanspruch wird allen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, die
200 eine sozialversicherungspflichtige Teilzeitbeschäftigung wollen (bzw. sich diese leisten können), eine Kombination von Teilzeitarbeit und Teilrente ermöglicht. Der Zugang zu einer Teilrente muss ab dem 60.
205 Lebensjahr ermöglicht werden, wenn ein Arbeitsvertrag über eine sozialversicherungspflichtige Teilzeitbeschäftigung vorliegt. Die vorgezogene Teilrente ist als eigenständige Rentenart zu gestalten.

210 Darüber hinaus darf niemand im SGB-II-Bezug (Hartz IV) gezwungen werden, vor Erreichen der für ihn geltenden Regelaltersrente einen Rentenanspruch zu stellen. Dies ist in der Regel mit hohen
215 Rentenabschlägen verbunden und führt zu einer Abwertung der Lebensarbeitsleistung.

220 Die Hinzuverdienstmöglichkeiten bei Bezug dieser Teilrente müssen grundsätzlich erweitert werden. Es sollte möglich sein, dass durch eine individuelle und stufenlose Kombination aus Teilrente und Hinzuverdienst soviel verdient werden kann,
225 wie man bis dahin in Vollzeitbeschäftigung maximal verdient hat.

230 6. Noch zum Drei-Säulen-Modell: Die betriebliche und die private Altersversorgung umgestalten – und zwar sofort!

235 Das Ziel der Gesetzlichen Rentenversicherung muss wieder darin bestehen, als einzige Säule der Alterssicherung den Lebensstandard der

Versicherten im Alter zu gewährleisten. Betriebliche und private Altersvorsorge können nur ergänzende Instrumente sein, mit denen die Nettoersatzrate möglichst nahe an
240 das zuletzt erreichte Netto-Einkommensniveau herangeführt werden kann. Das schaffen im Gegensatz zum heutigen deutschen Rentensystem z.B. die Alterssicherungssysteme der Niederlande,
245 Österreichs, Luxemburgs oder Italiens.

Zur betrieblichen Altersvorsorge: Im Dezember 2013 wurden für ca.18 Mio. Versicherte (ohne Mehrfachanwartschaften)
250 Beiträge geleistet. Davon entfallen ca. 13,6 Mio. auf die Privatwirtschaft und ca. 4,1 Mio. auf den öffentlichen Sektor. Im Vergleich zu 2001, dem Beginn der Förderung der bAV ist das eine Steigerung von 30,6%, da bis dahin
255 die bAV nur bei einem Drittel der Betriebe eingeführt war (im Öffentlichen Dienst und in den Bereichen Energie, Wasserversorgung und Bergbau, in Klein- und Mittelbetrieben war sie nur wenig vertreten) . Dies ist hauptsächlich auf den seit 2002 in das Betriebsrentengesetz eingefügten Anspruch auf Entgeltumwandlung zurückzuführen. Hierbei wandelt der Arbeitnehmer einen Teil seines Bruttolohns oder seiner
260 Sonderzahlungen in eine Rentenversicherung um. Der Arbeitgeber entscheidet über die Anlage der Beträge. Arbeitnehmer und Arbeitgeber sparen sich dadurch Steuern und Sozialabgaben. Die Arbeitnehmer müssen die Beiträge nicht aus dem bereits versteuerten Netto-Einkommen aufbringen, diese gehen vielmehr von ihrem Bruttogehalt ab. Damit finanzieren der Staat wie auch die Rentenversicherung diese Altersvorsorge mit.
275 Folglich sinken jedoch auch die Ansprüche des Arbeitnehmers an die gesetzliche Rentenversicherung und es ist fraglich, ob er die Einbußen durch die Betriebsrente später wieder ausgleichen kann. Zwar müssen die Einzahlungen für die betriebliche Altersvorsorge in der Erwerbsphase nicht versteuert werden, im Rentenalter aber schon. Auf die Betriebsrente muss später zudem der volle Beitrag an Kranken- und

285 Pflegeversicherung – also der Arbeitnehmer-
und Arbeitgeberbeitrag – vom Arbeitnehmer
gezahlt werden. Insbesondere die Arbeitgeber
profitieren von der Entgeltumwandlung, denn
290 sie sparen sich die Lohnnebenkosten für die
Ansparbeträge.

Der Verbreitungsgrad der Anwartschaften
konnte von 48,7% im Jahr 2001 um gerade
einmal 10,8 Prozentpunkte auf 59,5 Prozent
295 gesteigert werden, somit verfügen noch
immer mehr als 40 Prozent aller
sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten
über keine Anwartschaften auf eine
Betriebsrente, bei den Beschäftigten von
300 Unternehmen mit weniger als 20
Arbeitnehmern waren es 2010 noch rund 60
bis 70 Prozent.

Die Höhe der Leistungen hängt sowohl von
305 der Höhe als auch von der Dauer der
Beitragsleistung ab. Die Höchstbeträge
erreichen die wenigsten Versicherten. Erst in
der Einkommensgruppe über 5000 Euro, in
höheren Vergütungsgruppen in
310 Großbetrieben und im öffentlichen Dienst,
kann von einer nahezu vollständigen
Abdeckung der Lücke zwischen
Rentenniveau der GRV und der
Lebensstandardsicherung gesprochen werden.

315 Von einer starken Säule kann also nicht die
Rede sein!

Anders wäre es, wenn die bAV als zweite
320 (obligatorische) Säule, ähnlich wie in den
Niederlanden als Branchenversicherung
ausgestaltet und gemeinsam von
Arbeitgebern und Gewerkschaften verwaltet
würde. Damit lässt sich im Zusammengehen
325 mit der öffentlichen Altersvorsorge bei einer
vierzigjährigen Erwerbstätigkeit je nach
Branche eine Einkommensersatzrate von rund
80 bis 90 Prozent des letzten Einkommens
vor Steuern erzielen, wie es z.B. in den
330 Niederlanden und Dänemark der Fall ist. Wie
bei jedem kapitalgedecktem System machen
sich jedoch auch dort die gesunkenen

Renditeerwartungen bemerkbar.

335

Wir sind nicht gegen die betriebliche Altersvorsorge – im Gegenteil! Wir fordern jedoch den Stopp der Entgeltumwandlung, wobei bestehende Verträge natürlich weitergeführt werden müssen. Da es in Deutschland keine obligatorische betriebliche Altersvorsorge gibt, muss die bAV als willkommene Ergänzung der den Lebensstandard sichernden GRV-Rente betrachtet werden, die vom Arbeitgeber freiwillig und am besten über einen Tarifvertrag oder eine Betriebsvereinbarung erbracht wird.

340

345

350

Zur privaten Vorsorge (Riester-Rente): Im 1. Quartal 2015 waren 16,3 Mio. Riester-Verträge abgeschlossen, wovon bereits ca. 20 Prozent wieder ruhen, d.h. heißt, dort werden keine Beiträge mehr eingezahlt. Bei rund 34,4 Millionen Förderberechtigten liegt die Ausschöpfungsquote mithin bei rund 50 Prozent; bei Abzug der ruhenden Verträge sogar unter 40 Prozent. Berücksichtigt man zudem, dass eine Person mehrere Verträge abschließen kann, dann liegt die Gesamtzahl der geförderten Personen noch weitaus niedriger.

355

360

365

Das heißt also, rund 60 Prozent der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten betreiben keine private Altersvorsorge. Bei den rund 7,6 Mio. Beschäftigten im Niedriglohnsektor liegt das schlichtweg daran, dass sie sich diese nicht leisten können. Auf der anderen Seite bilden die Bezieher von Einkommen über 65.000 Euro bei den Männern) die größte Fördergruppe, bei den Frauen sind es diejenigen ohne Einkommen oder mit Minijobs. Letztere sind in der Regel die Partnerinnen gut verdienender Männer. Die Riester-Rente stellt vor diesem Hintergrund eher eine Förderung höherer Einkommensschichten als eine tragende Säule eines Alterssicherungssystems für alle Versicherten dar.

370

375

380

Darüber hinaus werden von der Versicherungswirtschaft bei Neuabschlüssen
385 seit dem Jahre 2015 lediglich 1,25 Prozent Rendite garantiert, beim Start der Riester-Rente ging die Regierung noch von einer durchschnittlichen Verzinsung von 4 Prozent aus. Inzwischen werden sogar Verträge völlig
390 ohne garantierte Zinsen angeboten. Im Übrigen werden die Riester-Produkte hauptsächlich über die private Banken- und Versicherungswirtschaft vertrieben. Sie sind, weil sie in erster Linie Gewinne für die
395 Anbieter erzielen sollen, nicht verbrauchergerecht und transparent ausgestaltet. Ferner hat das Max-Planck-Institut für Sozialrecht und Sozialpolitik festgestellt, dass von 36 Verträgen im Mittel
400 eine Kostengebühr in Höhe von 12,8 Prozent der Versicherungssumme erhoben wird, wobei der teuerste Anbieter einen Anteil von 20 Prozent erhebt! Mithin ist ein beachtlicher Teil der exorbitanten Gewinne dieser
405 Branche von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern finanziert worden.

Wenn dieser Antrag umgesetzt wird und die GRV zukünftig wieder den Lebensstandard
410 im Alter sichert, ist eine über die allgemeine Sparförderung hinausgehende Förderung der privaten Vorsorge in Form der Riester-Rente nicht mehr erforderlich. Die bestehenden Verträge müssen aus Gründen des
415 Vertrauensschutzes weitergeführt werden. Für diesen Personenkreis muss dann der Riesterfaktor in der Rentenanpassungsformel bestehen bleiben, während er für alle Anderen wegfällt.

420 Wir fordern den Wegfall dieser beiden „Säulen“, Dies hätte zur Folge, dass die Beiträge zur GRV wieder paritätisch von Arbeitgebern und Arbeitnehmern geleistet werden. Bleibt es beim Drei-Säulen-Modell,
425 steigt der Beitrag bis 2030 für Arbeitnehmer auf rund 17 Prozent, der Arbeitgeberbeitrag ist bis dahin auf höchstens 11 Prozent eingefroren. Ohne die Riester-Rente würden
430 Arbeitnehmer und Arbeitgeber jeweils rund 14 Prozent bezahlen, damit würde die

Belastung für die Arbeitnehmer also um 3 Prozent sinken.

435 7. Einführung einer Solidar-Rente.
Versicherte, die über einen längeren Zeitraum
hinweg Beiträge zur GRV gezahlt haben, und
die durch die Höherbewertungen der
Anwartschaften (siehe oben) keinen
440 spürbaren Abstand zur Grundsicherung im
Alter erreichen, sollen eine oberhalb der
Armutsgrenze (derzeit rund 980 Euro
monatlich) liegende Solidar-Rente erhalten.
Diese Solidar-Rente wird jährlich der
445 sozialpolitischen Entwicklung angepasst. Sie
unterliegt der Bedürftigkeitsprüfung unter
Nichtanrechnung eines Schonvermögens aus
privater Altersvorsorge und des
selbstgenutzten Immobilienbesitzes bis zu
450 einer bestimmte Größenordnung.
Voraussetzung für den Bezug dieser
Rentenart ist das Vorliegen von mindestens
15 Beitragsjahren/ 25 Versicherungsjahren.
Die Differenz zwischen den erworbenen
455 Anwartschaften und dem o.a. Zahlbetrag wird
durch Steuermittel ausgeglichen.

8. Erwerbstätigenrente in Angriff nehmen.

460 Bereits in den Wahl-und
Regierungsprogrammen der vergangenen
Jahre wurde die Einführung einer
Erwerbstätigenrente gefordert. Wir rufen
dazu auf, die erforderlichen Schritte
465 einzuleiten. In diesem Zusammenhang ist
auch eine Solidar-Rente (s.o.) einzuführen,
um für Angestellte und Arbeiter eine
Annäherung an die derzeitigen
Bestimmungen des
470 Beamtenversorgungsgesetzes zur
Mindestversorgung (vgl. §14 Abs. 4
BeamtVG) herzustellen.

475 9. Volle Erstattung versicherungsfremder
Leistungen durch den Bund

Die Gesetzliche Rentenversicherung erbringt
eine Vielzahl von Leistungen, die als
gesamtgesellschaftliche Aufgaben anzusehen
480 sind und daher nicht über die Beiträge von

Versicherten und Arbeitgebern zur Rentenversicherung, sondern über Steuermittel finanziert werden müssen. Es muss klar und nachvollziehbar zwischen den
485 originären Leistungen der GRV, die diese aus Beiträgen zu finanzieren hat, und den allgemeinen sozial- und familienpolitischen, also versicherungsfremden, Leistungen, unterschieden werden. Heute findet keine
490 eindeutige Zuordnung von beitragsfinanzierten und nicht beitragsfinanzierten Ausgaben statt. Es liegt auf der Hand, dass derartige Leistungen und ihre verwaltungstechnische Abwicklung auch
495 vom „Auftraggeber“ Staat in voller Höhe aus Haushaltsmitteln finanziert werden müssen[3].

Insbesondere die Kosten, die den
500 Rentenversicherungsträgern im Zuge der Wiedervereinigung durch Integration der ehemals ostdeutschen Rentenberechtigten entstanden und im Bundeszuschuss nicht erkennbar sind, müssen als
505 gesamtgesellschaftliche Aufgabe aus dem beitragsfinanzierten Teil herausgerechnet, transparent dargestellt und ebenfalls in voller Höhe aus Haushaltsmitteln finanziert werden.[4] Unterm Strich bleiben die
510 Bundeszuschüsse nämlich auch heute noch weit hinter den tatsächlichen Kosten zurück, die den Sozialversicherungen für Leistungen entstehen, die eigentlich von der Allgemeinheit, also aus Steuermitteln,
515 getragen werden müssten[5].

[1] Diese Grenze wird übrigens von Dänemark, Frankreich, Italien, der Slowakei, Luxemburg, Spanien, Portugal, Ungarn,
520 Österreich und den Niederlanden im Rahmen von 65 bis 98 Prozent (in der Reihenfolge der Aufzählung der Länder) überschritten.

[2] Deutsche Rentenversicherung „RV in Zahlen“ Stand Juli 2015
525

[3] Anrechnungszeiten sowie alle Mütter- (Kindererziehungszeiten) und Mindestrenten, die Höherbewertung der Anwartschaften bei

530 Arbeitslosigkeit, die Renten für
Spätaussiedler, Ersatzzeiten für Kriegsdienst,
Kriegsgefangenschaft, Zeiten der Verfolgung
durch den Nationalsozialismus, Haftzeiten in
der DDR usw.

535

[4] Nach der Wiedervereinigung wurden
Milliardenbeträge aus den Beiträgen von
Versicherten und Arbeitgebern von dem
Rentenversicherungsträgerverbund von West
540 nach Ost transferiert. Allein Für das Jahr
2004 wird ein Transferverlust in Höhe von
186 € eines Standardrentners West einem
Transfergewinn eines Standardrentners Ost
von 236 € gegenübergestellt. Vgl. Mietus,
545 Franziska, "Quantifizierung
wiedervereinigungsindizierter Kosten und
Transfer in der Gesetzlichen
Rentenversicherung. Mannheimer
Forschungsinstitut Ökonomie und
550 Demographischer Wandel (MEA), 2006.

[5] Das DIW Berlin hat in einem Gutachten
aus dem Jahre 2005 den Wert dieser
fehlfinanzierten Leistungen dem Volumen
555 von 4 Beitragspunkten gleichgesetzt.

Antragsbereich S/ Antrag 6

Unterbezirk Gelsenkirchen

Gegen wachsende Ungleichheit, Votum Antragskommission für mehr soziale Gerechtigkeit

Die SPD muss das Problem der wachsenden Annahme
sozialen Ungleichheit wieder stärker in die
programmatischen Debatten einbeziehen.
Das Thema der sozialen Gerechtigkeit ist
5 dabei immer eng mit einer gerechten
Besteuerung zu verknüpfen. Nur durch eine
Anpassung der Einkommens-, Vermögens-
und Erbschaftsteuer können die notwendigen
Zukunftsinvestitionen finanziert sowie die
10 wachsende Ungleichheit abgeschwächt

werden. Die Abgeltungssteuer (25%) auf Kapitaleinkommen muss wieder in die progressive Einkommenssteuer integriert werden.

15

Im Impulspapier „Starke Ideen für Deutschland 2025“ werden dagegen steuerpolitische Instrumente ausgeklammert. Es bietet daher keine hinreichende Grundlage für die nächste Bundestagswahl und wurde dementsprechend auf dem Bundesparteitag im Dezember 2015 ergänzt.

20

25

Die SPD muss die Themen soziale Gerechtigkeit und Steuergerechtigkeit bei der Bundestagswahl 2017 in den Mittelpunkt der innenpolitischen Auseinandersetzung stellen, um sich von der CDU/CSU stärker abzusetzen und auch eine Alternative zur jetzigen Großen Koalition anzubieten. In diesem Zusammenhang darf auch eine rot-rot-grüne Koalition nicht ausgeschlossen werden, um glaubhaft eine Machtperspektive aufzeigen zu können.

30

35

Begründung:

Soziale Gerechtigkeit war im Wahlkampf 2013 eines der zentralen Themen der SPD. Wir haben Probleme erkannt und benannt, sowie Lösungsvorschläge angeboten. Wir wollten auch dem zurückgelassenen Drittel der Zwei-Drittel-Gesellschaft Perspektiven anbieten, sowohl politisch, als auch – in der Folge – gesellschaftlich und wirtschaftlich. Das Ziel des Wahlprogramms war, die Ungleichheit in unserer Gesellschaft zu verringern und die öffentlichen Haushalte auf eine breitere Finanzierungsbasis zu stellen, um ausreichend Spielräume für die nötigen und überfälligen Zukunftsinvestitionen zu schaffen. Hier wurden vor Allem vier Punkte genannt: Investitionen in die Infrastruktur, Investitionen in Bildung, bessere finanzielle Ausstattung der Kommunen und Schuldenabbau.

40

45

50

55

Dazu wollten wir die Einkommensteuer für

60 Spitzenverdiener erhöhen, die
Abgeltungssteuer auf 32% erhöhen oder
perspektivisch abschaffen, Vermögen und
Erbschaften gerecht besteuern und die
Steuerhinterziehung eindämmen. Das
65 zweiklassige Krankenversicherungssystem
sollte durch eine Bürgerversicherung für alle
ersetzt werden. Diese Maßnahmen wurden
in den Koalitionsverhandlungen mit der
Union ohne jegliche Diskussion
70 ausgeklammert.

Auch wenn in einer Koalition immer
Kompromisse geschlossen werden müssen
und eine breite Mehrheit in der Partei für die
75 große Koalition gestimmt hat, müssen diese
Maßnahmen nach wie vor Inhalt unserer
Perspektivdebatten bleiben. Die richtig
erkannte Spaltung der Gesellschaft hat sich
seit 2013 verschärft. Dennoch lässt die
80 inhaltliche Ausrichtung des
Perspektivpapiers 2025 eine langfristige
Abkehr von den politischen Forderungen
von 2013 befürchten. Diese Neuausrichtung
birgt große Gefahren, sowohl für das von
85 uns beschriebene untere Drittel der
Gesellschaft, als auch für die SPD als Partei.

In den Jahren seit 1999 hat die SPD auf
Bundesebene einiges an Vertrauen und
90 Glaubwürdigkeit verloren. Das
Wahlprogramm für die Bundestagswahl
2013 war ein erster Schritt in die richtige
Richtung. Wollen wir verlorene
Glaubwürdigkeit zurückgewinnen, wäre es
95 ein Fehler, die wachsende Ungleichheit, das
Thema soziale Gerechtigkeit und
insbesondere eine neue Steuerpolitik bei den
bevorstehenden programmatischen
Auseinandersetzungen auszuklammern.

100 Vielmehr müssen wir weiterhin eine
politische Alternative zu den Konservativen
und Liberalen darstellen.

105 Nur wenn die SPD langfristig und
konsequent gegen wachsende Ungleichheit
und für mehr soziale Gerechtigkeit eintritt,
und so an der politischen Willensbildung der

110 Bevölkerung mitwirkt, können wir
Vertrauen in die Partei und in die Politik
allgemein zurückgewinnen. Dieses
Vertrauen ist die zentrale Voraussetzung, um
Nichtwählende zu mobilisieren und als SPD
langfristig bei Bundestagswahlen wieder
115 besser abzuschneiden.

*Antragsbereich S/ **Antrag 7***

SPD-Region Ostwestfalen-Lippe (OWL)

Zukunft statt Grenzen – Wir Votum Antragskommission investieren in die Integrationsgesellschaft

Terrorismus, Kriege, bittere Armut, Teilweise erledigt durch Integrationsplan
Klimawandel: Die Welt des frühen 21. NRW, Überweisung an SPD-
Jahrhunderts ist eine Welt voll Landtagsfraktion
unüberschaubarer Krisen. Als Folge dieser
5 Krisen befinden sich mehr als 60 Millionen
Menschen auf der Flucht. Und ein Ende ist
nicht in Sicht: Wir werden uns darauf
einstellen müssen, dass globale
Migrationsbewegungen langfristig anhalten
10 werden.

Gleichzeitig erleben wir in unserer
Wohlstandsgesellschaft eine gegenläufige
Entwicklung. Der demografische Wandel
15 führt dazu, dass dem Arbeitsmarkt
mittelfristig Fachkräfte fehlen werden und es
gerade im ländlichen Raum immer
schwieriger wird, Strukturen aufrecht zu
erhalten. Begleitet wird diese Entwicklung
20 von einem sozialen Auseinanderbrechen der
Gesellschaft und – seit der einschneidenden
schwarz-gelben Politik der 1980er Jahre –
teil- und schrittweisen Rückzug des Staates
aus seinen Kernaufgaben.

25 Wenn die Gesellschaft es also schafft,
Menschen, die aus den verschiedensten

Gründen nach Deutschland kommen, zu integrieren, ist das nicht nur die Erfüllung
30 unserer menschlichen Pflicht – schon gar nicht ist es eine barmherzige Geste, die mit der Arroganz der oben stehenden vollzogen wird –, sondern eine Chance für die gesamte Gesellschaft. Also sowohl für
35 Eingewanderte als auch schon lange in Deutschland Ansässige.

Damit das gelingen kann, ist eine progressive staatliche Integrationspolitik
40 notwendig. Derzeit wirkt der Staat an vielen Stellen überfordert und handelt in vielen Integrationsbelangen eher improvisierend als geplant. Wir wollen Strukturen schaffen, die ohne Improvisation Integration für alle
45 Menschen ermöglicht, die durch Einwanderung zu uns gelangen. Bedenkt man, dass nicht alle geflüchteten Menschen dauerhaft in Deutschland bleiben wollen, brauchen wir Integrationsstrukturen für
50 mindestens eine Million einwandernde Menschen im Jahr. Das heißt natürlich nicht, dass das Asylrecht auf eine Million Menschen begrenzt wird. Das Asylrecht muss ein unangetastetes individuelles Recht
55 bleiben. Sollte also durch stärkere Fluchtbewegungen die Zahl der Einwander*innen steigen, bedarf es zusätzliche improvisierte Strukturen. Aber wir können nicht länger zusehen, wie der
60 Staat soweit kaputt gespart wird, dass eine staatlich koordinierte Integrationspolitik nur mit Improvisation möglich ist. Wir brauchen einen handlungsfähigen Staat, der ohne Improvisation mindestens einer Million
65 Menschen im Jahr Integrationsstrukturen bietet.

Die politisch Konservativen diskutieren das Thema Integration als selbstständige
70 Aufgabe von Eingewanderten. Das konservative Integrationsdogma lautet „Anpassung sonst Strafe“. Dieses Motto hilft vielleicht um an Stammtischen Stimmung zu machen, der vor uns liegenden Aufgabe wird
75 es nicht gerecht. Funktionierende Integration hat drei Dimensionen: Da in unserer

Gesellschaft Anerkennung und sozialer
Aufstieg nach wie vor in erster Linie über
die Arbeit generiert werden, ist die
80 Herstellung einer materiellen
Aufstiegsperspektive zentraler Bestandteil
gelingender Integration. Die zweite
Dimension ist die institutionelle
Anerkennung. Wer anerkannter Teil einer
85 demokratischen Gesellschaft sein will,
braucht ein politisches Mitsprache und -
gestaltungsrecht. Als dritte Dimension ist
ebenfalls die Anerkennung individueller
Identität und die Akzeptanz kollektiver
90 Identitäten und Symbolik im engen sozialen
Umfeld von wesentlicher Bedeutung. Diese
drei Dimensionen bilden die Grundlage, auf
der wir in diesem Antrag politische
Forderungen als Rahmenbedingung
95 funktionierender Integration entwickeln
wollen.

Schlüssel in allen drei Dimensionen ist die
Sprache. Nur wer sich verständigen kann,
100 hat die Chance auf wirtschaftlichen und
sozialen Aufstieg, auf politische
Mitgestaltung und auf Kontakt im engen
sozialen Umfeld. Um Integration zu stärken,
muss der Spracherwerb im Zentrum stehen.

105 Um die notwendigen Rahmenbedingungen
zu schaffen, brauchen wir einen
handlungsfähigen Staat, der bereit ist, in die
Zukunft der Gesellschaft zu investieren. Die
110 konservative Politik der Schwarzen Null
schwächt die Wirtschaft und lässt die
Gesellschaft zunehmend
auseinanderbrechen. Gerade mit Blick auf
die anstehende Transformation in eine
115 digital-technisierte Wirtschaft und den damit
verbundenen sozialen Risiken brauchen wir
Innovation und Wachstum. Und der Blick in
die Geschichte zeigt: Immer, wenn
technologische Innovation zu
120 wirtschaftlichem Aufschwung geführt hat,
hatte ein aktiver Staat die Finger im Spiel.
Halten wir weiter an den konservativen
Dogmen von Schwarzen Nullen,
Schuldenbremsen und Austerität fest,
125 vererben wir den kommenden Generationen

wenig Spielraum für innovative wirtschaftliche Ideen, eine marode Infrastruktur, einen handlungsunfähigen Sozialstaat und Kommunen, die nur noch
130 verwalten und nicht mehr gestalten.

Das betrifft auch die Integration: Nur mit massiven staatlichen Investitionen ist diese große Aufgabe möglich. Aber diese
135 Investitionen sind kein zum Fenster rausgeworfenes Geld, sondern die Grundlage dafür, dass wir eine zukunftsfähige Gesellschaft mitgestalten. Klar ist aber auch: Die Herausforderungen
140 sind in ganz Europa zu groß, als dass sie allein von Nationalstaaten gelöst werden könnten. Deshalb ist der Vorstoß des italienischen Regierungschefs Matteo Renzi, europäische Integrations-Anleihen
145 einzuführen, unterstützenswert.

In den Debatten um Flucht und Integration wird zumeist wie selbstverständlich von einer Gruppe junger Männer ausgegangen,
150 die ihre Familien zurückgelassen haben und nach Europa geflüchtet sind. Dass Frauen ein Drittel aller geflüchteten Menschen ausmachen wird sowohl in der öffentlichen Wahrnehmung als auch in Maßnahmen der Unterbringung und Integration meist
155 vergessen. Frauenspezifische Problemen der Flucht – wie sexualisierte Gewalt und damit einhergehend fehlende Schutzräume in Unterbringungssituationen – wird wenig
160 Beachtung gezollt. Auch die Gruppe der geflüchteten Menschen mit LSBTTI*-Hintergrund und der Bedarf besonderer Schutzräume und Ansprechpersonen sowie rassistische Vorurteile, mit denen
165 geflüchtete Männer täglich konfrontiert werden, stellen genderspezifische Probleme der Flucht dar, die in den Debatten viel zu oft vergessen werden. Sie müssen in allen Bereichen der Integration querschnittartig
170 mitgedacht werden.

Wir fordern:

- Die Gesundheitskarte muss endlich allen

175 Geflüchteten zur Verfügung stehen, um vor allem Frauen, die sexualisierte Gewalt erfahren haben, den Zugang zu ärztlichen Untersuchungen zu erleichtern.

180 • Die EU-Aufnahmerichtlinie (2013/33), die im Juli 2013 in Kraft getreten ist, soll diesen Frauen einen besonderen Schutz zusichern. Um für diese Frauen aber auch wirklich bundesweit auf Basis einer Rechtsgrundlage
185 besseren Schutz zu gewährleisten, muss sie endlich in nationalstaatliches Recht umgesetzt werden.

Für das Chaos in der Organisation der
190 Asylpolitik ist unter anderem das fehlende Einwanderungsgesetz verantwortlich. Die Einwanderungsregeln der Bundesrepublik sind zu komplex, sodass viele Einwanderungswillige den Weg über das
195 Asylrecht versuchen. Dort abgelehnt, werden sie abgeschoben, obwohl sie eine Bereicherung wären. Deshalb ist ein Einwanderungsgesetz, das Einwanderung abseits des Asylrechts ermöglicht und
200 ordnet, längst überfällig. Dieses Einwanderungsgesetz darf allerdings kein Eliten-Programm werden, das nur Einwanderung für Spitzenfachkräfte ermöglicht.

205 Ohne gerechtere Asylpolitik gibt es keine Integration

Damit die Integration geflüchteter Menschen
210 gelingen kann, bedarf es zunächst einer gerechteren europäischen Asylpolitik. Die abgeschottete Festung Europa ist der Grund, dass laut IOM Global Report in den letzten 20 Jahren mehr als 60 000 Menschen an den europäischen Außengrenzen gestorben sind.
215 Damit ist die Grenze Europas die gefährlichste und tödlichste Grenze der Welt. Diese Abschottung muss beendet werden.

220 Wir fordern:

- Die bereits bestehenden Möglichkeiten der

- 225 legalen Einreise in die Europäische Union
wie der Familiennachzug müssen ausgebaut
und neue Möglichkeiten, wie die Vergabe
humanitärer Visa, müssen geschaffen
werden.
- 230 • Auch eine unentgeltliche und
uneigennützige Fluchthilfe darf nicht weiter
unter das Verbrechen des "Schleusens"
gefasst werden. Wir brauchen eine
umfassende Entkriminalisierung.
- 235 • Mit der Deklaration immer weiterer
„sicherer Herkunftsstaaten“ versucht die
Bundesregierung Menschen aus
Herkunftsstaaten mit geringerer Asyl-
240 Anerkennungsquote den Zugang zu Asyl
nahezu unmöglich zu machen. Das
Asylrecht muss ein individuelles Recht
bleiben. Das Prinzip der „sicheren
Herkunftsstaaten“ ist abzuschaffen.
- 245 • Eine europäische Seenotrettung, die,
gemeinsam von allen Mitgliedsstaaten
finanziert und vom Europäischen Parlament
legitimiert, nicht nur direkt vor der
250 europäischen Küste, sondern im gesamten
Mittelmeer gekenterte Menschen
aufammelt, muss geschaffen werden.
- 255 • Das Dublin-Abkommen ist gescheitert.
Wir brauchen eine gerechte Verteilung von
geflüchteten Menschen in der gesamten
Europäischen Union. Das Hin- und
Herschieben von geflüchteten Menschen
zwischen den EU-Staaten ist
260 menschenunwürdig und widerspricht dem
Gedanken eines gemeinsamen europäischen
Schutzraums für Asylsuchende.
- 265 • Fluchtursachen müssen bekämpft werden.
Die riesigen Geflüchteten-Unterkünfte in
den syrischen Anrainerstaaten sind stark
unterfinanziert. Ein erster Schritt wäre es,
diese Unterkünfte mit ausreichend
Ressourcen auszustatten und so die
270 Menschen zu unterstützen, die auf eine
schnelle Rückkehr nach Syrien hoffen.
Mittelfristig dürfen sich Deutschland und die

EU aber nicht darauf ausruhen, diese
Unterkünfte zu unterstützen – in der
275 Hoffnung, dass dann keine Menschen mehr
nach Europa fliehen. Wichtigstes Instrument
ist, die europäische Entwicklungspolitik
auszubauen. In Deutschland ist der Anteil an
Entwicklungsausgaben zwar gestiegen, aber
280 nur, weil Ausgaben für geflüchtete
Menschen in Deutschland mit eingerechnet
wurden. Diese Schönrechnerei muss
unterbunden und ausreichend Geld für
nachhaltige Entwicklungspolitik
285 bereitgestellt werden.

• Wer Integration will, der kann nicht
gleichzeitig eine "Kultur der Abschiebung"
fordern. Trotzdem werden vor allem
290 Möglichkeiten diskutiert, wie die
Bleibeperspektive geflüchteter Menschen
zum Beispiel durch sichere Herkunftsländer
und schnellere Prüfungsverfahren
verschlechtert werden kann. Wir wollen uns
295 aber nicht am Wettbewerb der nackten
Abschiebezahlen beteiligen, sondern die
Einzelfallprüfung für jede*n
Schutzsuchende*n stärken. Denn oftmals ist
die genaue Menschenrechtslage in den
300 Herkunftsländern der Menschen ungewiss:
Verfolgung von Homosexuellen*, Frauen*,
religiösen und ethnischen Minderheiten,
sowie die politische Verfolgung
Andersdenkender ist oft nur schwierig
305 einzuschätzen. Häufig sind es Menschen, die
hier seit Jahren in einem festen sozialen
Umfeld leben, den dann der
Aufenthaltsstatus entzogen wird, weil sie
volljährig geworden sind oder sich der
310 Status ihres Landes geändert hat. Das
bedeutet die jahrelange Integrationsarbeit
ohne Not zu zerstören. Diese Praxis kann bei
den Betroffenen nicht folgenlos bleiben. So
führt eine Abschiebung oft auch zu
315 schweren psychischen Problemen bis hin
zum – dokumentierten - Suizid.
Wir schlagen deshalb vor, dass zur Prüfung
eines Abschiebeantrags auch der bereits
bewältigte Integrationsprozess, sowie das
320 soziale Umfeld des Geflüchteten
herangezogen wird. Gescheiterte

Asylverfahren führen Menschen in die Illegalität und damit in soziale Notlagen, wie Obdachlosigkeit oder Schwarzarbeit. Wir wollen außerdem, dass die Praxis der Abschiebehaft gestoppt wird. Der Freiheitsentzug von Asylsuchenden ist qualitativ und quantitativ unverhältnismäßig. Qualitativ wird die Praxis der Abschiebehaft von Menschenrechtsorganisationen seit Jahren kritisiert. Da die Abschiebehaft rechtlich nicht als Strafe gilt, haben unzulässig in Haft Genommene kein Recht auf Schadensersatz. Dabei ist die Fehleinschätzung bei Asylverfahren besonders hoch. Es reicht ein bloßer Verdacht, dass sich der Geflüchtete der Abschiebung widersetzen könnte. Die in Haft Genommenen müssen auch ihre eigenen Haftkosten selbst tragen. Bei einer durchschnittlichen Haftzeit von drei Monaten kommen so Kosten von über 30.000 Euro zusammen. Quantitativ ist Abschiebehaft unverhältnismäßig, da das einzige Abschiebegefängnis NRWs in Büren tatsächlich nur einhundert Menschen Platz bietet. Für diese rechtlichen "Härtefälle" müssen sich auch andere Lösungen finden. Deshalb können und sollten wir gänzlich auf Abschiebehaft verzichten. Das Abschiebegefängnis in Büren darf nicht ausgebaut, sondern muss schnellstmöglich geschlossen werden.

Unbegleitete minderjährige Geflüchtete – ein ganz besonderer Schutz

Eine ganz besondere Herausforderung stellt die Betreuung und die Integration von unbegleiteten minderjährigen Geflüchteten dar. Viele von ihnen wissen nicht, was aus ihren Eltern und ihrer Familie geworden ist, weil sie entweder alleine auf die Flucht geschickt wurden oder sich während der Flucht aus den Augen verloren haben. Wenn es nicht von Anfang an gelingt, Traumata von der Flucht zu behandeln und eine Perspektive in die Gesellschaft zu eröffnen, schafft man sehenden Auges eine neue

370

Generation dauerhaft Ausgegrenzter.

Wir fordern:

- 375 • Integration findet für Minderjährige in
erster Linie in der Schule statt. Der Zugang
zur Schule muss schneller und vor allem
unabhängig vom Aufenthaltsstatus erfolgen.
- 380 • In riesigen Massenunterkünften kann der
besondere Schutz, den Kinder und
Jugendliche
ohne Kontakt zur eigenen Familie brauchen,
schnell unter die Räder geraten. Deshalb
385 sind gerade für unbegleitete minderjährige
Geflüchtete kleinere
Erstaufnahmeeinrichtungen und
Notunterkünfte zu bevorzugen.
- 390 • Besonders unbegleitete minderjährige
Geflüchtete sind nach der Flucht auf
psychologische Betreuung angewiesen.
Darauf haben sie bislang kein
grundsätzliches Recht. Das muss sich
395 ändern. Gerade was die medizinische
Versorgung betrifft, sind unbegleitet
minderjährige Geflüchtete gegenüber
gesetzlich krankenversicherten Kindern
erheblich schlechter gestellt. In
400 medizinischen Fragen sollte nicht der
Aufenthaltstitel, sondern das Kindeswohl im
Mittelpunkt stehen.
- Die Aussetzung des Familiennachzugs
405 auch bei unbegleiteten minderjährigen
Geflüchteten ist schlichtweg unmenschlich.
Diese Aussetzung muss zurückgenommen
werden.
- 410 • Die meisten unbegleiteten minderjährigen
Geflüchteten haben kein rechtmäßiges
Aufenthaltsrecht und sind in Deutschland
nur geduldet. Um nicht in ständiger Angst
vor Abschiebungen zu leben, müssen sie
415 schnell einen sicheren Aufenthaltsstatus
erhalten. Um dabei in den komplizierten
Fragen des Asylrechts nicht allein gelassen
zu werden, muss ihnen eine
Ergänzungspfleger*in (z.B. eine

420 Rechtsanwält*in) zur Verfügung gestellt
werden. Um das Kindeswohl auch rechtlich
in den Mittelpunkt zu stellen, muss auch klar
sein: Solange das Aufenthaltsrecht nicht
geklärt ist, gilt das Jugendhilferecht vor den
425 Asylgesetzgebungen.

• Die Zusammenführung von auf der Flucht
getrennten Familien ist elementar. Deshalb
muss die Vernetzung der Träger von
430 Erstaufnahmeeinrichtungen und
Notunterkünften mit den Suchdiensten der
Hilfsorganisationen verbessert und von der
Politik mehr unterstützt werden.

435 • Zur Betreuung unbegleiteter
minderjähriger Geflüchteter steht noch
immer zu wenig Geld zur Verfügung. Hier
müssen die Bundesmittel aufgestockt
werden.

440 • Es gibt gute Projekte, in denen Familien
unbegleitete minderjährige Geflüchtete bei
sich aufnehmen. Das ist weder für die
Familien noch für die geflüchteten Kinder
445 eine einfache Angelegenheit und erfordert
viel Empathie auf beiden Seiten. Aber in
solchen Projekten steckt ein großes
Integrationspotenzial. Deshalb braucht es
eine angemessene materielle Förderung
450 solcher Projekte.

Aktive Arbeitsmarktpolitik – gute
Qualifikation und Arbeit für alle!

455 Eine fortschrittliche
Einwanderungsgesellschaft muss allen
Menschen eine Perspektive bieten. Der
Anspruch der Sozialdemokratie muss dabei
sein, Abstiegsängste bei der
460 arbeitnehmenden Mittelschicht
auszuräumen; Langzeitarbeitslosen endlich
neue Perspektiven zu bieten; und jungen
Menschen sowie Einwander*innen flexible
Einstiege zu ermöglichen – vor allem in
465 Aus- und Weiterbildungsprogramme. Es gibt
bereits vielfältige erfolgsversprechende
Ansätze. Schluss sein muss jedoch mit der
politischen Mangelverwaltung, die sich

470 gerade in den politisch „langen bleiernen
Jahren“ der schwarzen-gelben
Bundesregierungen unter Helmut Kohl
durchgesetzt hat. Politik und Wirtschaft
müssen endlich klotzen, statt kleckern! Wir
brauchen massive Zukunftsinvestitionen, um
475 allen Menschen in unserer wohlhabenden,
technologisch fortgeschrittenen Gesellschaft
eine Perspektive zu geben. Umfangreiche,
kostenintensive Programme zur
Berufsbildung und Arbeitsmarktintegration
480 sind dabei alles andere als illusorisch,
sondern aus volkswirtschaftlicher Sicht die
beste, weil rentabelste Investition, die
möglich ist.

485 Wir fordern:

- Schluss mit dem Dogma des bedingungslosen Sparens. Wir brauchen ein Arbeitsmarkt-Investitionspaket.

490

- Die betriebliche Mitbestimmung bei Einstellungen und Ausbildungen muss stärker wahrgenommen und gesetzlich ausgebaut werden: Solidarische Initiativen der Beschäftigten, die Einwander*innen oder Langzeitarbeitslosen einen Einstieg in Ausbildung und Beruf geben wollen, sind ein guter Weg. Klar ist: Wenn Menschen neu auf unserem Arbeitsmarkt sind – oder
495 oder Langzeitarbeitslosen einen Einstieg in Ausbildung und Beruf geben wollen, sind ein guter Weg. Klar ist: Wenn Menschen neu auf unserem Arbeitsmarkt sind – oder
500 seit Längerem nicht arbeiten konnten –, dann ist ihre Integration in Ausbildung und Beruf aufwändiger. Unternehmen wollen – kapitalistischer Logik folgend – diesen Mehraufwand und entsprechende
505 Mehrkosten vermeiden. Umso entschiedener müssen wir dafür streiten, dass Unternehmen gesellschaftlich stärker in die Verantwortung genommen werden, wenn es um Ausbildung und Arbeitsmarktintegration geht.

510

- Die Gewerkschaften, allen voran die IG Metall, haben mit dem Konzept eines Integrationsjahres (für Einwander*innen und Langzeitarbeitslose) bereits ein
515 tarifpolitisches Ausrufezeichen gesetzt. Solche Ansätze gilt es auf allen Ebenen zu unterstützen (gesetzlich; durch Ausweitung

bestehender Förderprogramme etc.).

520 • Eine Förderung (und falls notwendig:
Verpflichtung) betrieblicher
Integrationsarbeit sollte durch öffentliche
Fortbildungsprogramme gewährleistet
werden.

525 • Insbesondere junge Mädchen aus
geflüchteten Familien müssen gezielt
gefördert und durch Coaching-Programme
mit der Vielfalt des deutschen
530 Arbeitsmarktes vertraut gemacht werden.
Auch in Programmen wie dem Girls Day
oder Förderprogrammen für Frauen in
MINT-Fächern (Mathe, Informatik,
Naturwissenschaft, Technik) sollen sie
535 Einblicke in Berufsfelder bekommen, zu
denen der Zugang sonst erschwert ist.

• Der aktuell verfolgte Ansatz der
schnellstmöglichen Erfassung von
540 schulischen und beruflichen Kenntnissen ist
richtig. Die Anfänge, die mit den Integration
Points in NRW geschaffen wurden, müssen
schnellstmöglich flächendeckend umgesetzt
werden. Zentral ist, dass das Arbeits- und
545 Bildungsprofiling von Fachleuten
durchgeführt wird. Alle Menschen, die zu
uns kommen, müssen dabei gleich behandelt
werden. Eine Bestenauslese ist ebenso
inakzeptabel wie die Qualifikationserfassung
550 durch Nicht-Fachleute. Im Zusammenhang
mit der Erfassung beruflicher und
schulischer Qualifizierung muss eine
vereinfachte Anerkennung (von Abschlüssen
etc.) erfolgen – damit allen
555 Einwander*innen zielgerichtete Angebote
gemacht werden können.

• Wir brauchen konkrete Schritte, um
schnellstmöglich eine flächendeckende
560 Ausbildungsumlage durchzusetzen: Seit
Jahren sind die angebotenen
Ausbildungsplätze rückläufig – sogar in
vielen wirtschaftlich erfolgreichen
Regionen. Gleichzeitig klagen
565 Unternehmensverbände und Betriebe
abstrakt über angeblichen

„Fachkräftemangel“. Tatsächlich werden wirtschaftliches Wachstum in Boom-Branchen sowie die Auswirkungen des demografischen Wandels in den nächsten Jahrzehnten zu einem hohen Arbeits- und Fachkräftebedarf führen. In der aktuellen Situation tun die Unternehmen aber alles andere, als sich für ihren zukünftigen Bedarf an qualifizierten Arbeitskräften zu rüsten. Sie akkumulieren lieber kurzfristige Gewinne als für die Zukunft gute Ausbildungsplätze und Weiterbildungsstrukturen zu schaffen. Weil die kapitalistische Akkumulationslogik – in eigentlich selbstzerstörerischer Manier – Zukunftsinvestitionen systematisch vermeidet, müssen gewerkschaftlicher Arbeitskampf und politische Initiativen der Sozialdemokratie eine gesellschaftlich verantwortliche Lösung erstreiten: Durch die schrittweise Einführung regionaler Ausbildungsumlagen, die alle Betriebe in die organisatorische und finanzielle Verantwortung für die vor Ort gesellschaftlich notwendigen Ausbildungsplätze zwingen, kann bei der Berufsausbildung das Gemeinwohl gegenüber kurzfristigen Profitinteressen die Oberhand behalten.

- Wir müssen Kapazitäten massiv ausweiten: Eine Einwanderungsgesellschaft kann sich keine Behörden leisten, die häufig mehr als ein Jahr brauchen, um Menschen einen Aufenthaltsstatus zu gewähren, der ihnen ermöglicht, ihr Leben selbst in die Hand zu nehmen. Deswegen müssen im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF), in den Landes- und kommunalen Behörden sowie Arbeitsagenturen und Jobcentern viele neue Stellen geschaffen werden, um Menschen schnell zu versorgen: mit Dokumenten, zielgerichteten Informationen, zugeteilten Sprach- und Integrationskursen.

- Unserer wohlhabenden Gesellschaft ist es absolut unwürdig, aktuell mehr als einer Million Langzeitarbeitslosen keine Perspektive anzubieten. Weil die

Steuerungsfähigkeit des allgemeinen
Arbeitsmarktes gerade in einem offenen
Einwanderungsland nicht ausreichen wird,
um den beruflich aktuell ausgeschlossenen
620 Menschen eine Perspektive zu bieten,
brauchen wir endlich einen sozialen
Arbeitsmarkt. Auf Bundes-, Landes- und
kommunaler Ebene muss die Politik
gemeinsam mit der Zivilgesellschaft – mit
625 Gewerkschaften, NGOs, gemeinnützigen
Unternehmen, Vereinen etc. –
gesellschaftliche Arbeitsfelder definieren, in
denen wertvolle Arbeit vom Markt nicht
geleistet werden kann. Um diese Aufgaben
630 zu erfüllen, müssen würdige soziale
Arbeitsplätze geschaffen werden, die
Menschen einen Neustart mit Perspektiven
ermöglichen. Entsprechende Konzepte
müssen schnellstens erarbeitet werden.
635 Finanzielle Mittel sind von öffentlichen
Programmen zu gewährleisten.

- Eine demografisch tendenziell
schrumpfende Wohlstandsgesellschaft kann
640 sich keine jungen Menschen leisten oder
wünschen, die keinen guten Platz im
Arbeitsleben finden oder im Bildungssystem
keine Chance sehen. Neben den zu
schaffenden regionalen
645 Ausbildungsumlagen, deren Schritt-für-
Schritt-Realisierung etwas Zeit braucht,
muss die öffentliche Hand schnelle
Zusatzangebote ermöglichen, um den Weg
in selbstbestimmte Berufstätigkeit zu
650 unterstützen. Das erfolgreiche neue
Übergangssystem „Kein Abschluss ohne
Anschluss“ (KaoA) in NRW sollte dafür
massiv ausgebaut werden.

655 Bildung als Menschenrecht verwirklichen –
Systeme öffnen und flexibilisieren!

Für alle Menschen führt der Weg in ein
selbstbestimmtes Leben über Bildung. Ein
660 demokratisches Einwanderungsland muss
dem Menschenrecht daher höchste Priorität
geben. Es geht um Allgemein- wie
Fachwissen, die Selbstverwirklichung der
Menschen und ein tieferes Bewusstsein einer

665 demokratischen Gesellschaft. Dass Bildung
dabei auch die Arbeitstätigkeit in einer
hochprofessionalisierten,
durchrationalisierten Wirtschaft und
Gesellschaft ermöglicht, ist nur eine
670 Teilfunktion der Bildung.

Strukturell gilt für das gesamte
Bildungssystem, was für den Teilbereich der
beruflichen Bildung bereits ausgeführt
675 wurde: Ein offenes Einwanderungsland
muss die dauerhaft vorgehaltenen
Kapazitäten massiv ausbauen.

Wir fordern:
680

- Der Trend, Schulen zu schließen und
Lehrer*innenstellen höchstens auf unterem
Niveau zu stabilisieren, muss umgekehrt
werden. Die Einstellung neuer Lehrer*innen
685 und pädagogischer sowie verwalterischer
Fachkräfte darf nicht an leeren Kassen
scheitern. Deswegen muss das
Kooperationsverbot in der Bildungspolitik
schnellstmöglich aufgehoben werden, damit
690 der Bund Geld für Stellen zur Verfügung
stellen kann.

- Das Erlernen von Sprache ist elementar.
Deshalb müssen auch die Schulen
695 nachrüsten: Deutsch als Zweit-
/Fremdsprache muss zu einer echten
Lehramtsbefähigung aufgewertet und zu
einem vollwertigen Lehramtsfach in der
Lehrkräfteausbildung aufgebaut werden.
700 Außerdem müssen Schulen die
durchgängige Sprachbildung als
verpflichtenden Bestandteil aller Fächer
ansehen.

- Mehr Lehr- und andere Fachkräfte werden
sowohl an allgemeinbildenden,
berufsbildenden und Volkshochschulen
gebraucht. Wichtig ist, dass politisch das
Prinzip „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“
710 von Anfang an Gültigkeit besitzt: Es ist
nicht hinnehmbar, wenn die fachqualifizierte
Sprachvermittlung durch prekäre

- Beschäftigung gewährleistet wird.
- 715
- Die in den Schulen eingerichteten Willkommensklassen für geflüchtete Kinder und Jugendliche müssen auf die individuellen Erfahrungen, die die
- 720 Schüler*innen von der Flucht mitbringen, eingehen können und dürfen deshalb eine maximale Größe von 12 Schüler*innen haben.
- 725
- Die kommunalen Erfahrungen zeigen: Gerade Einwander*innen, die vor Krieg, Not und Elend geflohen sind, finden bei uns meistens ein längerfristigeres Zuhause – auch dann, wenn ihnen offiziell kein
- 730 dauerhafter Aufenthaltstitel gewährt wurde. Deswegen dürfen Fragen des Status- bzw. Aufenthaltstitels nicht mehr darüber entscheiden, wer bei uns Zugang zu Bildung und Arbeit bekommt. Die wichtigste
- 735 Schlussfolgerung: Alle Einwander*innen müssen von Anfang an einen Rechtsanspruch auf deutschen Sprachunterricht haben. Das heißt auch: Alle Asylbewerber*innen müssen das Recht auf
- 740 einen Integrationskurs vor der Anerkennung haben, da die Zeit von der Ankunft in Deutschland bis zur ihrer Anerkennung sinnvoll gestaltet werden muss. Wenn die
- 745 Perspektivlosigkeit erst einsetzt, ist es schwierig die Menschen wieder zu motivieren. Durch den schnelleren Zugang zu Sprach- und Integrationskursen sind die Menschen sechs
- 750 bzw. neun Monate beschäftigt und können in der Zeit die deutsche Sprache zu erlernen, damit im Anschluss ein aufbauender Kurs besucht werden kann. Jedoch fehlen Kurse, die über einen B1 Abschluss hinaus gehen.
- 755 Ausbildungen und ein Studium kann erst bei einem Sprachniveau von B2 / C1 begonnen werden. Je früher die Menschen die Chance bekommen die Sprache zu erlernen, desto schneller können sie nach ihrer
- 760 Anerkennung in den Arbeitsmarkt integriert werden. So lässt sich vermeiden, dass Einwander*innen, die fachlich mehr können

aber die deutsche Sprache nicht beherrschen,
als Hilfskräfte eingesetzt werden.

765

- Die Vernetzung zwischen den Kommunen und den Sprach- und Integrationskursanbieter*innen muss verbessert werden. Die Integrationskurse dürfen nur von Pädagog*innen durchgeführt werden, sodass die Qualität der Kurse mehr oder weniger gleich ist. Es müssen jedoch allgemeine Standards für Lehrkräfte für alle anderen Kurse erstellt werden.

775

- Gerade jungen Menschen, die zu uns kommen, müssen wir mehr Bildungschancen und flexible Einstiege ermöglichen. Um Bildungsabschlüsse nachzuholen und an Hochschulen einen Einstieg zu finden, müssen sie einen einfachen Zugang zum BAföG-System bekommen. An Hochschulen und Berufsschulen müssen zudem flexible Einstiegsprogramme für Neuankömmlinge geschaffen werden. An Berufsschulen fängt dies damit an, dass Geflüchtete zwischen dem 18. und 25. Lebensjahr bundesweit eine gesetzliche Zugangsberechtigung brauchen. An Hochschulen soll ein modularisiertes, teils anrechenbares Zusatzprogramm zur Sprachvermittlung und Institutionenlehre angeboten werden.

780

785

790

795

- Bildungspolitik beginnt in der Kindertagesstätte. Wir brauchen Investitionen in frühkindliche Bildung. Dafür brauchen wir ein Bundesprogramm zur Schaffung neuer Kita-Plätze und zur Einstellung weiterer Erzieher*innen. Für Erzieher*innen müssen Weiterbildungsangebote zur Sprachvermittlung und zum Umgang mit traumatisierten Kindern geschaffen werden.

800

805

Integration gibt es nur vor Ort – Starke Kommunen statt Privatisierungen kommunaler Aufgaben an das Ehrenamt!

810

Praktisch ist Integration ein Thema des nahen sozialen Umfelds. Deshalb ist auch

keine politische Ebene so wichtig wie die Kommune. Von der Erstunterkunft bis zur strategischen Stadtplanung haben die Kommunen die Möglichkeit, Ghettoisierung und Parallelgesellschaften zu verhindern. Über den Bau und die Unterhaltung von Schulen und die kommunale Wirtschaftsförderung wird in den Kommunen mitentschieden, ob Einwander*innen eine Aufstiegsperspektive finden. Und in den Kommunen wird das Ehrenamt koordiniert.

Über die ehrenamtliche Arbeit entstehen persönliche Kontakte und Freundschaften, die den Schlüssel zur Integration der Geflüchteten darstellen. Wo wäre ist man besser integriert, als in Mitte von Freund*innen?

Im gesamten Bundesgebiet haben sich im vergangenen Jahr Freiwillige um Hilfsorganisationen oder autonom organisiert. Sie haben ein Netz an Hilfsangeboten geschaffen, das von der Begleitung bei Behördengängen über Kleiderkammern und Sprachkurse, bis hin zu Fahrdiensten und Sozialberatung reicht. Der Hauptteil der ehrenamtlich Tätigen investiert dabei fünf bis zehn Wochenstunden in die Arbeit mit Geflüchteten.

Diese Hilfsbereitschaft ist beispielhaft und bewundernswert, allerdings darf vor dem Hintergrund dieser positiven Entwicklung die Rolle des Staates nicht vernachlässigt werden. Es ist aus unserer Sicht Kernaufgabe des Staates, Migrationsbewegungen zu steuern und zu integrieren. Fehlende Strukturen, undurchsichtige bürokratische Hürden und lange Wartezeiten, welche die Notwendigkeit einer so großen zivilgesellschaftlichen Unterstützung erst erforderlich gemacht haben, dürfen nicht als billige Lösung dienen. Ehrenamtliche Strukturen können nicht der kostenlose Ersatz für staatliche Integrationsmaßnahmen sein. Die urstaatlichen Aufgaben der Integrationspolitik dürfen nicht privatisiert

werden. Stattdessen muss der Staat durch die Schaffung von hauptamtlichen Stellen die ehrenamtliche Struktur stützen. Denn aus sozialdemokratischer Sicht bedeutet die
865 Unterstützung des Ehrenamtes gleichzeitig eine Stärkung des Ehrenamtes.

Wir fordern:

870 • Gute Arbeit vor Ort gibt es nur in starken Kommunen. Damit die Kommunen ihre Integrationsarbeit leisten können, brauchen sie finanziellen Spielraum. Da die Integration die elementare Aufgabe der
875 Kommunen in der Einwanderungs- und Asylpolitik ist, müssen alle anderen Kosten von Bund und Land übernommen werden.

• Ehrenamtlichkeit darf nicht
880 Hauptamtlichkeit ersetzen. Wir wollen einen starken Staat, der seine Aufgaben nicht privatisiert oder in ehrenamtliche Hände gibt. Trotzdem ist die ehrenamtliche Geflüchtetenhilfe ein wichtiger Baustein im Integrationsprozess. Doch statt Personen
885 wollen wir Projekte fördern, denn Ehrenamtlichkeit ist auf gute Bedingungen angewiesen. Deshalb wollen wir auch keine Sozialgeschenke für Ehrenamtliche, die das Ehrenamt in der Geflüchtetenhilfe einseitig
890 honorieren, sondern breit die finanzielle Ausstattung der einzelnen Projekte stärken. Ehrenamtliche Hilfe ist nicht bezahlbar. Die Bedingungen, unter der sie stattfinden muss,
895 aber schon. Gerade im Bereich des Versicherungsschutzes von ehrenamtlichen Kräften muss mehr Aufklärung und Hilfe von staatlicher Seite betrieben werden. Oft sind die bürokratischen Hürden hier sehr
900 hoch, sodass interessante und wichtige Projekte bürgerlichen Engagements scheitern.

• Wir wollen Verwaltungsstrukturen
905 schaffen, die ehrenamtliche Arbeit vernetzen und ausbauen. Über Ehrenamtskoordinator*innen und Quartiersmanager*innen sollen unter demokratischer Mitwirkungen der

910 Bürger*innen soziale Strukturen im Stadtteil
wiederbelebt werden. Die oder der
Ehrenamtskoordinator*in soll einen
Budgetrahmen für Miniprojekte verwalten
und für ehrenamtliche Arbeit ansprechbar
915 sein, um Projekte zu vernetzen oder in
rechtlichen Fragen weiterhelfen zu können.
Damit die Arbeit aber auch vor Ort im
Stadtteil ankommt, sind
Quartiersmanager*innen notwendig, die als
920 eine Verwaltungsaußenstelle im Stadtteil
agieren. Sie sollen die Bewohnerschaft im
Quartier vernetzen und unterschiedliche
Interessengruppen und lokale Akteure im
Mitwirkungsprozess einbinden. Durch Orte
925 der Begegnung kann so ein Miteinander
besonders in problematischen Stadtteilen
entstehen, wo andere Sozialstrukturen, wie
beispielsweise Vereine oder Kirchen,
weggebrochen sind. Durch wechselnde,
930 mobile Angebote sollen zudem die
Beteiligungshemmschwelle möglichst
niedrig gehalten werden. Um die
Kommunen bei der Finanzierung solcher
Stellen nicht alleine zu lassen, wird ein
935 Landesprogramm zur Unterstützung
benötigt.

• Gerade in den Kommunen stoßen viele
Öffentlich Bedienstete an ihre
940 Belastungsgrenze. Kommunale
Verwaltungen dürfen bei immer mehr
Aufgaben personell nicht mehr an der
Unterkante besetzt sein. Starke Kommunen
gibt es nur mit einer Stärkung des
945 Öffentlichen Dienstes. Es muss eine
ausreichende Betreuung und Hilfestellung
für Asylbewerber*innen sichergestellt
werden. Diese kann nur geleistet werden,
wenn das Verhältnis eine Sozialarbeiter*in /
950 eine Verwaltungsfachkraft für 60
Asylbewerber*innen nicht überschreitet.

• Vereine aus Kultur und Sport leisten eine
hervorragende Integrationsarbeit.
955 Unterstützungen wie die unbürokratische
Einmalförderung über 500 Euro des Landes
NRW an Sportvereine, die Projekte mit
Geflüchteten initiieren, haben die Vereine

960 darin unterstützt, Startgelder zu finanzieren
oder die sportliche Erstausrüstung bereit zu
stellen. Solche Unterstützungen gilt es
fortzuführen und auszubauen.

965 • Die Aufgabe der Integration wird essentiell
von der Frage der Unterbringung bestimmt.
Zentrale Unterbringung in
Massenunterkünften fördert die Exklusion
von Geflüchteten, da nahezu keine Kontakte
zur ansässigen Bevölkerung bestehen. Dabei
970 ist aber auch zu beachten, dass der Kontakt
zu anderen Geflüchteten für die Bewältigung
von Traumata, aber auch des Alltags
förderlich sein kann.

975 • Wer dezentrale Unterbringung fordert,
muss dann aber konsequenterweise auch
Mobilität garantieren. Wir brauchen einen
ÖPNV, der auch außerhalb der Zentren für
eine gute Mobilität sorgt und der für
980 Geflüchtete über vergünstigte Angebote wie
Sozialtickets attraktiv wird.

985 • Frauen machen ein Drittel aller
Geflüchteten aus und trotzdem gibt es für sie
in vielen Unterbringungen weder
Rückzugsräume noch getrennte
Sanitäreinrichtungen. Gerade für Frauen, die
schon auf der Flucht sexualisierte Gewalt
erfahren haben, sich vor Ort in Situationen
990 befinden, die Schutzräume verlangen oder
für Frauen, die zum Stillen ihrer Säuglinge
Ruhe brauchen, sind diese Verhältnisse
unzumutbar. Gewaltschutzkonzepte wie zum
Beispiel das des Paritätischen
995 Wohlfahrtsverbandes sollen in allen
Erstaufnahmeeinrichtungen eingerichtet
werden. Die Positionierung gegen Gewalt
soll nicht nur im Leitfaden der Unterkunft
verankert und damit für alle
1000 Bewohner*innen verpflichtend sein, sondern
auch Mitarbeiter*innen sollen für
genderspezifische Probleme wie
sexualisierte Gewalt und Diskriminierung
sensibilisiert werden. Des Weiteren bedarf
1005 es eines flächendeckenden und sichtbaren
Beratungsangebotes für Frauen, das Themen
wie sexualisierte Gewalt, aber auch

1010 Arbeitssuche, Kinderbetreuung und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf behandelt.

1015 • Sexuelle Orientierungen und queere Identitäten können ein Fluchtgrund sein. Viele lesbisch, schwule, bisexuelle, transsexueller, transgender oder intersexuelle Menschen werden in ihren Heimatländern deshalb verfolgt und suchen jetzt Schutz. Aber auch für sie fehlt es in Unterkünften an Schutzräumen, sensibilisierten Personal und Beratung. Auch in Unterkünften in Deutschland kommt es durch Personal zu Diskriminierung oder durch homophobe Einstellungen der DolmetscherInnen zu verhindertem Asyl.

1020

1025 Für Geflüchtete mit LSBTTI*-Hintergrund müssen ebenfalls Gewaltschutzkonzepte in Einrichtungen etabliert werden.

1030 • Ein Wohnsitzauflage löst das Problem von Ghettoisierung nicht. Im Gegenteil: Menschen in strukturschwache Regionen abzuschieben generiert erst recht Perspektivlosigkeit und schafft Desintegration und Parallelgesellschaften.

1035 Stattdessen wird ein gezieltes Investitionsprogramm in kleinere und mittlere Kommunen zur Schaffung von Arbeits- und Integrationsangeboten benötigt, damit besonders diese Kommunen für

1040 Einwander*innen attraktiv werden.

Für eine neue Ära des Sozialen Wohnungsbaus

1045 Die erfolgreiche Geschichte des öffentlichen Wohnungsbaus in der Bundesrepublik hat ein jähes Ende gefunden, als in den 1980er Jahren mit dem neoliberalen Wandel der Wirtschaftspolitik die erfolgreichen

1050 Programme aus ideologischen Gründen eingestellt wurden. Heute spüren wir die Folgen: Bis 2020 müssen jährlich zirka 140 000 Wohnungen gebaut werden, um der steigenden Nachfrage nach Wohnraum vor

1055 allem in Ballungs- und Universitätszentren zu begegnen. Davon sind 80 000

Sozialwohnungen und 60 000 Wohneinheiten im „bezahlbaren Preissegment“ zu bauen.

1060 Dabei gibt es jedoch starke Unterschiede zwischen verschiedenen Regionen je nachdem ob unterm Strich mehr Menschen zu- oder wegziehen. Folglich gibt es nicht

1065 eine einheitliche Lösung, die für alle passt. Idealerweise sollte die öffentliche Hand deshalb ein mehr als ausreichendes Angebot vorhalten und Leerstand als Puffer nicht kritisch gesehen werden. Jedenfalls erscheint

1070 dieser nicht so kritisch, wie die akute Wohnungsnot oder Kaufkraftverluste bei Arbeitnehmer*innen infolge rasant steigender Immobilienpreise. Wichtig ist die Erschließung neuen Baulands und vor allem

1075 die Verhinderung von Schweinezyklen, also Zeitverzögerungen bei der Anpassung des Angebots an den Markt. Der Mangel an sozialem Wohnraum ist vor allem aus dem Grund entstanden, weil die öffentliche Hand

1080 in den letzten 30 Jahren dazu tendierte, sich prozyklisch zu verhalten, also die Marktentwicklungen zu duplizieren. Sie hat in Krisenzeiten zur kurzfristigen Haushaltskonsolidierung kommunale

1085 Wohnungen verkauft, als die Preise im Keller waren. Nun, wo die Mietpreise in die Höhe geschossen sind, rückt die Rekommunalisierung der Wohnungswirtschaft wieder auf die

1090 Tagesordnung.

Die Pleite der gewerkschaftseigenen „Neuen Heimat“-Wohnungsgesellschaft im Jahre 1989 war ebenso ein Schlag für das Ziel

1095 langfristig günstigen Wohnraum bereitzustellen.

Freie Wohnungsmärkte verhalten sich aufgrund des Zustroms von spekulativem

1100 Kapital stark prozyklisch. Sobald an einem bestimmten Ort steigende reale Nachfrage prognostiziert wird, tritt ein spekulativer Herdentrieb ein. Kapital fließt zu und auf einen Schlag wird eine große Anzahl an

1105 Luxuswohnungen in Auftrag gegeben, weil

diese Projekte die größte Profitmarge versprechen. Die Schaffung von sozialem und bezahlbarem Wohnbestand kommt in dieser Phase zu kurz. Deshalb muss die öffentliche Hand im Bereich des sozialen Wohnungsbau wieder handlungsfähig werden. Ein wichtiger Indikator ist hierbei, ob es bei einem gegebenen Angebot und einer gegebenen Nachfrage für Antragsteller*innen möglich ist, in angemessener Zeit eine Wohnung anmieten zu können. Der entscheidende Vorteil von Antragsfristen als Gleichgewichtsindikator anstatt Preisen liegt in folgendem Zusammenhang begründet: Wenn der Staat Wohnraumangebot und Wohnraumnachfrage ausgleichen soll, dann fällt so die Rolle der Spekulationskasse der Anleger*innen weg. Oder mit anderen Worten: Steigende Nachfrage zieht kein spekulatives Kapital an, weil Wohnungen in der staatlichen Wohnraumverwaltung nicht mit Geld erworben werden, sondern per Antragsstellung. Nicht mehr die Preisentwicklung ist der Indikator dafür, ob Angebot und Nachfrage in einem Gleichgewicht zueinander stehen, sondern die Frist zwischen Antragsstellung und Antragsbewilligung.

Wir fordern:

- Die Privatisierung öffentlicher Wohnungssubstanz zur kurzfristigen Bausubstanz ist zu vermeiden. Mittelfristig muss auch eine Rekommunalisierung von Wohnungseigentum das Ziel sein. Instrumente sind öffentliche Wohnungsgesellschaften. Auch im sozialen Wohnungsbau gilt, dass soziale Teilhabe am besten gegen steigende Mieten schützt. Deshalb unterstützen wir insbesondere genossenschaftliche Wohnungsbaumodelle. Bei der Erweiterung des sozialen Wohnungsbestandes ist auf Barrierefreiheit und demografiefeste Bausubstanz zu achten.

- In Bedarfsregionen sind Mittel und Wege

1155 zu berücksichtigen, wie auch neues Land
erschlossen werden kann.

• Mittels geeigneter Indikatorenmodelle ist
die Nachfrage nach bezahlbarem Wohnraum
1160 in verschiedenen Regionen zu prüfen. Hier
ist nicht etwa nur die ortsübliche Miete oder
der Grundstückpreis ein Thema, sondern es
müssen auch Tests durchgeführt werden, ob
es für Menschen in prekären Situationen
1165 möglich, an bezahlbarem Wohnraum zu
kommen. Geeignete Indikatorenmodell
können zum Beispiel auf Antragsfristen
basieren, die mittels Testanmietungen
ermittelt werden.

1170 • Puffer: Grundsätzlich gilt ein Richtwert,
dass – regional differenziert – 30 Prozent der
neugebauten Wohnungen im 5-Jahresmittel
dem öffentlichen sozialen Wohnungsbau
1175 zugerechnet werden müssen.

Wehrhafte Demokratie – Keinen Meter den
Rechten!

1180 Integration heißt, einen neuen
gesellschaftlichen Zusammenhalt zu
schaffen. Dafür brauchen wir eine neue
Diskussion über die Werte unserer
demokratischen Gesellschaft. Das betrifft
1185 nicht nur Menschen, die neu zu uns
kommen, sondern vor allem auch viele
Menschen, die schon lange hier leben.

Die Demokratie war seit Bestehen der
1190 Bundesrepublik wohl noch nie in einer
solchen Gefahr wie heute: Rechte
Meinungen verfassungsfeindliche Kräfte in
der Mitte der Gesellschaft, rechte Gewalt
gehört mehr und mehr zur Tagesordnung
1195 und eine rechte Partei wird in den
Parlamenten immer einflussreicher. Statt
Diskussionen über „sichere
Herkunftsländer“ brauchen wir eine
Diskussion über Deutschland als sicheres
1200 Ankunftsland.

Für uns ist klar: Sozialdemokratische Politik
wird sich von der Zunahme rechter

1205 Meinungen nicht erpressen lassen. Wir
stehen klar zu einer liberalen, offenen und
multikulturellen Gesellschaft und wir
werden kein Stück zurückweichen von
unserer Haltung zu einem vereinten und
friedlichen Europa. Wir werden für die
1210 Demokratie kämpfen.

Das bedeutet auch Menschen, die den
Glauben an die Demokratie verloren haben,
zurückzugewinnen. Menschen, die aus
1215 welchen Gründen auch immer den Glauben
an die Demokratie verloren haben,
zurückzugewinnen, heißt aber ausdrücklich
nicht, sich in die Arenen der Rechten zu
begeben. Es gibt keine berechtigten Ängste
1220 vor Überfremdung. Wer sich so auf die
Sprache und Narrative der Rechten einlässt,
stärkt sie damit nur.

Stattdessen brauchen wir eine eigene Vision
1225 einer starken und offenen
Integrationsgesellschaft, eine Erneuerung
des sozialdemokratischen
Aufstiegsversprechens. Der Dreiklang
unseres Kampfes gegen Rechts lautet:
1230 Investitionen in Aufstiegsperspektiven,
Demokratie lernen bedeutet Demokratie zu
leben und keinen Platz für
menschenfeindliche Thesen.

1235 Wir fordern:

- Zu guter Schulpolitik gehört guter
Demokratieunterricht. Oft mangelt es bei
den Schüler*innen und späteren
1240 Erwachsenen an Grundkenntnissen über das
demokratische System, weil Politik- oder
Sozialwissenschaftsunterricht oft als erstes
gekürzt oder fachfremd unterrichtet werden.
Hier brauchen wir dringend ein Umdenken
1245 in der Bildungspolitik und eine Stärkung der
Gesellschaftswissenschaften um ethische
Diskurse erlernen und führen zu können. In
NRW war es die schwarz-gelbe
Landesregierung, die mit ihrer G8-
1250 Schulreform an Gymnasien die Mittelstufe
gekürzt und damit in erster Linie den
gesellschaftskundlichen Unterricht

geschwächt hat. Die Erziehung zur mündigen Bürger*in und nicht die Vorbereitung auf die eigene wirtschaftliche Verwertbarkeit muss das Kernziel schulischer Bildung sein.

• Demokratiekompetenz muss fächerübergreifend gefördert werden. Wirtschaftsunterricht beispielsweise darf nicht normative Diskussionen vernachlässigen und die eigene wirtschaftliche Situation alternativlos erscheinen lassen.

• Die antirassistische und antisexistische Wertevermittlung sollte dabei ebenso im Fokus stehen, wie eine Vermittlung demokratischer Praxis inner- und außerhalb des Unterrichtes. Das Landesprogramm „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ ist dabei ein guter Ansatzpunkt, muss aber weiterentwickelt werden, da hier keine Kontrollmechanismus des Programmauftrages nach Erteilung des Schultitels bestehen.

• Demokratie lernen heißt in erster Linie, Demokratie anzuwenden. Partizipation von Schüler*innen an Entscheidungen der Schule muss eine Leitlinie aller Schulen sein. Deshalb ist eine konsequente Umsetzung der Drittelparität unerlässlich, um Schüler*innen-Vertretungen das Mitbestimmungsrecht der Schüler*innen an Schulen institutionell zu verankern.

• Gendersensible Wertevermittlung muss für unsere gesamte Gesellschaft verstärkt werden. Durch sexistische Werbung in Medien oder abwertende Sprüche auf dem Schulhof, in denen Frauen lediglich ein Objekt darstellen, wird heranwachsenden Jungen ein Frauenbild vermittelt, das eindimensional, abwertend und alle andere als gleichgestellt ist. Für eine gendersensible und emanzipative Wertevermittlung muss das Bildungssystem eine tragende Rolle spielen.

• Es braucht dringend eine Reform des Wahlrechtes um möglichst viele Menschen an demokratischen Prozessen zu beteiligen.
1305 Wer in Deutschland lebt, der muss auch kommunal mitbestimmen dürfen. Außerdem treten wir für eine Absenkung des Wahlalters auf allen Ebenen auf 16 Jahre ein, damit diejenigen früh mit ihren
1310 demokratischen Rechten und Pflichten in Berührung kommen, die später mit politischen Entscheidungen leben müssen.

• Nirgendwo ist unsere demokratische Gesellschaft so lebendig und erfahrbar wie in der Vereinslandschaft. Sie bilden den wirksamsten Schutz gegen antidemokratische Strukturen. Der Staat darf sich dabei aber nicht aus seiner
1320 Verantwortung verabschieden: Es war wichtig, dass die Bundesfördermittel im Programm „Demokratie leben“ für kommunale Projekte und Initiativen gegen Rechtsextremismus verdoppelt wurden, aber
1325 es braucht dort auch eine langfristige Finanzierungsperspektive. Die Etablierung von demokratischen Netzwerken vor Ort dauert Jahre und darf nicht dem Wohlgefallen wechselnder
1330 Regierungskonstellationen ausgesetzt werden.

• Besonders stark tritt der öffentliche Hass in sozialen Netzwerken zu Tage. In Postings, Kommentaren oder Blog-Beiträgen werden vermehrt Menschen oder Menschengruppen angegriffen, beleidigt oder bedroht. Dieser unregulierte Hass tritt nicht mehr nur in eher geschlossenen Räumen wie Foren oder
1340 Online-Chats auf, sondern auch in aller Öffentlichkeit auf Twitter oder den Pinnwänden bei Facebook. Die gefühlte Anonymität der einzelnen Teilnehmer*innen führt zu einer vollkommenen Entgrenzung
1345 des Hasses und jegliche Hemmungen fallen. Der Hass wird jedoch nicht mehr nur unter Pseudonymen geteilt, sondern immer mehr unter den Klarnamen der jeweils Beteiligten. Diskussionen werden durch einen fehlenden
1350 direkten Kontakt zum Gegenüber

entmenslicht und entgrenzt. Die Hass-
Postings übertreten hierbei häufig die
Grenzen der Meinungsfreiheit.
Straftatbestände der Beleidigung,
1355 Volksverhetzung oder gar das Anstiften zu
Straftaten sind anzutreffen. Obwohl hier eine
klare Verletzung von geltendem Recht
auftritt, unternehmen die Betreiber der
Portale, etwa Facebook oder Twitter, nichts
1360 gegen diese Vorkommnisse. Die
Unternehmen ziehen sich häufig hinter der
Argumentation zurück, dass die Beiträge in
ihrem Herkunftsland (den USA) nicht illegal
sind. Auch nach einer Meldung der Postings
1365 durch Nutzer wird nichts unternommen. Das
rechtliche Mittel der Anzeige ist bei der
Masse der Gesetzesverstöße mühselig und
langwierig. Im Internet gelten die gleichen
Gesetze wie in der analogen Welt. Soziale
1370 Netzwerke sind mit öffentlichen Räumen
gleichzusetzen. De facto sind Äußerungen,
die auf diesen Plattformen getätigt werden,
mit Äußerungen in der analogen
Öffentlichkeit gleich. Aus diesem Grund
1375 müssen sie auch gleich und konsequent
verfolgt werden. In der Öffentlichkeit muss
ein Bewusstsein dafür geschaffen werden,
dass es auch in sozialen Netzwerken eine
Grenze zwischen Meinungsäußerungen und
1380 Straftaten gibt. Ein leichteres Anzeigen von
online begangenen Straftaten kann hierbei
ein erster Schritt sein. Es müssen aber auch
die Betreiber der Netzwerke verstärkt in die
Pflicht genommen werden. Sie müssen dazu
1385 gedrängt werden, dass bei Meldungen oder
Löschanträgen das nationale Recht beachtet
wird. Ein Zurückziehen hinter das nationale
Recht des Herkunftslandes darf hierbei keine
Ausrede mehr sein. Eine Lösung kann es nur
1390 europäisch geben.

• Dem Problem des Rechtsterrorismus wird
zu wenig Beachtung geschenkt. Die
verschiedenen Landes- und Bundesbehörden
1395 des Verfassungsschutz müssen das Problem
ernster nehmen und ihre polizeiliche Arbeit
in dem Bereich verstärken. Dazu muss
Politik die Koordination von
Zuständigkeiten des Verfassungsschutzes

1400 über Landes- und Ländergrenzen verbessern
und die personelle Unterbesetzung bei der
Polizei und im Staatsschutz angehen.

Die vor uns liegenden Aufgaben sind groß
1405 und die politischen Debatten, die wir
darüber führen müssen, werden schwierig.
Aber es ist umso wichtiger: Die Zukunft
Deutschlands und die Zukunft Europas darf
nicht die Abschottung sein. Wir wollen eine
1410 offene, eine mutige, eine gerechte und eine
zukunftsfähige Gesellschaft. Deshalb
werden wir kämpfen: Für eine gute Zukunft
statt Grenzen.

Antragsbereich S/ Antrag 8

Kreisverband Minden-Lübbecke

Weichen stellen für die Zukunft - Votum Antragskommission Mehr Demokratie und mehr Gerechtigkeit wagen!

Wir leben in einer Zeit großer Umbrüche: Die Wirtschaft steht mit der Digitalisierung
vor der größten Transformation unserer Zeit,
die Welt erlebt mit Terrorismus, Kriegen,
5 bitterer Armut und dem Klimawandel eine
ganze Reihe unüberschaubarer Krisen, mehr
als 60 Millionen Menschen sind weltweit auf
der Flucht. All diese Entwicklungen bergen
große soziale Risiken und eine schlüssige
10 Antwort auf diese Risiken wird schmerzlich
vermisst.

Auf der anderen Seite stellen wir fest: Wir
leben in einem extrem reichen Land, einer
15 relativen Wohlstandsregion Europa, einer in
den letzten Jahren durchaus vermögender
gewordenen Welt. Wir leben seit inzwischen
über 75 Jahren in einem ganz überwiegend
friedlichen Europa, in dem Menschenrechte,
20 Demokratie und persönliche Freiheiten eine
historisch bisher nie dagewesene
Lebensqualität für viele Menschen bieten.

Überweisung an SPD-Parteivorstand zur
Erarbeitung Wahlprogramm 2017

Die Möglichkeiten menschlichen Fortschritts sind auch global größer geworden: Neue Technologien und Ideen haben das Potential, das Lebens aller Menschen auf unserem Planeten menschenwürdig zu gestalten und nachhaltige Wirtschaftskreisläufe zu etablieren, die mit den natürlichen Systemen kompatibel sind.

Nur gilt für Deutschland, Europa und die Welt: Vermögen und Einkommen verteilen sich extrem ungerecht, die Schere zwischen Vermögenden und Superreichen auf der einen Seite und einem gesellschaftlich und finanziell abgehängten Prekariat wird immer größer.

Dazwischen befindet sich in den alten Industrienationen des Westens, aber auch in den aufholenden Wachstumsregionen der Welt eine Mittelschicht, der ein weiterer Aufstieg versperrt scheint und in der reale gesellschaftliche, ökonomische und kulturelle Abstiegsängste zu Abwehrreflexen gegenüber gesellschaftlichen Veränderungen und Migration führen.

Die zunehmende Ungleichheit bei uns, aber auch global, wird somit zum größten Hindernis für die Ausschöpfung der Potentiale unserer Zeit und verstellt damit den Weg für weiteren humanitären Fortschritt. Sie ist auch die primäre Ursache für zahllose globale Krisen und Konflikte und damit für Krieg und Gewalt.

In diese Zeit fallen im Jahr 2017 mit der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen und der Bundestagswahl zwei Entscheidungen, die richtungsweisend dafür werden können, wohin sich unsere Gesellschaft bewegt. Umrahmt werden diese Wahlen von einem europaweiten Trend des Erstarkens nationalistischer und fremdenfeindlicher Parteien.

Die Demokratie wird von zwei Seiten

gleichzeitig attackiert: Seit sich in den 1980er Jahren der Neoliberalismus als wirtschaftspolitisches Dogma durchgesetzt hat, wird der Staat zunehmend aus der Verantwortung gedrängt. Das Ergebnis spüren wir in Bund, Ländern und Kommunen: Die oberste Maxime und geradezu zum Selbstzweck ist das Sparen geworden. Politische Gestaltungsmöglichkeiten und vor allem eine ausgleichende, absichernde und damit integrierende Rolle des Staates geraten damit zunehmend aus dem Fokus. Politische Gestaltungsmöglichkeiten werden zunehmend privatisiert. Die Folge ist ein dramatisches Auseinanderdriften der Gesellschaft. Auf allen Ebenen von Politik und Administration sind die Folgen des Neoliberalismus zu spüren: In einer Hochgeschwindigkeitswirtschaft bleibt kaum Platz für einen gesellschaftlichen Diskurs über richtungsweisende Entscheidungen. Demokratisch gewählte Gremien schrumpfen zur Begleitmusik und die Politik wird in Chefetagen, Aufsichtsräten oder Verbänden gemacht. Der politische und damit öffentliche und transparente Diskurs wird so immer weniger zur Grundlage von gesellschaftlichen Entscheidungen.

Gleichzeitig gerät die Demokratie unter den Druck des europaweiten Rechtsrucks. Alle nationalistischen Parteien haben einen stark autoritären Politikstil und sind gesellschaftspolitisch rückwärtsgewandt. Die großen Errungenschaften, die die demokratischen Gesellschaften in den vergangenen Jahrzehnten erkämpft haben, drohen wieder zurückgedreht zu werden.

Wir werden das nicht zulassen!

Wir wenden uns aktiv gegen rechtspopulistische Parteien, wir stehen klar zu einer liberalen, offenen und multikulturellen Gesellschaft und wir werden kein Stück zurückweichen von unserer Haltung zu einem vereinten und

friedlichen Europa. Wir werden für die Demokratie kämpfen!

125 Das bedeutet auch Menschen, die den
Glauben an die Demokratie verloren haben,
zurückzugewinnen. Das bedeutet aber
ausdrücklich nicht, sich in die Arenen der
Rechten zu begeben. Wer sich auf die
130 Sprache und Narrative der Rechten einlässt,
stärkt sie damit nur.

135 Deshalb geht es bei den Wahlen 2017 für
uns ganz elementar darum, die Gesellschaft
zukunftsfähig zu machen und ihre
Integrationsfähigkeit wieder zu stärken. Wo
andere gedanklich und in ihren Taten in der
Vergangenheit hängen bleiben, haben wir
den Blick in die Zukunft gelegt.

140 Die Zukunft gestalten zu wollen heißt auch,
die Zukunft noch nicht zu kennen. Wir
wissen aber, was wir wollen: Eine Zukunft,
in der die Menschen im Mittelpunkt stehen.
Wir brauchen dafür eine innovative
145 Grundlagenforschung und innovative
Unternehmen. Der Blick in die Geschichte
zeigt: Wenn technologische Innovation zu
wirtschaftlichem Aufschwung geführt hat,
hatte oftmals ein aktiver Staat die Finger im
150 Spiel. Schwarze Nullen, Schuldenbremsen
und strenge Sparpolitik lähmen das Land,
schwächen die Wirtschaft und drohen die
Gesellschaft auseinanderbrechen zu lassen.

155 Mit dieser Politik der Konservativen wird
den kommenden Generationen wenig
Spielraum für innovative wirtschaftliche
Ideen gelassen und darüber hinaus eine
marode Infrastruktur, ein
160 handlungsunfähiger Sozialstaat und
Kommunen, die nur noch verwalten und
nicht mehr gestalten, vererbt.
Generationengerechtigkeit sieht anders aus.

165 Wer eine zukunftsfähige Gesellschaft haben
will, braucht einen handlungsfähigen Staat.
Wir brauchen jetzt staatliche Investitionen
um die Infrastruktur für kommende
Generationen aufzustellen. Wir brauchen all

170 das, um die Gesellschaft zusammenzuhalten.

Seit Jahren steigt bei vielen Menschen das Gefühl der Verunsicherung – während wir statistisch gesehen so sicher leben wie noch
175 nie. Doch ein Verweis auf Statistiken alleine reicht nicht aus. Wir müssen auf die Verunsicherung reagieren, indem wir gleichzeitig eine Stimmung des Aufbruchs und der gesellschaftlichen Geborgenheit
180 erzeugen. Die sozialdemokratische Antwort auf das Unsicherheitsgefühl ist nicht die "Law-and-Order"-Rhetorik der Konservativen. Unsere Antwort ist die solidarische Gesellschaft, sie stellt den
185 Menschen und seine Fähigkeiten und Bedürfnisse in den Mittelpunkt der Politik.

Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten leitet nicht die Idee einer Nation, einer
190 Klasse oder einer Religion. Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten leitet die Idee der Würde des Menschen und die Überzeugung, dass diese am besten in einer freien, solidarischen und demokratisch
195 verfassten Gesellschaft gewährleistet ist.

Die SPD arbeitet deshalb für eine solche Gesellschaft, in der ein demokratisch verfasster Staat verlässlich die
200 Rahmenbedingungen dafür herstellen kann, dass seine Bürgerinnen und Bürger gute Bedingungen dafür finden, ihre Potentiale bestmöglich zu entfalten und ihr Leben in Frieden und ohne Angst selbstbestimmt zu
205 gestalten– unabhängig von Herkunft, Glauben oder Geschlecht.

Die SPD setzt deshalb insbesondere für die beiden anstehenden Wahlen in Nordrhein-
210 Westfalen und im Bund drei Schwerpunkte:

Eine gerechte Steuerpolitik

215 Eine solidarische Sozialpolitik

Eine aktivierende Arbeitsmarktpolitik

Eine gerechtere Steuerpolitik verfolgt zwei

- Ziele:
- 220 Eine Abmilderung der immer ungerechter werdenden Einkommens- und Vermögensverhältnisse
- 225 Die Ausstattung von Staat und Kommunen mit ausreichenden Finanzmitteln, um in Bildung, Infrastruktur, soziale Absicherung, Zukunftschancen und Sicherheit investieren zu können
- 230 Die SPD setzt sich deshalb ein für:
- Die Einführung einer Vermögensteuer
- 235 Eine Erhöhung der Erbschaftsteuer auf große Vermögen und ihre Ausweitung auf Betriebsvermögen
- 240 Die Besteuerung von Kapitalerträgen nach dem jeweiligen persönlichen Steuersatz, d.h. die Abschaffung der Abgeltungssteuer
- Eine Erhöhung des Spitzensteuersatzes auf 50%
- 245 Die Einführung einer Finanztransaktionssteuer
- 250 Abschaffung des Ehegattensplittings zugunsten eines Familiensplittings mit einer Kinderkomponente
- 255 Eine mittelfristige steuerliche Entlastung von Menschen mit geringem Einkommen und Vermögen
- 260 Die auf dem Solidarprinzip basierenden Sozialversicherungssysteme sind das Fundament einer Absicherung der Menschen vor Krankheit, Pflegebedürftigkeit und Arbeitslosigkeit sowie zur Sicherstellung einer auskömmlichen Versorgung nach dem Erwerbsleben. Kapitalertragsbasierte Systeme können sie deshalb nur ergänzen, nicht jedoch ersetzen, auch nicht in Teilen.
- 265 Eine solidarische Sozialpolitik hat deshalb

zum Ziel, die Sozialversicherungssysteme
soweit zu stärken, dass eine
270 Grundversorgung für alle gewährleistet ist,
ohne dass weitere soziale Transferleistungen
in Anspruch genommen werden müssen.

Die SPD setzt sich deshalb ein für:
275

Eine Rückkehr zur paritätischen
Finanzierung von Arbeitgebern und
Arbeitnehmern auch in der Kranken- und
Pflegeversicherung

280 Einführung einer Bürgerversicherung als
Pflichtversicherung für alle

Absicherung des Rentenniveaus auf
285 mindestens 50% des verfügbaren
Durchschnittsentgeltes

Einbeziehung aller Beschäftigtengruppen in
das System der gesetzlichen
290 Altersversorgung

Einbeziehung von Kapitalerträgen zur
Finanzierung der
Sozialversicherungssysteme
295

Eine aktivierende Arbeitsmarktpolitik hat
zum Ziel, Arbeitslose bestmöglich zu
qualifizieren und zu motivieren, ihren
Lebensunterhalt soweit wie möglich selbst
300 zu bestreiten und ihr Leben selbstbestimmt
zu gestalten.

Die SPD setzt sich deshalb ein für:

305 Eine Anhebung des Mindestlohns auf 10
Euro

Eine Ausweitung des Anspruchs auf
Arbeitslosengeld

310 Die Einführung eines öffentlich geförderten
Beschäftigungssektors für
Langzeiterwerbslose

315 Eine deutliche Ausweitung von

Qualifizierungsmaßnahmen für Arbeitslose

320 Die Sicherung von
Arbeiternehmer/innenrechten und
Mitbestimmung

325 Eine grundlegende Evaluation und Reform
des SGB II mit dem Ziel,
Langzeitarbeitslosen eine weitgehend
selbstbestimmte und selbsterwirtschaftete
Lebensführung zu ermöglichen

330 Eine effektive Bekämpfung des Missbrauchs
von Leih- und Zeitarbeit

335 Die SPD weiß, dass Frieden, Demokratie
und sozialer Fortschritt bei uns nur im
europäischen Kontext zu sichern sind. Sie
wird deshalb auch bei den anstehenden
Landtags- und Bundestagswahlen deutlich
machen, dass sie für ein starkes,
demokratisch verfasstes Europa ohne
Grenzen in Freiheit und Vielfalt kämpft.
340 Wer Sozialdemokratinnen und
Sozialdemokraten wählt, weiß, dass diese
sich sowohl als Landespolitiker/innen und
noch viel mehr als Bundespolitiker/innen für
einen Ausbau der europäischen Integration
345 engagieren werden.

Antragsbereich S/ **Antrag 9**

Arbeitsgemeinschaft Selbst Aktiv

Entwurf des Votum Antragskommission Bundesteilhabegesetzes noch nicht zustimmungsfähig (Stand: 26.04.2016)

Wenngleich die Umsetzung der UN-BRK Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion
einen langfristigen und stets überprüfbaren
Prozeß darstellt, hat die NRWSPD dabei
schon beträchtliche Erfolge auf dem Weg zu

5 einer inklusiven Gesellschaft aufzuweisen.
An dieser Stelle sei exemplarisch auf den
Aktionsplan der Landesregierung sowie auf
das Inklusionsstärkungsgesetz verwiesen.
10 Ebenso gehört aber auch der Einsatz für ein
echtes Teilhabeleistungsgesetz auf
Bundesebene dazu. Misst man den seit Ende
April des Jahres vorliegenden
Referentenentwurf zum BTHG an dem
Beschluss "Für ein echtes
15 Teilhabeleistungsgesetz für behinderte
Menschen", den der letzte Landesparteitag
auf Antrag von Selbst Aktiv einstimmig
gefasst hat, muss man leider feststellen, dass
er dem geforderten modernen Teilhaberecht
20 in vielen Punkten nicht gerecht wird.

Mit der Modernisierung des
Behinderungsbegriffes, der Stärkung von
Assistenzleistungen, den Verbesserungen bei
25 der Anrechnung von Einkommen und
Vermögen, dem Budget für Arbeit oder etwa
der Teilhabeberatung enthält der Entwurf
zwar durchaus positive Elemente. Dem
stehen aber zu viele Ungereimtheiten,
30 Widersprüche, Sonderrechtstatbestände und
teilweise der Rückfall hinter die jetzigen
SGB IX-Regelungen gegenüber, so dass der
Entwurf weiterhin einem tradiertem
Fürsorgerecht entspricht.

35 Für ein echtes Teilhabeleistungsgesetz sind
dagegen folgende Änderungen des
Referentenentwurfs unabdingbar:

40 Erweiterung der Verbindlichkeit der
Verfahrensvorschriften für die Reha-Träger
in Teil 1 des SGB IX auf die Kapitel 2-7 zur
Stärkung der Leistungseinheitlichkeit,
Kooperation und Koordination der
45 verschiedenen Reha-Träger;

Sicherstellung der Gleichwertigkeit der
Leistungen zur Sozialen Teilhabe aufgrund
ihrer zunehmenden Bedeutung gegenüber
50 den Leistungen der medizinischen
Rehabilitation, der Teilhabe am Arbeitsleben
und an Bildung (§ 102);

55 ersatzloser Wegfall der
Länderöffnungsklausel beim Budget für
Arbeit (§ 61 Abs.2 Satz 4) bzw. der
regionalen Öffnungsklausel bei der
Pauschalierung von Assistenzleistungen der
Eingliederungshilfe (§ 116 Abs. 1) zur
60 Gewährleistung gleichwertiger
Lebenschancen für Menschen mit
Behinderungen im Bundesgebiet

65 ersatzloser Wegfall des sog.
"Zwangspoolens" von Leistungen (§ 116
Abs. 2), da Gruppenleistungen nur dann
sinnvoll und effektiv sind, wenn sie mit
Zustimmung der Betroffenen erfolgen und
dies in § 116 Abs. 3 geregelt ist;

70 Streichung der "unteren Drittel-Lösung"
beim sog. "externen Vergleich" als
Voraussetzung für die Wirtschaftlichkeit
neuer Anbieter (§ 124 Abs. 1 Satz 3), da dies
75 nicht nur zu erheblichen Verzerrungen
zwischen etablierten und neuen Angeboten
führt, sondern insbesondere das Wunsch-
und Wahlrecht Betroffener sowie die
tarifliche Bezahlung von Mitarbeitern
80 untergräbt (Gefahr eines preislichen
Dumping- statt eines Qualitätswettbewerbs)

85 Sicherstellung der Gleichrangigkeit von
Pflegeversicherung und Eingliederungshilfe
auch für Leistungen im häuslichen Umfeld
(§ 91 Abs. 3), um angesichts der
bevorstehenden Aufhebung der bisherigen
Unterscheidungen in ambulante,
90 teilstationäre und stationäre Leistungen
Rechtsunsicherheiten und langwierige
Rechtsstreitigkeiten über den Begriff der
"Häuslichkeit" nicht auf dem Rücken der
Zielgruppe auszutragen.

95 die Entfristung der "Träger- und
Leistungserbringerunabhängigen"
Teilhabeberatung (§ 32 Abs. 5) als einem
der positiven Kernbereiche des BTHG;
weder wird der durch "die Individualisierung
100 von Leistungen" "erhöhte Bedarf an
Beratung" ab 2023 hinfällig, noch erledigt
sich dann deren Unabhängigkeit von

Leistungsträgern und Leistungserbringern .

105 die Aufhebung der ausschließlichen Bindung
an Unterstützung aus dem privaten Umfeld
bei der Bekleidung eines Ehrenamtes seitens
leistungsberechtigter Personen (§ 78, Abs.
5); etliche Menschen mit Behinderungen
110 verfügen nicht oder kaum über einen solchen
Unterstützerkreis, andere erhalten schon
jetzt vielfältige Unterstützung aus dem
privaten Umfeld, so dass mit der
vorgesehenen Regelung dessen
115 Überforderung und eine ex- statt inklusive
Wirkung droht.

Die Einkommens- und Vermögensfreiheit
der Eingliederungshilfeleistungen;
120 wenngleich auch dann künftig viele
Menschen mit Behinderungen auf
existenzsichernde Leistungen angewiesen
sind und daher nicht von einer solchen
Freistellung profitieren werden, gilt es,
125 insbesondere berufstätige Menschen mit
Behinderungen auf dem 1. Arbeitsmarkt
nicht zu benachteiligen. Neben der
existentiellen Bedeutung für diesen
Personenkreis drückt sich in der
130 Einkommens- und Vermögensfreiheit
symbolisch die Anerkennung der
Eingliederungshilfe als Nachteilsausgleich
aus. Nach Berechnung der eigenen Experten
des Arbeits- und Sozialministeriums
135 belaufen sich die Mehrkosten zudem auf
lediglich 2,63% bis 4% der bisherigen
Kosten der Eingliederungshilfe
(Arbeitsgruppe BTHG 2015: 42). Die
zwingend erforderliche Entlastung gerade
140 der kommunalen Haushalte muss jedenfalls
auf anderem Wege sichergestellt werden.
Dabei geht es nicht um ein " „Entweder
(allgemeine kommunale Entlastung) – Oder
(Entlastung im Bereich der
145 Eingliederungshilfe)“, sondern um ein
„Sowohl als Auch“.

Der Landesparteitag fordert daher die
Funktions- und Mandatsträger der NRWSPD
150 auf, dem Entwurf in der vorliegenden Form
die Zustimmung zu versagen und dem

Gesetz nur zuzustimmen, wenn die dargelegten Änderungen berücksichtigt werden.

155

Begründung:

160 Trotz der genannten positiven Bestandteile bringt der Gesetzesentwurf schon unter der Perspektive einer Sozialhilfereform gravierende und nicht akzeptable Nachteile für die etwa 800.000 Bezieher der Eingliederungshilfe mit sich. In der Bundesrepublik leben zudem insgesamt ca.
165 15 Millionen Menschen mit Behinderungen, davon über 7 Millionen mit einer anerkannten Schwerbehinderung. Dadurch, dass mit dem BTHG-Entwurf die Schnittstellenprobleme des gegliederten deutschen Sozialleistungssystems eher
170 verstärkt als behoben werden, findet sich die Vielzahl behinderter Menschen in dem vorliegenden Gesetzesentwurf nicht wieder.

175 In der jetzigen Koalition auf Bundesebene sind die Erwartungen Betroffener eindeutig an unsere Partei und dabei an die konsequente Umsetzung eines modernen Teilhaberechts gerichtet. Die SPD hat sich
180 diese Erwartungen auf allen Ebenen der Organisationsgliederung zu eigen gemacht, beim Gesetzesentwurf aber nicht annähernd umgesetzt. Wie die in der Öffentlichkeit und den sozialen Medien zunehmenden Proteste
185 von Menschen mit Behinderungen zeigen, entpuppt sich der Entwurf als Beitrag zur Vertiefung und nicht zum Abbau unserer Glaubwürdigkeitskrise und vermindert daher in der vorliegenden Form unsere Chancen
190 bei den bevorstehenden Landtags- und Bundestagswahlen.

*Antragsbereich S/ **Antrag 10***

*Ortsverein Warstein-Möhnetal
(Unterbezirk Kreis Soest)*

Landesbestattungsgesetz

Votum Antragskommission

Die Landesregierung NRW beauftragt wird, ein Gesetz zu beschließen, dass das Landesbestattungsgesetz dahingehend geändert wird, dass die Asche aus Urnen auf dem eigenen Grundstück verbleiben darf.

Begründung:

Die Wünsche der Bürgerinnen und Bürger nach alternativen Bestattungsformen sind groß. Das Land Bremen hat sein Bestattungsgesetz - wie oben beantragt - dahingehend ab 01.04.2015 geändert.

*Antragsbereich S/ **Antrag 11***

Unterbezirk Coesfeld

**Migrationserfahrungen
lernenden Prozess nutzen**

als Votum Antragskommission

Frühere Migranten befragen um diese Annahme Erkenntnisse zu Analysieren.

Die Erkenntnisse aus den Befragungen nutzen, um Barrieren/ Probleme zu benennen und aufzulisten.

Sichtung von Studien zum Thema Asylverfahren, um Barrieren/ Probleme zu benennen und aufzulisten.

Die Erkenntnisse aus den Befragungen und der Sichtung der Studien nutzen um Veränderungen an Gesetzen und

bürokratischen Verfahren zu beantragen.

Begründung:

- 20 Die enorme Zeitspanne der Phasen zwischen
Asylantragstellung, den verschiedenen
Zwischenstadien, Ablehnung und/ oder
Genehmigung, weist in vielen Bereichen
große Barrieren auf. Damit diese Barrieren
25 identifiziert werden, sollten die Erkenntnisse
bereits hier lebender Menschen mit
Migrationserfahrung genutzt werden.
Erweiternd könnten auch verschiedene
Studien zum Thema gesichtet werden.
- 30 Diese Maßnahmen führen zu einer genauen
Benennung von Problemen und führen nach
der Problembeseitigung zu schnelleren
Asylverfahren. Ein weiterer positiver
35 Nebeneffekt wird sein, dass die Antragsteller
nicht mehr so lange im Ungewissen sind und
dadurch die Frustrationsrate sinkt.

*Antragsbereich S/ **Antrag 12***

Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialisten und Jungsozialistinnen (Jusos)

ZUKUNFT gibt's nicht für lau! Votum Antragskommission

- Junge Menschen wollen gute Überweisung an Programmkommission
Startbedingungen für eine gute Zukunft. Sie NRWSPD
wollen keine verfallenden Straßen, keine
kaputten Schulen oder geschlossene
5 Schwimmbäder – kurz: sie wollen keinen
kaputtgesparten Staat. Funktionierende
öffentliche Einrichtungen sind für junge
Menschen wichtiger als ausgeglichene
öffentliche Haushalte. Wir vererben der
10 kommenden Generationen nicht nur
Kontostände, sondern auch unsere
Infrastruktur, die als Grundlage für unseren
kommenden Wohlstand steht, unsere
Umwelt, die als Grundlage für das
15 kommende Leben steht, unsere

Daseinsvorsorge, die für die Teilhabe an der Gesellschaft und Befriedigung der Grundbedürfnisse steht und unsere Bildung, die die Grundlage für ein gutes Leben der kommenden Generationen sein wird. Für uns ist die Freiheit jeder Generation durch die Verantwortung gegenüber künftigen Generationen begrenzt. Für uns bedeutet Generationensolidarität, dass die Grundlage für die Zukunft folgender Generationen erhalten bleiben muss. Zum Beispiel darf die Infrastruktur, die unsere und zukünftige Generationen für ein gutes Leben brauchen, auch mit dem Verweis auf ausgeglichene Haushalte nicht immer weiter heruntergewirtschaftet werden. Diese Generationensolidarität ist eine unserer zentralen Forderungen, die wir uns nicht durch eine schwache „Generationsgerechtigkeits“-Definition, wie sie von Konservativen vertreten wird, kaputt machen lassen. Für uns gilt es also, den konservativen, zunächst moralisch vorgebrachten Verweis auf künftige Generationen für die Begründung einer schwarzen NULL als das zu enttarnen, was er ist: neoliberale Verteilungsinteressen in der Gegenwart. Diese Verteilungsinteressen führen auch zu der weiterhin existierenden strukturellen Benachteiligungen von Frauen in unserer Gesellschaft. Sie verdienen für gleichwertige Arbeit weniger als Männer, werden viel häufiger Opfer von häuslicher und sexueller Gewalt, arbeiten öfter in prekären Beschäftigungsverhältnissen und sind stärker von Altersarmut bedroht. Ein Zustand, der sich z.B. durch die finanzielle Lage der Kommunen noch verschärft.

Für uns ist klar, wir brauchen schon heute umfangreiche Investitionen, denn die Zukunft gibt es nicht für lau!

Ausgangslage

In den Kommunen werden Schulen und Schwimmbäder geschlossen. In vielen Städten und Kreisen mangelt es an den nötigsten Dingen. In den Medien häufen sich

65 die Meldungen von verfallender
Infrastruktur. Gesperrte Autobahnbrücken
und Stromausfälle sind nur zwei Beispiele.
Kurzum: In Deutschland droht der Infarkt.
Dass Investitionen dringend nötig sind, ist in
70 der breiten Öffentlichkeit angekommen.
Sogar in konservativen Kreisen wird
mittlerweile eifrig über Investitionspakte
schwadroniert. Aber warum solche
Symbolhandlungen verpuffen werden und
75 woher die Misere stammt, zeigt eine
Analyse der Situation.

In den 1960er und 1970er Jahren lag die
öffentliche Investitionsquote in Deutschland
80 noch zwischen 4 und 5 Prozent des BIP. Mit
diesen Investitionen konnte sich der Staat
einen eigenen „Kapitalstock“ aufbauen.
Kapitalstock bedeutet hier Straßen, Brücken,
Schulen, Hochschulen etc., also alles, was
85 im Endeffekt für alle da ist. Seit dieser Zeit
wurden die öffentlichen Investitionen immer
weiter gekürzt und betrugen im Jahr 2000
nur noch weniger als 2 Prozent des BIP.
Diese Investitionskürzungen führten
90 schließlich im Jahr 2004 dazu, dass die
Nettoinvestitionen negativ wurden. Seit
diesem Zeitpunkt sind die Abschreibungen
also höher als die Investitionen. Das heißt,
seit dem verfällt unsere Infrastruktur; wir
95 leben sozusagen nur noch von der Substanz.
Die Gründe für diese Entwicklung sind nicht
„gottgegeben“ oder „natürlich“, sondern auf
politische Entscheidungen zurückzuführen.
Drei Gründe sind zentral für den Rückgang
100 der Investitionen:

(1) Steuersenkungen, (2) finanzschwache
Kommunen und (3) Verabschiedung der
Schuldenbremse

105 Steuersenkungen

Vor allem die Steuersenkungen seit 1998
führten dazu, dass der Staat weniger
110 Einnahmen und somit auch weniger
Spielräume für Investitionen hat. Nach
Berechnungen des Instituts für
Makroökonomie und Konjunkturforschung

115 (IMK) verzichtet die öffentliche Hand so auf
einen zweistelligen Milliardenbetrag pro
Jahr. Allein im Jahr 2011 wären 51
Milliarden Euro mehr in die Haushalte von
Bund, Ländern und Kommunen geflossen,
würden noch die Steuergesetze von 1998
120 gelten.

Die Einnahmeseite der öffentlichen
Haushalte wurde besonders durch die
folgenden politischen Entscheidungen
125 belastet: Senkung des Spitzensteuersatzes,
Reform der Steuer auf Kapitalerträge,
Änderung der Erbschaftssteuer und Senkung
der Unternehmenssteuer verbunden mit
vielen Steuerschlupflöchern. Die verlorenen
130 Einnahmen durch diese Steuergeschenke
fehlen heute an vielen Stellen, denn zuerst
wurde bei den Investitionen gekürzt.

Finanzschwache Kommunen
135

Die Kommunen sind der größte Investor in
Deutschland. Im Jahr 1970 war noch ein
Drittel eines kommunalen Haushaltes für
Investitionen vorgesehen. Heute beträgt der
140 Anteil gerade einmal ein Zehntel. Die
Gründe für diese tiefgreifende Veränderung?
Bund und Länder haben die
gesamtgesellschaftlich wichtigen Aufgaben
des Sozialstaats finanziell auf die
145 Kommunen abgeschoben. Plakativ
beschrieben wurden die
Investitionshaushalte der 1970er Jahre in
Sozialhaushalte verwandelt.

150 Kommunale Entlastungen führen direkt zu
mehr öffentlichen Investitionen, denn die
Kommunen tätigen zwei Drittel aller
öffentlichen Investitionen. Ziel unserer
Politik muss es sein, dass kommunale
155 Haushalte wieder Investitionshaushalte
werden.

Dem enormen Investitionsstau stehen, für
manche Kommunen nicht mehr zu
bewältigende, Schuldenberge gegenüber.
160 Die beschriebenen Veränderungen führten
dazu, dass Kommunen das laufende

165 Geschäft nur durch Kassenkredite,
vergleichbar mit Dispokrediten, finanzieren
konnten. Es knarzt und kracht an allen
Stellen.

170 Die zuletzt von der Bundesregierung
veranlassten Entlastungen sind der richtige
Weg. Wenngleich es sich bei den
Entlastungen nur um einen Tropfen auf den
heißen Stein handelt. Die zugesagten 4,5
175 Milliarden Euro bis 2018 und die
anschließenden jährlichen Entlastungen von
5 Milliarden Euro treffen auf einen
Investitionsstau von ca. 118 Milliarden
Euro. Dies bedeutet, dass der heutige
Investitionsstau erst in 20 Jahren behoben
180 sein wird. Den weiteren Investitionsbedarf,
der sich in diesem Zeitraum entwickeln
wird, also den strukturellen
Investitionsbedarf, haben wir damit aber
noch lange nicht gedeckt.

185 Verabschiedung der Schuldenbremse

Seit 2011 ist auf Bundesebene die
Schuldenbremse in Kraft. Sie nimmt dem
Bund die Möglichkeit Investitionen
190 kurzfristig durch Schulden zu finanzieren.
Auch in NRW droht ab 2020 ein Verbot von
Staatsschulden. Der Politik ist dadurch ein
wichtiges Handlungsinstrument genommen
worden, mit dem sie beispielsweise auf
195 schwankende Steuereinnahmen reagieren
konnte. Die Folge sind wegbrechende
öffentliche Investitionen.

200 Jahr für Jahr übersteigt die Produktion in
Deutschland den gesamten inländischen
Konsum (privater Konsum, private
Investitionen und Staatsausgaben). Diese
jährliche Differenz zwischen Konsum und
Produktion wirkt sich aber nicht positiv aus,
205 sondern wirkt im Gegenteil destabilisierend
auf andere Länder im Euroraum. Ziel jeder
stabilisierenden Finanzpolitik ist der
Ausgleich zwischen der inländischen
Produktion und den drei Komponenten
210 Staatsausgaben, privatem Konsum und
Investitionen. Wegen der Schuldenbremse

kann der Staat diese Lücke jetzt nicht mehr schließen.

215 Jetzt, da sich die Bundesrepublik für
historisch niedrige Zinsen oder sogar
Negativzinsen refinanzieren könnte, wird die
absurde Tragik der Schuldenbremse
besonders deutlich. Die Politik muss das
220 buchstäblich geschenkte Geld auf der Straße
liegen lassen, während die öffentliche
Infrastruktur verfällt und in Zukunft mit
hohen Folgekosten zu Buche schlägt. Aber
auch ohne die politisch falsche Entscheidung
225 der Schuldenbremse zurückzunehmen,
stehen uns immerhin 0,35% des BIP, also ca.
10 Milliarden Euro pro Jahr für Investitionen
zur Verfügung. Aber selbst dieser Spielraum
wird zugunsten der schwarzen Null nicht
230 ausgenutzt und das, obwohl es noch nie so
günstig für den deutschen Staat war, sich
Geld zu leihen. Die Einhaltung der
Schuldenbremse führt dazu, dass
Investitionen die ersten Ausgaben sind, die
235 gekürzt werden.

ZUKUNFT gibt's nicht für lau!

Wer eine gute Zukunft will, muss schon
240 heute etwas dafür bezahlen. Damit der Staat
die Voraussetzungen für eine gute Zukunft
gestalten kann, muss er mit den nötigen
finanziellen Mitteln und Möglichkeiten
ausgestattet sein. Die staatlichen Einnahmen
245 müssen durch eine verantwortungsvolle,
gerechte Steuerpolitik (Vermögenssteuer,
Erbschaftssteuer, Finanztransaktionssteuer,
Körperschaftssteuer, Kapitalertragssteuer)
erhöht werden. Mittelfristig werden wir die
250 Schuldenbremse zurücknehmen. Kurzfristig
soll der gesamte Spielraum der aktuellen
Gesetzeslage für Zukunftsinvestitionen
ausgenutzt werden.

255 Die NRWSPD bekennt sich zu folgendem
Prinzip: Gerade bei so wichtigen Bereichen
wie Sozialpolitik muss gelten, wer eine
Entscheidung trifft, muss auch die Last der
Finanzierung übernehmen. Wir setzen uns
260 dafür ein, dass kommunale Haushalte wieder

Investitionshaushalte werden. Dies ist aber kein Selbstzweck für die Kommunalpolitik. Diese zu stärken, heißt für uns, Demokratie auszubauen, öffentliche Infrastruktur zu stärken und den Sozialstaat zu festigen.

Wir befürworten aber nicht nur mehr Einnahmen, sondern wollen konkret aufzeigen, wo investiert werden soll. Die Kampagne der NRW Jusos „ZUKUNFT gibt's nicht für lau!“ zeigt die zentralen Handlungsbedarfe für Zukunftsinvestitionen auf. Wir als NRWSPD werden auf dieser Grundlage für den Ausbau der Infrastruktur, den Ausbau der Bildung und den Ausbau der Daseinsvorsorge sorgen.

Investitionen in Infrastruktur und Mobilität – Die Zukunft der Mobilität

Mobilität ist ein Grundrecht aller Menschen. Wir setzen uns für eine moderne Mobilitätspolitik ein, die allen Menschen mehr Freiheit zur Erfüllung ihrer Bedürfnisse gibt. Jede und Jeder muss die Möglichkeit haben, sein/ihr Leben und seinen/ihren Alltag mobil zu gestalten. Dabei ist es egal, ob es sich um den Weg zur Arbeit oder um Freizeitgestaltung handelt. Mobilität geht nur sozial gerecht. Das heißt auch, die Lücken der öffentlichen Verkehrsdienstleistungen zwischen Stadt und Land müssen geschlossen werden. Mobilität stellt somit einen wesentlichen Baustein dar um die soziale und kulturelle Teilhabe aller Menschen zu gewährleisten. Für uns umfasst Mobilität die Beförderung von Personen und den Transport von Gütern. Die Verkehrsinfrastruktur hat besonders unter der Sparpolitik der letzten Jahre gelitten. Straßen, Schienen und Brücken wurden regelrecht kaputt gespart. Wer diese Politik fortsetzt, erreicht den totalen Verkehrsfarkt, aber niemals ausgeglichene Haushalte. Die Reparaturkosten aufgrund verzögerter Investitionen überstiegen meist den Aufwand für frühzeitige Investitionen um ein vielfaches. Um den Kreislauf von steigendem Reparaturbedarf und

310 verschobenen Investitionen zu
durchbrechen, muss jetzt dringen investiert
werden!

315 In den letzten Jahrzehnten hat sich die Art
und Weise, wie wir uns fortbewegen
verändert. Die Personenverkehrsleistung,
also die vom Menschen in unterschiedlichen
Verkehrsmitteln zurückgelegten
Entfernungen, nimmt in der Bundesrepublik
320 Deutschland kontinuierlich zu. In den letzten
20 Jahren ist sie um 25 Prozent gestiegen.
Das beliebteste Fortbewegungsmittel ist
dabei unangefochten das Automobil. Der
motorisierte Individualverkehr (MIV) spielt
325 eine sehr große Rolle, allerdings sehen
statistische Erhebungen einen relevanten
Rückgang des Autos, gerade im
innerstädtischen Verkehr. Der Anteil der
Wege, die heutzutage durch motorisierten
330 Individualverkehr zurückgelegt werden,
beträgt rund 60 Prozent. Für acht Prozent der
Wege werden öffentliche Verkehrsmittel
genutzt, für zehn Prozent das Fahrrad.
Weitere 23 Prozent der Wege werden zu Fuß
335 zurückgelegt.

Hierbei gibt es einerseits Unterschiede
zwischen ländlichen und städtischen
Regionen, dem Haushaltseinkommen, sowie
340 dem Alter der VerkehrsteilnehmerInnen. Es
lassen sich zwei entgegenlaufende
Tendenzen für die Entwicklungen festhalten,
auf die es unterschiedlich zu reagieren gilt.
Auf der einen Seite, werden die Menschen
345 zunehmend älter und bleiben weiterhin aktiv
und somit auch mobil. Entweder sie fahren
mit ihren eigenen Autos oder sie nutzen den
ÖPNV oder SPNV-Anbindung
(Schienenpersonennahverkehr). Auf der
350 anderen Seite nimmt der Anteil von jungen
Menschen an der Gesamtbevölkerung
deutlich ab. Der Besitz eines eigenen PKWs
hat für junge Menschen, besonders im
urbanen Raum, keinen so hohen emotionalen
355 Stellenwert mehr. Junge Menschen setzen
häufiger auf eine integrative Nutzung von
Mobilität.

360 Für uns stehen Kommunen, Land, Bund und
die Europäische Union mit Ihren
Fördermöglichkeiten in der Pflicht den
aufgezeigten Ansprüchen durch Konzepte
und Finanzierung zu entsprechen. Für unsere
365 Kommunen alleine ist es schwer auf alle
Ansprüche adäquat zu reagieren. Es fehlt
schlichtweg das notwendige Geld um eine
gute Mobilität zu gewährleisten. Die
Kreditanstalt für Wiederaufbau beziffert
370 2015 den Investitionstau im Bereich Straßen
und Verkehrsinfrastruktur von den
Kommunen auf 35 Milliarden Euro. Zum
Teil leben wir von der in den 1960er und
1970er Jahren aufgebauten Substanz.
Mittlerweile ist diese Infrastruktur für die
375 Kommunen, Länder und den Bund Segen
und Fluch zugleich. Frühere
Infrastrukturprogramme förderten den Neu-
und Ausbau von Infrastruktur und hatten
teilweise eine völlig überdimensionierte
380 Infrastruktur in den Kommunen zur Folge.
Die Kosten der Unterhaltung und Wartung
von U-Bahn-Tunneln erdrücken die, ohnehin
schon Leid geplagten, städtischen Haushalte
zusätzlich und stellen diese Kommunen vor
385 erhebliche Probleme. Zum einen sind die
Investitionen in eine Tunnelanlage sehr
kostenintensiv und zum anderen ist die
Vermittlung durch die
KommunalpolitikerInnen an die
390 Bevölkerung sehr schwierig, da diese durch
eine Instandhaltung oder Sanierungen von
Tunnelanlagen oder Stellwerken keine
direkten Auswirkungen im Verkehrsnetz
spüren.
395
Schienenfern- und regionalverkehr gehört
für uns nicht in die Hände privater
Unternehmen. Die Veräußerung von
Bahnstrecken an private Unternehmen muss
400 umgehend beendet werden. Bereits
privatisierte Strecken müssen vom Staat
zurück erworben und in die Hände der
Deutschen Bahn gelegt werden. Das heißt
auch, dass der Aufbau der Deutschen Bahn
405 AG als profitorientiertes Unternehmen schon
von Beginn an, der falsche Ansatz war.
Mobilität ist ein öffentliches Gut, bei dem es

410 nicht darum geht, ob am Ende schwarze
Zahlen geschrieben werden, sondern, dass
alle von diesem Gut Gebrauch machen
können.

415 Mit öffentlichem Personenverkehr lässt sich
kein Geld verdienen. Zumindest nicht, wenn
die Kosten für die NutzerInnen in einem
angemessenen Rahmen bleiben sollen.
Kommunale Verkehrsbetriebe werden
üblicherweise durch Betriebe, wie zum
Beispiel Wohnbaugesellschaften oder
420 Stadtwerke, querfinanziert, damit es für die
kommunalen Haushalte erschwinglich ist,
ein gutes Angebot auf die Straße oder die
Schiene zu bringen. Vielerorts geht diese
Querfinanzierung nicht mehr auf. Die
425 gewinnstarken Betriebe haben mit immer
neuen Herausforderungen, wie mit der
Energiewende, zu kämpfen. Für Kommunen
wird das Angebot immer teurer und nimmt
einen immer größeren Teil des städtischen
430 Haushalts ein.

Prinzipiell ist es erfreulich, dass auf dem
Papier Städte und Kommunen mehr für ihren
ÖPNV ausgeben. Nur leider beinhalten diese
435 Posten lediglich Verlustausgleiche und
weniger Investitionen in den Bestand oder in
den Ausbau von Netzen. Die Kommunen
können den massiven Investitionsbedarf
nicht mehr alleine stemmen und geraten
440 durch die schlechte Ausfinanzierung und die
immer weiter wachsenden Pflichtausgaben
weiter unter Druck. Das Land, der Bund und
die EU müssen sich an diesen Kosten
beteiligen.

445 Netze und Schienen machen weder an
Bezirks- noch an Landesgrenzen Halt.
Investitionstöpfe dürfen nicht mehr nur auf
Neuinvestitionen ausgelegt werden, sondern
450 müssen auch dazu genutzt werden, den
Bestand an Infrastruktur zu sanieren und zu
modernisieren. Dazu gehört aber auch eine
gerechte Verteilung, der jetzt schon knapp
bemessenen Bundesmittel. Die bisherige
455 Finanzierung von kommunalen Betrieben
gerät massiv ins Wanken. Es braucht

langfristige neue Finanzierungskonzepte.
Jeder profitiert von einem guten ÖPNV.
Wir streben einen fahrscheinlosen und
460 kostenlosen steuerfinanzierten ÖPNV an.
Um den Kommunen Druck zu nehmen und
ein Ausspielen von Bussen und Bahnen
gegenüber Theatern, Sportplätzen oder
Schwimmbädern zu vermeiden, darf der
465 ÖPNV nicht länger als freiwillige Aufgabe
der Kommunen bewertet werden. Er gehört
für uns zu den Pflichtaufgaben der
Kommune.

470 Unterschiede zwischen ländlichen und
städtischen Regionen

In städtischen Regionen ist zu erwarten, dass
Wege in Zukunft häufiger mit dem Fahrrad
475 oder dem öffentlichen Verkehr zurückgelegt
werden, wobei insbesondere die
Fahrradnutzung vieler Orts um ein
dreifaches steigen wird. Der Anteil des
motorisierten Individualverkehrs wird
480 drastisch auf knapp ein Viertel des heutigen
Aufkommens zurückgehen. Die
Entwicklung in ländlichen Regionen geht in
dieselbe Richtung, wobei der Anstieg im
Bereich der Fahrradnutzung und der
485 Nutzung des öffentlichen Verkehrs deutlich
geringer ausfällt und auch der Rückgang des
motorisierten Individualverkehrs nicht in
dem Ausmaß zu erwarten ist, wie in
städtischen Regionen.

490 Unterschiedliche NutzerInnen bei
unterschiedlichen Haushaltseinkommen

Auch vom Einkommen der Menschen hängt
495 ab, auf welche Mobilitätsangebote
zugegriffen wird. Je höher das Einkommen,
desto größer der Wunsch nach individuellen
Lösungen. Menschen mit geringen oder gar
keinem Einkommen, sind auf öffentliche
500 Lösungen angewiesen. Somit sind
Investitionen in den Bereich des ÖPNVs
auch immer als ein Umverteilungsaspekt zu
begrreifen.

505 Aus diesen unterschiedlichen Entwicklungen

resultieren auch unterschiedliche Ansprüche für jedeN NutzerIn der öffentlichen Infrastruktur, sei es beim motorisierten Individualverkehr oder beim ÖPNV. Unser
510 Ziel ist, im motorisierten Individualverkehr (MIV) sozial gerechte und ökologische Projekte zu fördern und damit die Weichen auf einen progressiven Weg zu stellen.

515 Klimafreundliche Mobilität

Umweltbelastungen senken die Lebensqualität von uns und zukünftigen Generationen. Um dies zu entschärfen, ist
520 eine klimafreundliche Verkehrsplanung unabdingbar. Gerade im städtischen Bereich kann hinsichtlich des Umweltschutzes viel verbessert werden. Anstatt den Individualverkehr weiter zu fördern und
525 Stadtentwicklungen auf Autos auszulegen, müssen Städte und Kommunen den Ausbau des ÖPNVs sowie der Rad- und Fußwege fördern. Des Weiteren müssen auf bundespolitischer Ebene Wege gefunden
530 werden den nicht zu verhindernden Individualverkehr mit Verbrennungsmotor durch klimafreundlichen Individualverkehr zu ersetzen. Den größten Hebel hierbei stellt die E-Mobilität, die in vielen Ländern schon
535 erfolgreich durch den Gesetzgeber gefördert wird. Deutschland droht auf diesem Feld im Vergleich mit anderen Industrienationen den Anschluss zu verlieren. Wir unterstützen daher die Initiativen einer nachhaltigen
540 Stadtentwicklung.

Mobilität in der Stadtentwicklungs- und Wohnungsbaupolitik

545 Die Mobilitätsbedürfnisse einer Person werden durch ihre jeweiligen Lebenssituationen und die entsprechenden Alltagsanforderungen geprägt. Männer sind immer noch häufiger voll erwerbstätig,
550 während Frauen eine Vielfalt von Aufgaben und Wegen miteinander kombinieren müssen. Insbesondere der öffentliche Personennahverkehr ist überwiegend auf männliche Pendler zu Standardarbeitsbeginn

555 und –ende ausgelegt. In einem solchen
Mobilitätsverständnis spielen kurze Fahrzeit
und Taktung zwischen Arbeitszentren die
Hauptrolle. Es geht darum, möglichst
560 schnell und möglichst häufig eine große
Raumüberwindung durchzuführen.
Querverbindungen zwischen einzelnen
Quartieren und zeitliche Abdeckung am
Abend und am Wochenende treten zurück.
Frauen haben aber nicht nur das Bedürfnis,
565 schnell ihren Arbeitsplatz zu erreichen,
sondern sind häufig auch noch für
Versorgungsaufgaben und Betreuung und
Pflege von Angehörigen zuständig. In diesen
Bereichen können ÖPNV-Systeme durch die
570 Dominanz des männlichen Pendlerverkehrs
die Mobilitätsbedürfnisse von Frauen nicht
erfüllen. Infrastrukturangebote, wie
medizinische Versorgung, Kinder- und
Altenbetreuung oder Einkaufsmöglichkeiten,
575 müssen von Mobilitätskonzepten einbezogen
werden. In unserem feministischen
Verständnis ist es natürlich unser Ziel, diese
Ungleichheiten zwischen Männer und
Frauen zu beseitigen und
580 geschlechtergebundene Rollenbilder zu
überwinden. Nichtsdestotrotz besteht jetzt
Handlungsbedarf, dass auch Frauen im
gleichen Maß an Mobilität teilhaben können
wie Männer. Damit rücken wir nicht davon
585 ab, dass Frauen genauso vollerwerbstätig
sein können und Männer auch für
Versorgungsaufgaben und die Betreuung
und Pflege von Angehörigen zuständig sind.
Von einem Ausbau der
590 Mobilitätsdienstleistungen und einem
integrativem Verständnis von Mobilität
profitieren alle, unabhängig vom Geschlecht.

Außerdem vernachlässigen
595 Mobilitätskonzepte oft Sicherheits- und
Wohlfühlaspekte. Erschließung von
Haltestellen, die Haltestellen an sich,
Fahrzeuge und Verbindungen müssen so
ausgebaut sein, dass sich alle sicher fühlen.
600 Unbelebte Haltestellen mit nicht
funktionstüchtigen Lichtanlagen in der
Unterführung hindern an der
Mobilitätsteilhabe. Wege und Haltestellen

müssen beleuchtet, Personen der
605 Verkehrsbetriebe rund um die Uhr
ansprechbar sein, Fahrzeuge und
Haltestellen müssen zu belebten Orten
werden. Hierfür sind die Verkehrsbetriebe
aufgefordert einerseits ihr Image zu
610 verbessern, andererseits Maßnahmen zu
ergreifen, die Haltestellen und Fahrzeuge
belebter zu machen, zum Beispiel durch die
Nutzung von nur einer Haltestelle für
verschiedene Linien in Randzeiten und der
615 Verfügbarkeit von MitarbeiterInnen an
abgelegenen Haltestellen.

Barrieren weiter abbauen

620 Für Menschen mit Handicaps ist es immer
noch nicht alltäglich die Angebote des
ÖPNV oder des SPNV wahrzunehmen. Dort
gilt es möglichst alle Barrieren abzubauen.
Wir bewerten es positiv, dass der Umbau zu
625 barrierefreien Haltestellen voranschreitet,
wenn auch noch nicht flächendeckend.
Kritisch ist es aber zu sehen, dass es immer
noch Schienenfahrzeuge ohne barrierefreien
Einstieg gibt. Diese müssen schnellstens
630 umgerüstet oder ausgetauscht werden. Der
Einstieg muss an allen Einstiegsstellen
gewährleistet sein. Hierbei muss im
Besonderen ein Augenmerk auf die
Angleichung der verschiedenen Gleishöhen
635 im interkommunalen ÖPNV gelegt werden.
Die Aufteilungen in Bussen und Bahnen
müssen stetig überprüft und überdacht
werden. Wir können uns gut vorstellen, dass
ein Wegfall der ersten Klasse in Zügen,
640 genügend Platz schaffen würde um eine
echte Barrierefreiheit zu gewährleisten.

Der öffentliche Personennahverkehr

645 Überfüllte Autobahnen und der belastende
CO₂-Ausstoß im innerstädtischen Verkehr
sind, wie beschrieben, bekannte Probleme
des motorisierten Individualverkehrs. So
wahr diese Aussagen auch sind, so wenig
650 Alternativen gibt es vielerorts zum PKW-
Verkehr. Der ÖPNV muss daher allgemein
an Attraktivität gewinnen. Eine Möglichkeit

ist, den ÖPNV zur echten Konkurrenz zum
Auto auszubauen. Das wird vielerorts nur
655 mit einer höheren Taktung gelingen. Mit der
Eröffnung der Strecken des Rhein-Ruhr-
Express im Jahre 2018 werden die Städte
zwischen Rhein und Ruhr im Fünfzehn-
Minuten-Takt befahren, was gerade für den
660 dortigen PendlerInnen-Verkehr eine
bedeutende Erleichterung darstellt. Vor
allem auch, da durch die dann eingesetzten
Züge, mehr Sitzplätze zur Verfügung gestellt
werden und sich so die Qualität und der
665 Komfort verbessern werden.

Für den außerstädtischen Verkehr vor allem
im ländlichen Raum fordern wir eine bessere
Anbindung. Uns ist bewusst, dass der Bedarf
670 in ländlichen Regionen geringer ist,
deswegen ist Mobilität aber nicht
unwichtiger. In ländlichen Regionen ist das
ÖPNV-Netz meist dünner ausgebaut, sodass
die Menschen weiterhin auf den
675 motorisierten Individualverkehr setzen. Dies
schließt allerdings die Menschen aus, die
sich entweder kein Auto leisten können oder
keinen Führerschein besitzen. Deswegen
bedarf es hier besonderer
680 Mobilitätskonzepte, die an die örtlichen
Gegebenheiten angepasst sind.
Sammelbusse, die auf Abruf kommen oder
Bedarfshaltestellen, könnten vielerorts
Abhilfe leisten. Auch sind Linientaxis oder
685 öffentliche Car-Sharing-Modelle eine
Alternative. Ein ÖPNV-System ist nur so
gut, wie auch die Anschluss- und
Kombinationsmöglichkeiten mit anderen
Verkehrsmitteln. Besonders wichtig ist, dass
690 die Fahrradmitnahme im ÖPNV verbessert
und ausgebaut wird. Nur so kann darauf
hingewirkt werden, dass Menschen auf dem
Weg hin zum oder weg vom ÖPNV nicht
den motorisierten Individualverkehr wählen.
695 Wir fordern integrative Systeme, die
Anschlüsse ermöglichen; egal, ob die
NutzerInnen danach das Fahrrad, den Zug,
den Bus oder das Anruftaxi nehmen.
Weiterhin müssen die Anschlusszeiten
700 zwischen einzelnen Regionen und
Verkehrsverbünden angepasst werden, wir

fordern daher einen gemeinsamen Verkehrsverbund für NRW.

705 Um auch in den späteren Abendstunden
sicher von einem Punkt zum anderen zu
kommen, bedarf es eines gut ausgebauten
Nachtverkehrs. Attraktivität gewinnt der
710 ÖPNV auch, wenn er die Qualität und
Kommunikation zu den KundInnen
verbessert, zum Beispiel durch
Echtzeitauskünfte an Bahnhöfen oder
öffentliches Wi-Fi an Haltestellen und in
Fahrzeugen. Attraktivität bedeutet aber auch,
715 dass Bahnhöfe so gestaltet sind, dass sich
Menschen gerne dort aufhalten und bei
Zugverspätungen auf Sitzmöglichkeiten und
gute Aufenthaltsmöglichkeit zurückgreifen
können.

720

Schiene vor Straße auch im Fernverkehr

Die Verfügbarkeit und Abdeckung des
Schienenfernverkehrs ist zumindest in den
725 Ballungsräumen gut ausgebaut. Hier gilt es
in den Erhalt und in die Erneuerung von
Strecken und Fahrzeugflotten zu investieren.
Der Plan der Deutschen Bahn weitere
Bahnhöfe an das Schienenfernverkehrsnetz
730 anzuschließen muss zügig umgesetzt
werden, damit nicht nur die Ballungsräume
gut miteinander vernetzt sind. Hierbei ist vor
allem eine deutliche Differenzierung
zwischen dem ICE- und IC-Netz
735 vorzunehmen. Während die Anbindung aller
Städte, die mehr als 100.000 Einwohner
zählen, in das Fernverkehrsnetz der IC
sinnvoll ist, würde dieses Vorhaben das
ICE-Netz weiter verlangsamen und so
740 Fahrzeiten erhöhen. Im Gegenteil, vor allem
für das ICE-Netz ist eine deutliche Erhöhung
der Geschwindigkeit nötig, was ein
grobmaschigeres Netz und teilweise eigene
Trassen erfordert. Als Vorbild kann die
745 Schnellfahrstrecke zwischen Köln und
Frankfurt am Main dienen. Die IC sind dann
auch als Zubringer zu ICE-Bahnhöfen
auszugestalten, was auch in der Tarifstruktur
berücksichtigt werden muss. Der
750 Schienenfernverkehr ist für viele Menschen

zu teuer. Zwar gibt es Sparangebote oder Ermäßigungen, aber selbst damit entstehen häufig hohe Kosten. Dabei ist oft unklar, wie sich die Preise zusammensetzen. Hier
755 fordern wir die Deutsche Bahn auf, Transparenz in ihre Angebote zu bringen und Ermäßigungen, wie günstigere Bahncards nicht nur einzelnen Gruppen zur Verfügung zu stellen. Insbesondere für junge
760 Menschen unter 27 Jahren muss es unkomplizierte Angebote geben, ähnlich wie die französische SNCF diese vorhält.

Eine moderne Verkehrsplanung muss
765 ebenfalls den grenzübergreifenden Schienenverkehr berücksichtigen. Im Rahmen der Schaffung des gemeinsamen europäischen Eisenbahnraumes ist zwar eine Zunahme an Mehrländerverbindungen zu
770 verzeichnen, allerdings beruht diese Zunahme hauptsächlich auf neuen Angeboten im relativ teuren Hochgeschwindigkeits-Fernverkehr (beispielsweise die Verbindung Köln-Paris).
775 Günstigere grenzübergreifende Nahverkehrs- und „InterCity“-Verbindungen (beispielsweise auf der Strecke Aachen-Brüssel) werden nicht im selben Maße ausgebaut oder sogar durch profitablere
780 Hochgeschwindigkeitsangebote ersetzt. Dieser Trend muss gestoppt und der Ausbau von kostengünstigen Angeboten im grenznahen Raum sowie im europäischen Fernverkehr gefördert werden.

785 Fernbusse

Unsere Bewertung des Aufkommens neuer Fernbuslinien fällt zwiegespalten aus.
790 Einerseits setzen wir eindeutig auf attraktiven Schienennah- und Fernverkehr und beobachten daher mit Sorge, dass die neuen Dumping-Buslinien der Schiene die PassagierInnen abgraben. Auf der anderen
795 Seite bieten die Fernbusse bereits dort Direktverbindungen an, wo der Schienenverkehr seine Infrastruktur schlecht bis gar nicht ausgebaut hat. Außerdem sehen wir es als positiv an, wenn mehr Menschen

800 vom PKW auf kollektive Verkehrsmittel
umsteigen. Einen besonderen
Wettbewerbsvorteil haben die Fernbusse
gegenüber der Bahn insbesondere dadurch,
dass die Straßen den Busunternehmen
805 kostenlos zur Verfügung gestellt werden und
Eisenbahnverkehrsunternehmen für jede
Schienenbenutzung Gebühren, die
sogenannten Trassenpreise bezahlen müssen.

810 Aus dieser Haltung ergeben sich für uns drei
Kernforderungen:

» In der Gesamtrechnung ist (gerade
Straßen-)Verkehr immer ein öffentlicher
815 Kostenfaktor! LKW und Busse beschädigen
die Straßen 100.000 mal stärker als normale
PKW. Deswegen muss gesetzlich
sichergestellt werden, dass Linienbusse
steuerlich für die durch sie verursachten
820 Straßenschäden aufkommen. LKW über 7,5
Tonnen sind verpflichtet, ihren Beitrag in
Form von Maut zu leisten, was unserer
Ansicht nach auch für Fernbusse gelten
muss. Im Gegenzug sollte auch geprüft
825 werden, ob eine
Mehrwertsteuervergünstigung für Zugtickets
zulässig ist und eine verkehrslenkende
Wirkung hat.

830 » Durch Regulierung muss sichergestellt
werden, dass Linienbusse keine Konkurrenz
zum Regional- und Nahverkehr werden
können. Etwaige Gesetzeslücken müssen
geschlossen werden.

835 » Bundesweite Bahn-Mobilität gehört für
uns zur öffentlichen Daseinsvorsorge.
Deshalb hat die Deutsche Bahn aus unserer
Sicht sicherzustellen, dass sie allen
840 Menschen den Transfer im Fernverkehr zu
attraktiven Preisen ermöglicht. Wenn dies
betriebswirtschaftlich nicht möglich ist,
braucht es Veränderungen bei der Struktur
und/oder Betriebsform des derzeitigen Bahn-
845 Staatsunternehmens.

Kraftfahrzeuge und Car-Sharing-Modelle

850 Immer wieder wird deutlich, dass das Auto
als individuelles Verkehrsmittel so schnell
nicht abzulösen ist. So findet aktuell Car-
Sharing zunehmend Anklang in der
Gesellschaft. Die Möglichkeit sich ein Auto
für einen kurzen Zeitabschnitt kostengünstig
855 zu mieten, ist absolut zu unterstützen. Auch
in ländlichen Regionen halten wir Car-
Sharing-Modelle gerade für eine alternde
Gesellschaft für sinnvoll. Im Hinblick auf
den demographischen Wandel und die
860 immer älter werdende Gesellschaft müssen
neue Wege der Mobilität geschaffen werden.
Hierbei geht es im ländlichen Bereich
weniger um die Nutzung eines gemieteten
Autos, sondern um die Schaffung eines
865 Mitfahrgelegenheitssystems bzw. der
gemeinschaftlichen Anschaffung von Autos
oder einer Art Auto-PatInnenschaft, bei der
ältere Menschen ihr Auto an mobil nicht-
eingeschränkte Personen verleihen, dafür
870 aber in ihrem Alltagsleben unterstützt
werden.

Autofahren in der BRD ist immer noch
verhältnismäßig kostengünstig, weshalb
875 bisher wenige Anreize bestehen, auf den
Kauf eines eigenen Autos zu verzichten.
Daher sollen sowohl im städtischen als auch
im ländlichen Raum unter anderem folgende
Ansätze zur Reduzierung des Autoverkehrs
880 gefördert werden:

In städtischen Regionen sollen kostenlose
Parkplätze außerhalb der Innenstädte
entstehen, die mit Gondel-Systemen anderer
885 Verkehrsmittel angebunden (z.B. Parken und
Reisen) werden sollen. Dadurch ergibt sich
eine bessere Kombinationsmöglichkeit
unterschiedlicher Verkehrsmittel. Ein
weiterer wichtiger Punkt ist die
890 Instandhaltung der Autobahnen und die
Schaffung von mehr Parkplätzen für den
LKW-Verkehr, um Ruhezeiten nicht auf
Haltestreifen verbringen zu müssen.
Insgesamt gilt aber für das Straßennetz:
895 Erhalten und Reparieren statt Ausbauen.

Fahrradwege fördern

900 Radfahren ist nicht nur die gesündeste
Variante der Mobilität, sie gehört neben dem
Fußweg auch zu den umweltschonendsten.
Trotzdem wirkt das Radfahren auf viele
BürgerInnen nicht attraktiv. Als
905 Hauptgründe für die Nichtnutzung des
Fahrrads als Alternativmodell zum
motorisierten Individualverkehr wird von
Befragten angegeben, dass Fahrradfahren zu
gefährlich und zu unattraktiv sei. Besonders
910 in städtischen Regionen fühlen sich
potenzielle NutzerInnen durch einen starken
Autoverkehr, zu wenige Radwege, schlechte
Beleuchtung und unsinnige Radwegsysteme
in ihrer Sicherheit als
915 VerkehrsteilnehmerInnen eingeschränkt.
FahrradnutzerInnen sehen sich in heutigen
Radverkehrssystemen nicht als
gleichberechtigte VerkehrsteilnehmerInnen.
Wir fordern die Kommunen auf, das
920 Radverkehrswesen endlich als relevante
Alternative für den motorisierten
Individualverkehr und als gleichberechtigtes
Verkehrsmittel zu begreifen. Investitionen in
Erhalt und Ausbau von Radwegen sowie in
925 die Sicherheit von RadfahrerInnen sind
unabdingbar. Bei städtebaulichen Planungen
müssen Radverkehrssysteme immer
mitgedacht werden, das schließt auch
ausreichende Stellplätze auf öffentlichen und
930 privaten Grundstücken ein. Unattraktiv ist
Fahrradfahren dann, wenn keine oder zu
wenige Mitnahmemöglichkeiten im ÖPNV
oder im Schienenfernverkehr vorhanden sind
und Fahrradstellplätze nicht als sicher
935 empfunden werden. Außerdem geben
Befragte an, dass sie eher zum Fahrrad
greifen würden, wenn es mehr
Reparaturmöglichkeiten, Wasch- und
Umkleidemöglichkeiten oder Boni für die
940 Fahrradnutzung gäbe, zum Beispiel
Gutscheine oder Firmenräder der
ArbeitgeberInnen.

Hier müssen die Verkehrsbetriebe einerseits
945 an ihren Haltestellen sichere
Abstellmöglichkeiten, andererseits mehr

Stellplätze und Sicherungsmöglichkeiten in ihrer Fahrzeugflotte schaffen. Aufgabe der politischen EntscheidungsträgerInnen im Mobilitäts-, Infrastruktur-, Umwelt- und Gesundheitsbereich ist eine Attraktivitätssteigerung des Fahrrads als alternatives Fortbewegungsmittel. Wir brauchen zügig Kampagnen, die die breite Bevölkerung zum Radfahren und eine Verhaltensänderung in Bezug auf das Fahrrad anregen. Solche Kampagnen dürfen aber nicht nur potenzielle NutzerInnen des Fahrrads ansprechen, es muss auch Aufklärungsarbeit bei NutzerInnen des PKW betrieben werden.

Des Weiteren fordern wir den Ausbau und die Schaffung von Radstationen, die oft an Bahnhöfen zu finden sind. Der Vorteil liegt in der Kombination mit anderen Mobilitätsangeboten, wie dem ÖPNV. Fahrräder können in Radstationen sicher geparkt werden. Außerdem ist ein flächendeckender Ausbau der Bike-Sharing-Stationen nötig, um Kombinationsmöglichkeiten (Rad – Bahn – Rad) zu schaffen. Ebenso wichtig ist eine Beachtung der unterschiedlichen Anforderungen verschiedener Alters- und Gesellschaftsgruppen (z.B. E-Bikes, Lastenfahrräder, Kindersitze etc.). Nicht unwesentlich ist, wie bereits angesprochen, die Mitnahmemöglichkeit, z.B. im Zug oder Bus. Wir fordern eine kostenlose Mitnahme aller Fahrräder in den Zügen und Bussen. Auch die Anschaffung von Fahrradanhängern für Busse ist eine Möglichkeit, Attraktivität zu steigern.

Logistik

Jährlich wird der Niederrhein von knapp 200.000 Schiffen befahren. Dies entspricht im Durchschnitt etwa 500 Schiffen am Tag. Der Rhein ist somit die verkehrsreichste Wasserstraße Europas. Jährlich werden in Deutschland über die Bundeswasserstraßen bis zu 240 Millionen Tonnen Güter mit einer Transportleistung von 65 Milliarden

Tonnen-Kilometer transportiert. Das sind fast 75 Prozent der Güterverkehrsleistung der Eisenbahnen bzw. rund 14 Millionen LKW-Fahrten.

1000

Ferner werden im Binnenschiffsverkehr etwa 1,5 Millionen Container transportiert: Eine Beförderungsmenge, die weiteren 700.000 LKW-Fahrten entspricht. Damit die

1005

Binnenschifffahrt zur Bewältigung der künftigen Verkehrsprobleme verstärkt beitragen kann, braucht eine zukunftsstarke Binnenschifffahrt leistungsfähige

1010

Wasserstraßen. Investitionen sind daher unter Beachtung ökologischer Kriterien auf den Erhalt des vorhandenen Wasserstraßennetzes sowie auf ein modernes Netz- und Betriebsmanagement (Abbau von

1015

Wartezeiten an Schleusen, Anpassung der Fahrrinnenbreiten an Abflusssdynamik) zu konzentrieren. Die Binnenschifffahrt muss gezielt bei der Modernisierung der Flotte und der Schiffstechnik unterstützt werden.

1020

Neben der Binnenschifffahrt ist es für eine moderne Logistik besonders wichtig auf den Schienenverkehr zu setzen. Die Güter kommen schnell und pünktlich an und sorgen auf Autobahnen nicht für unnötige

1025

Staus. Besonders für den europäischen Transitverkehr bietet die Schiene eine sehr gute Alternative zum LKW. Hier ist es besonders wichtig, dass auf gute Verladesysteme gesetzt wird. Diese sollte

1030

die Politik unterstützen und nicht behindern. Die großen NRW-Schienenprojekte (Anbindung an Antwerpen und Rotterdam) sind für uns der richtige Weg. Bessere Anbindungen wünschen wir uns auch bei der

1035

Logistik für den ländlichen Raum.

Die Schnittstellen zwischen Wasser, Schiene und Straße müssen ausgebaut, Binnenhäfen zu modernen Logistikzentren

1040

weiterentwickelt werden. Für SpediteurInnen müssen Anreize gesetzt werden, damit sie die Binnenschifffahrt überhaupt in die Planung ihrer Logistikketten einbeziehen. Die öffentliche

1045 Hand als Eigentümerin wichtiger
Knotenpunkte wie Häfen, Güterbahnhöfe
und als Anbieterin von Gewerbefläche hat
nicht nur die Aufgabe, eine bessere
Infrastruktur für SpediteurInnen und
1050 ProduzentInnen zu sorgen.

Gemeinsam mit den TarifpartnerInnen hat
sie dafür Sorge zu tragen, dass auch in der
Logistikbranche der Grundsatz der „Guten
1055 Arbeit“ gilt. Leistungsgerechte Bezahlung
und unter anderem die Einhaltung von Fahrt-
sowie Pausenzeiten dürfen in dieser Branche
nicht unbeachtet bleiben.

1060 Kombinationsmöglichkeiten schaffen

Zu den Zukunftsherausforderungen unserer
Verkehrsinfrastruktur gehört es,
verschiedene Verkehrsmittel miteinander zu
1065 vernetzen. Die komfortable Kombination
aus Fahrradfahrt zum Bahnhof, Bahnfahrt
zur Arbeit und Einkaufen mit dem Car-
Sharing-Auto sollte zur gängigen Praxis
werden. Die öffentliche Hand hat dafür auf
1070 allen Ebenen Rahmenbedingungen zu
setzen. Dafür sollte eine hinreichende
Anzahl von Carsharing-Stationen, Park- und
Ride-Parkplätzen, Leihfahrradplätzen sowie
gut gesicherten Fahrradparkplätzen an allen
1075 Bahnhöfen sichergestellt werden. Dies
geschieht durch entsprechende
Rahmenplanung, öffentliche Angebote oder
das Ausschreiben von privaten Leistungen
(des Carsharings, der Leihfahrräder etc.).
1080 Darüber hinaus wird es immer notwendiger,
dass die öffentliche Hand auf eine
Vernetzung der bisherigen Carsharing- und
Fahrradleih-Angebote unterschiedlicher
AnbieterInnen hinwirkt. Für die/den
1085 NutzerIn sollte es (preislich und
bürokratisch) keine Rolle spielen, welches
Unternehmen vor Ort den Service anbietet.

Ticketlandschaft reformieren und ausweiten
1090

Unser langfristiges Konzept der
Finanzierung des ÖNPV haben wir
beschrieben. Bis zur Umsetzung des

1095 kostenlosen Personennahverkehrs fördern
wir weiter eine subventionierte
Ticketlandschaft, wollen diese ausbauen und
auf weitere Bevölkerungsschichten,
ausweiten. Dabei sollen neue Ticketmodelle,
wie die Vereinheitlichung von Ticketpreisen
1100 in den unterschiedlichen Verbünden oder
auch eine Abrechnung nach zurückgelegten
Kilometern, getestet und angeboten werden.

1105 Besonders junge Menschen sind auf ein
kostengünstiges Nordrhein-Westfalen weites
Ticket angewiesen. Dies gilt nicht nur für
Studierende, sondern auch für
Auszubildende,
FreiwilligendienstleisterInnen sowie
1110 BeamtenanwärterInnen. Die genannten
Gruppen verdienen meist genauso viel wie
der BAföG-Höchstsatz, trotzdem müssen sie
von ihrem Gehalt monatlich ihr Ticket
bezahlen. Dieses Defizit gilt es
1115 schnellstmöglich zu beseitigen. Wir fordern
die Einführung eines NRW-Ticket für
Auszubildende und
FreiwilligendienstleisterInnen.

1120 Nur wenn alle Menschen die Möglichkeit
zur Teilhabe an Mobilität haben, dann ist
Mobilität zukunftssicher. Also: volle Kraft
voraus!

1125 Investitionen in Bildung

Eine zentrale Gerechtigkeitsfrage in
Deutschland bleibt die Bildungspolitik.
Bildung entscheidet über Lebenschance.
1130 Damit kein Mensch zurück gelassen wird, ist
eine gemeinsame Kraftanstrengung von
Bund, Ländern und Kommunen vonnöten.
Bildung ist staatliche Aufgabe und muss
auch öffentlich finanziert werden. Der
1135 Anspruch muss sein, wenigsten den
Durchschnitt der OECD-Länder an den
Bildungsausgaben zu erreichen.

1140 Finanzierungen aus dem privaten Sektor
haben in unserer Vorstellung von Bildung
nichts zu suchen. Ziel ist die ausreichende
Finanzierung des Bildungssystems, damit

1145 wir unsere Vorstellungen von
Chancengleichheit, Gleichstellung, Inklusion
und Teilhabe umsetzen können.
Mindestausgaben für Bildungspolitik
gehören ins Grundgesetz!

1150 Bildung muss von der KiTa bis zur
Weiterbildung im Erwachsenenalter
komplett gebührenfrei sein und Menschen in
Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen
müssen finanziell unterstützt werden.
1155 Investitionen in Bildung sind also auch
Investitionen in Arbeits- und
Ausbildungsplätze. Investitionen sind
sowohl in die Qualität von Bildung
notwendig als auch in die Substanz. Mit dem
1160 Programm „Gute Schule 2020“ schlägt an
dieser Stelle das Land den komplett
richtigen Weg ein. Neben Investitionen in
die Infrastruktur im Schulbereich muss aber
auch in die Infrastruktur der Hochschulen,
der KiTas und der Berufsschulen investiert
1165 werden. Hierbei müssen auch Aspekte der
Digitalisierung und der Inklusion
einbezogen und finanziert werden.
Außerdem muss der Bereich Arbeit im
Bildungssystem ausfinanziert sein, das heißt
1170 ausreichende, gut bezahlte Lehrkräfte und
ErzieherInnen und eine Ausfinanzierung des
Mittelbaus der Hochschulen, um
Beschäftigte weniger abhängig von
Befristungen zu machen. In vielen
1175 Bildungsbereichen werden Menschen
aufgrund ihres Geschlechts benachteiligt.
Um diesem Zustand entgegenzuwirken,
braucht es spezielle Förderprogramme. Dazu
muss es entsprechende Schulungen für
1180 Lehrende geben, damit einer Reproduktion
von gesellschaftlichen Rollenbildern
entgegengewirkt und eine freie Entfaltung
gefördert wird. Darüber hinaus müssen sich
Bildungsinstitutionen an die
1185 unterschiedlichen und individuellen
Lebenswege von Menschen anpassen und
insbesondere die Vereinbarkeit von Care-
Arbeit und Bildung herstellen. Es muss für
uns klar sein, dass SchülerInnen,
1190 Studierende und Auszubildende diese

Investitionen wert sind.

Berufsbildungsgesetz (BBiG)

1195

Vor dem Hintergrund der Novellierung des Berufsbildungsgesetzes (BBiG), schließen wir uns den Forderungen der Gewerkschaftsjugend an.

1200

Ausbildung garantieren: Jeder und jede, der oder die eine berufliche Ausbildung machen möchte, soll das auch tun können – gesetzlich garantiert.

1205

Existenzsichernde Ausbildungsvergütung: Die Ausbildung muss Auszubildenden ein finanziell unabhängiges Leben ermöglichen – und zwar in allen
1210 Ausbildungsverhältnissen. Auch in schulischer und außerbetrieblicher Ausbildung.

1215

Duales Studium auf gesetzliche Grundlage stellen: Wie muss ein Ausbildungsvertrag zwischen Studierenden und dem Betrieb aussehen und wie arbeiten Betrieb, Hochschule und Berufsschule zusammen? Solche Fragen müssen endlich gesetzlich
1220 einheitlich geregelt werden.

1225

Lehr- und Lernmittelfreiheit: Alle durch die Ausbildung entstehenden Kosten müssen von den Arbeitgebern getragen werden. Denn Ausbildung darf nicht an finanziellen Hürden scheitern.

1230

Bessere Standards an Berufsschulen und Hochschulen: Notwendig sind gesicherte Qualitätsstandards und eine bessere Zusammenarbeit zwischen Berufsschule/Hochschule und Betrieb. Darüber hinaus muss die Zeit in der Berufsschule auch für Auszubildende, die
1235 älter als 18 Jahre, auf die betriebliche Arbeitszeit angerechnet werden – inklusive der Wege- und Pausenzeiten.

1240

Qualität von Aus- und Weiterbildung verbessern: Dazu braucht es neben einer

angemessenen Anzahl an Ausbilderinnen und Ausbildern vor allem klare und verbindliche Qualitätsansprüche.

- 1245 Ankündigungsfristen bei beabsichtigter Nichtübernahme nach der Ausbildung: Wer seine oder ihre Ausbildung erfolgreich abschließt, soll danach grundsätzlich unbefristet weiterbeschäftigt werden. Im Fall
1250 einer Nichtübernahme sollte der Auszubildende oder die Auszubildende jedoch zumindest spätestens drei Monate vorher vom Arbeitgeber informiert werden.

1255 Investitionen in Daseinsvorsorge

- Der Kerngedanke der Daseinsvorsorge ist, dass alle notwendigen Dienstleistungen und Einrichtungen für eine Versorgung mit
1260 grundlegenden Gütern und Leistungen, für eine Teilhabe aller Menschen an der gesellschaftlichen Entwicklung vorhanden sind und allen Menschen zur Verfügung stehen. Daseinsvorsorge ist für uns Politik
1265 gewordene Solidarität, das konkret ausgeprägte politische Instrument des Solidarprinzips. Ein durch Steuern zusammengekommener Topf sorgt für staatliche Leistungen, die für alle zugänglich
1270 sind und die das Leben aller absichern sollen – und zwar dezidiert ohne auf eine unternehmerische Gewinnmaximierung zu setzen. Dieses System ächzt momentan unter verschiedenen neuen Herausforderungen wie
1275 zum Beispiel der Energiewende, den überlasteten öffentlichen Haushalten vor allem in den Kommunen (freiwillige Ausgaben) und der nicht vorhandenen Bereitschaft der Bundesregierung, eine faire
1280 Umverteilungspolitik zu initiieren. Dabei sorgen gerade Investitionen in unsere Daseinsvorsorge dafür, dass Abstiegsängste abgebaut werden und eine gleichberechtigte Teilhabe aller am gesellschaftlichen Leben
1285 ermöglicht wird. Zum Beispiel müssen Schutzräume, wie Frauenhäuser, die heute schon oft überlastet sind, nicht nur mit der nötigen Infrastruktur, sondern auch mit Mitteln zur Prävention und Aufklärung

1290 ausgestattet werden.

Diese Ziele werden dem Interesse der Bundesregierung an einer „Schwarzen Null“ – als angeblich historische Errungenschaft – untergeordnet. Ein Vorgehen, das gerade vor dem Hintergrund der nochmals gestiegenen Herausforderungen durch die Zuwanderung gerade für die kommunale Ebene unverantwortlich ist.

1300 In vielen Bereichen der Daseinsvorsorge sorgt der Staat derzeit dafür, dass Güter und Dienstleistungen der Daseinsvorsorge verbilligt oder gar kostenlos durch private AnbieterInnen abgegeben werden. Die Differenz zwischen Kosten und Erlös wird vielfach durch Steuermittel ausgeglichen. Wir lehnen dieses Verständnis der Daseinsvorsorge ab.

1310 Die immer mal wieder diskutierten Vorschläge zur Finanzierung der öffentlichen Daseinsvorsorge durch Öffentlich-Private-Partnerschaften (ÖPP) stehen unserem Verständnis von Daseinsvorsorge entgegen. Wir nehmen zustimmend zur Kenntnis, dass viele Städte und Gemeinden immer häufiger Güter und Dienstleistung im Bereich der Daseinsvorsorge rekommunalisieren.

Integration

1325 Integration ist eine Kernaufgabe einer Gesellschaft. Nicht nur in der heutigen Zeit, die durch Flucht geprägt ist, sondern grundsätzlich. Integration geht durch alle gesellschaftlichen Schichten und betrifft jeden Lebensbereich und –abschnitt. Dabei ist vor allem vor dem Hintergrund der aktuellen politischen Entwicklungen darauf zu achten, dass gesellschaftlich benachteiligte Gruppen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Deswegen sehen wir die Integration auch als Querschnittsaufgabe von Politik. Um diesem Anspruch Rechnung zu tragen, beginnen wir mit aus unserer Sicht wichtigen Voraussetzungen

1340 gelingender Integration und werden das
Thema dann in den folgenden Unterkapiteln,
wieder aufgreifen.

Bildung als Schlüssel der Integration

1345 Wir setzen uns dafür ein, dass geflüchtete
Kinder schnellstmöglich in den deutschen
Bildungsweg integriert werden. Dazu gehört
ein ausreichendes Angebot an Kita- und
Schulplätzen. Weiterhin fordern wir einen
1350 Stellenausbau in der Verwaltung, damit
Abschlüsse für Schulen, Ausbildungsstätten
oder Hochschulen zeitnaher anerkannt oder
bewertet werden, um einen
schnellstmöglichen Einstieg in den
1355 Ausbildungsweg auch für junge Erwachsene
zu ermöglichen. Hierzu ist außerdem eine
Aufstockung der Lehr- und Betreuungskräfte
in Kitas, Schulen und Hochschulen
notwendig.

1360 Geflüchteten Studierenden muss ein
schneller und unkomplizierter Zugang zu
Hochschulen möglich sein, um ihr Studium
fortsetzen zu können. Im Heimatland
erbrachte Studienleistungen müssen
1365 ebenfalls schnell und unkompliziert
angerechnet werden. NC-Barrieren lehnen
wir auch weiterhin ab. Auch in die
Ausbildung Nicht-Geflüchteter sollte das
1370 Thema Integration Einzug halten, um eine
Sensibilisierung zu schaffen. Eine Forderung
hierzu sind interkulturelle Bildungsangebote
für Betriebe.

1375 Sprache lernen

Die bisherige Sprachförderung funktioniert
vorne und hinten nicht: Sie beginnt zu spät,
es gibt viele bürokratische Hürden und die
1380 Unterschiede bei Qualität und Angebot sind
je nach Region sehr unterschiedlich.

Wir setzen uns daher für einen
flächendeckenden Ausbau einer qualitativ
1385 hochwertigen Sprachförderung ein. Dies
umfasst auch spezielle Sprachförderungen,
wie etwa für Analphabet*innen oder

Menschen, die bereits lange in Deutschland leben, aber bisher keine ausreichende Förderung genossen haben. Diese Menschen brauchen spezielle Angebote, um die Chance zu erhalten Deutsch zu lernen. Zusätzlich wollen wir Projekte, deren Ziel es ist ein gegenseitiges Lernen zu ermöglichen, fördern.

Die oben genannten und noch folgenden Punkte geben einen kurzen Überblick über die Vielfalt von nötigen Förderungen seitens des Staates. Hierbei darf der Bereich der Begleitung während des Asylverfahrens nicht fehlen. Daher wollen wir finanzielle Sicherheit für Sozial- und Migrationsberatungen freier TrägerInnen herstellen. Diese leisten einen großen Anteil daran, dass Geflüchtete sich in der hiesigen Bürokratie zurechtfinden.

Auch die Einbindung von Ehrenamtlichen und Geflüchteten in die Geflüchtetenarbeit steckt bisher von staatlicher Seite aus in den Kinderschuhen! Hier muss eine umfassende Professionalisierung von Verwaltungsseite und ein Abbau an bürokratischen Hürden stattfinden. Ehrenamtliches Engagement soll ergänzen und nicht staatliche Leistungen ersetzen.

Veränderter Wohnanspruch für bunte Städte und Gemeinden

Sozialistische Wohnraumpolitik muss allen Menschen ein selbstbestimmtes Leben und gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen. Das ist nur möglich, wenn die unterschiedlichen Lebenskonzepte und Bedürfnisse der Menschen bei der Planung, Weiterentwicklung und Gestaltung von Wohnraum berücksichtigt werden. Nachhaltige und zukunftsorientierte Wohnraumpolitik muss sowohl die Veränderung von gesellschaftlichen Strukturen, wie etwa

durch den demografischen Wandel und Migration, als auch die verschiedenen

Möglichkeiten der individuellen Lebensgestaltung beachten.

1440 Neben diesem veränderten Wohnanspruch
der Menschen muss Wohnraumpolitik auch
der Forderung nach einer sozial gerechten,
solidarischen und offenen Gesellschaft
gerecht werden. Dem steht zurzeit noch
1445 vieles entgegen. Vor allem diskriminierte
oder finanziell benachteiligte Gruppen
leiden unter mangelndem und teurem
Wohnraum. Gleichzeitig werden bestimmte
Gruppen aus beliebten und zentralen
1450 Wohngegenden verdrängt. Wir wollen eine
sozialräumliche Spaltung verhindern. Die
Qualität der Wohnungen darf ein
Mindestmaß nicht unterschreiten. Das gilt
auch dann, wenn sie für private
1455 InvestorInnen

unattraktiv geworden sind. Wohnen ist ein
Grundrecht. Wir wollen attraktiven
Wohnraum unabhängig von der Lage,
1460 unabhängig von Stadt oder Land. Inklusives
Wohnen muss an allen Orten möglich sein.

Staatliche vs. private InvestorInnen

1465 Private InvestorInnen, die sich angetrieben
vom billigen Geld gerade auf den
Immobilienmarkt drängen, verschärfen die
Probleme auf dem Wohnungsmarkt weiter.
Private Neubauten erfolgen oft nur im
1470 Hochpreissegment. Die Nachfrage nach
niedrig preisigen Wohnungen wird durch
private InvestorInnen kaum bedient. Die
Kommunen und die Länder haben ihren
Bestand an Sozialwohnungen zwischen den
1475 1980er Jahren und 2010er Jahren reduziert.
Der

Bund zieht sich seit 2006 als Folge der
Föderalismusreform gänzlich aus dem
1480 sozialen Wohnungsbau zurück. Der
Immobilienmarkt wird zum Kasino für
FinanzinvestorInnen und „Heuschrecken“.

Dies hat großen Einfluss auf die Gestaltung
1485 unserer Städte und Kommunen. Aus den

Zentren werden sterile Hot-Spots, während die Peripherie zum Ghetto verkommt. Lässt man die Kräfte des Marktes weiter frei walten, wird diese Entwicklung in den
1490 nächsten Jahren bei (zu erwartenden) niedrigen Zinsen neue, noch nicht gekannte Ausmaße annehmen. Die Politik muss gegensteuern! Land und Kommunen müssen wieder aktiv in den Wohnungsmarkt
1495 eingreifen. Dem Land kommt hier eine besondere Aufgabe zu. Ohne den starken Einsatz der Landespolitik werden es die Kommunen nicht schaffen, eine Wende auf dem Wohnungsmarkt zum Besseren zu
1500 stemmen.

Wir begrüßen die Einführung der Mietpreisbremse auf Bundesebene ausdrücklich. In ihrer jetzigen Form, gibt es
1505 jedoch zu viele Ausnahmen, so dass sie ihre Wirkung in NRW fast gänzlich verfehlt. Zudem kann die Mietpreisbremse keine Investitionen in Wohnraum ersetzen.

1510 Seitens der Landesregierung in NRW gibt es seit dem Jahre 2012 erste begrüßenswerte Bemühungen den sozialen Wohnraum wieder stärker zu fördern. Das Wohnraumförderungsprogramm sieht
1515 jährlich eine Investition von 800 Millionen Euro vor. Die Jahre 2012 bis 2015 zeigen jedoch, dass die zur Verfügung stehenden Mittel maximal zu 83,5 Prozent ausgegeben wurden. Aufgrund aktueller Situationen und
1520 der verstärkten Nachfrage nach sozialem Wohnraum sieht die Landesregierung eine Erhöhung der Finanzmittel auf insgesamt 1,1 Milliarden Euro zum nächstmöglichen Zeitpunkt vor. Wir begrüßen diese
1525 Entscheidung. Sie verdeutlicht, dass die Mittel zum jetzigen Zeitpunkt genutzt werden und weiterhin wichtiger Bestandteil der Daseinsvorsorge sein werden.

1530 In unseren Augen gilt es die Wohnraumförderung konsequent umzusetzen und die sozialräumliche Spaltung aufzuheben. Wir fordern, dass die Kommunen bei der Nutzung der Mittel

1535 hinreichend unterstützt werden. Kommunen
mit hohem Förderbedarf sollten auch nicht
genutzte Gelder anderer Kommunen
ausgeben können. Eine Umsetzung der
Wohnraumförderung zu vollen 100 Prozent
1540 muss das Ziel sein. Fraglich ist aber, ob
diese Summe eine echte Wende auf dem
Wohnungsmarkt bewirken kann. Für den
Fall, dass die Investitionen verpuffen und
die Mietpreise hoch bleiben, müssen größere
1545 Anstrengungen unternommen werden. Die
Wende auf dem Wohnungsmarkt muss
Priorität vor niedrigen Steuern und
Haushaltsdisziplin haben.

1550 Im Ruhrgebiet und Gegenden, wo der
Verfall das Hauptproblem ist, muss in
Modernisierung von Wohnraum investiert
werden. In Regionen mit zu geringem
Wohnraum müssen Wohnungen staatlich
1555 gebaut und betrieben werden. Wir stimmen
den ExpertInnenmeinungen zu, die von
einem Wohnraumbedarf von weiteren
400.000 Wohnung bis zum Jahre 2020 in
NRW ausgehen. Diese Zahl setzt sich laut
1560 NRW Bank aus 120.000 Wohnungen für
Zugewanderte und 280.000 Wohnungen
aufgrund allgemeiner
Bevölkerungsentwicklung zusammen. Diese
gilt es im bezahlbaren Preissegment durch
1565 die Umsetzung von mietpreisgebundenen
Wohnräumen umzusetzen.

Zudem muss eine fortschreitende
Segregation aufgrund einseitiger privater
1570 Investitionen durch strenge Regeln und
staatliche Planungen verhindert werden. Die
„Wohnungsbau-Offensive NRW“ ist aus
diesem Grunde für uns zu unterstützen. Die
Offensive verbindet

1575 staatliche und private Verbände und
Unternehmen und schafft konkrete Aktionen
für einen fortschrittlichen Wohnungsbau in
NRW. Wir fordern, dass Baugenehmigungen
1580 an die Integration von sozialem Wohnraum
in 1A-Lagen gebunden werden. Außerdem
muss es eine Belegungsbindung für
öffentlich gefördertes soziales Wohnen

1585 geben. Genossenschaftlich organisierte
Wohnungsunternehmen, die zur
Verbesserung des Wohnungsmarktes
beitragen, sind zu fördern.

1590 Nachhaltige Ver- und Entsorgung:
Integrierte Planung der Kommunen,
Fairsorgung durch starke Stadtwerke

1595 Umweltzerstörung, Luftverschmutzung, der
Klimawandel, unsichere Importstrukturen
und wirtschaftliche Zwänge stellen unsere
Gesellschaft vor große Herausforderungen.
Die bisherigen Lösungsansätze
konzentrieren sich vor allem auf
Dekarbonisierung und die Nutzung lokaler
1600 Ressourcen. Vielen schwebt das Ideal der
Smart Cities and Communities vor. Der
dafür notwendige integrierte Ansatz wird
jedoch ebenso außer Acht gelassen, wie
Effekte auf den Arbeitsmarkt.

1605 Problemstellung

1610 Die Probleme sind miteinander verbunden,
aber den Energie- und Ressourcenpolitiken
der letzten zwei Jahrzehnte fehlt die
Vernetzung. Die großen Zusammenhänge
wurden außer Acht gelassen. Mehr oder
weniger unabhängig voneinander wurden
der Energiemarkt liberalisiert, das
1615 Kreislaufdenken in der Abfallwirtschaft
eingeführt, Gebäude effizienter gemacht und
erneuerbare Energien gefördert. So wurden
erneuerbare Ressourcen ohne Rücksicht auf
intelligente Vernetzung immer weiter
1620 ausgebaut und Ressourcenströme sind neben
einander hergelaufen.

1625 Lösungsansätze: Smart Cities und starke
Stadtwerke

Wir brauchen endlich eine Politik, die auf
eine integrierte Kreislaufwirtschaft
hinausläuft. Auf der europäischen Ebene
haben solche Ansätze in den vergangenen
1630 Monaten Gewicht bekommen: Die
niederländische Ratspräsidentschaft setzt auf
eine Urban Agenda für Smart Cities und z.B.

die Heating and Cooling Strategy der Europäischen Kommission. Beide
1635 identifizieren Städte und Kommunen als zentrale AkteurInnen in der Planung und Schaffung zukunftsfähiger, nachhaltiger und integrierter Ver- und Entsorgungssysteme. Verbunden werden nicht nur Energie-,
1640 Wasser- und Wärmeversorgung sowie Abfallkreisläufe, sondern auch Verkehrs- und Kommunikationsnetze. Konkret braucht es eine Politik, die erstens der Kommunalpolitik Mittel zur umfassenden integrierten Stadtplanung zur Verfügung
1645 stellt und zweitens Stadtwerke politisch stärkt, damit sie die umfassenden regionalen Ver- und Entsorgungsprozesse sozial gerecht erfüllen können.

1650

I. Integrierte Stadtplanung

Die Komplexität des heutigen Systems liegt in den Zusammenhängen. Die Möglichkeit
1655 der Nutzung von Reststoffen als Rohstoffe funktioniert nur, wenn Sammlung und Bedarf aufeinander abgestimmt sind. Zeitgleich hängt die Effizienz der Energieversorgung von einer korrekten Bedarfsplanung ab. In einem integrierten System können z.B. Bioreststoffe zu Biogas
1660 verwertet werden, das dann beispielsweise genutzt wird, um den ÖPNV zu dekarbonisieren. Oder Erneuerbare Elektrizität kann genutzt werden um zum
1665 Beispiel Aluöfen zu heizen. Deren Restwärme kann wiederum genutzt werden um einen energieeffizienten Gebäudebestand zu versorgen. Damit diese Systemintegration gelingt, ist gewissenhafte Planung
1670 erforderlich. Viele Kommunen haben bereits Erfahrung in einzelnen Planungsschritten und es bestehen gute Beispiele. Insgesamt fehlt es jedoch sowohl generell am nötigen Know-How, als auch am Austausch
1675 zwischen den AkteurInnen. Deswegen fordern wir die stärkere Vernetzung und Nutzung bestehender Plattformen und die Entwicklung und Weitergabe von
1680 Toolboxes, die die Kommunen an ihre

jeweilige Situation anpassen können.

II. Fairsorgung durch Stadtwerke

1685

Die Stadtwerke sind ein großes Erfolgsmodell einer sicheren und preiswerten öffentlichen Daseinsvorsorge – im Besitz der regionalen Städte und

1690

Gemeinden. Für garantiert sauberes Wasser, preiswerte Elektrizität, Gas und Fernwärme sind kommunale Versorgungsunternehmen vielerorts ein Garant. Wo Qualität und öffentliche Kontrolle durch (Teil-

1695

)Privatisierungen eingeschränkt wurden, sind Fehler häufig wieder korrigiert worden: Rekommunalisierungen und sogar Stadtwerke-Neugründungen standen in den letzten Jahren vielfach auf der

1700

Tagesordnung. Für uns als NRWSPD ist das eine positive Entwicklung. Wir sehen Stadtwerke und andere kommunale Unternehmen als Vorreiterinnen und Pionierinnen für den Wandel zu einer

1705

(digital-)industrialisierten, aber gleichzeitig treibhausgasneutralen Kreislaufwirtschaft.

Durch ihre hervorgehobene Stellung vor Ort könnten sie schon heute – mit begrenztem Risiko – in die Geschäftsfelder von Morgen

1710

investieren. Wir setzen uns dafür ein, dass durch Subventionen, steuerliche Förderungen und Know-how-Förderungen sowie zinsfreie öffentliche Kredite Investitionen in die kommunale Ver- und

1715

Entsorgung massiv gestärkt werden.

Kultur für alle – Eckpunkte einer progressiven Kulturpolitik

1720

Kultur – die Auseinandersetzung mit ihr, der persönliche Schaffensprozess und die kritische Rezeption – ist Bereicherung für den Menschen. In den aktuellen Entwicklungen nimmt die Kultur aber

1725

keinen angemessenen Stellenwert mehr ein: Unterfinanzierte Kommunen sind dazu gezwungen, ihre „freiwilligen Leistungen“ massiv zurückzufahren. Besonders

Kultureinrichtungen sind freiwillige

1730

Leistungen innerhalb einer Kommune und

werden oft als erstes weggekürzt. Die strukturelle Vernachlässigung der kulturellen Bildung führt jedoch erst zur Prekarisierung der Arbeitsverhältnisse im Kulturbereich und dann zum Aussterben jeglichen kulturellen Lebens.

Oft wird behauptet, dass Kultur etwas sei, das außerhalb der sozialen Frage liege. Das ist falsch. In der Geschichte der ArbeiterInnenbewegung war die Kultur immer wieder ein relevanter Streitpunkt. Kultur sollte als Möglichkeit der Selbstreflexion, die gesellschaftliche

Entwicklungen bedingt, allen offen stehen. Die emanzipatorische Wirkung von Kultur für die proletarische Bewegung war für sie stets auch gesellschaftlicher Impuls.

Kultur – eine elementare Aufgabe des Staates

Aufgabe des Staates ist es, Kultur zu schützen und zu fördern. Durch das föderale System haben die Länder die Hoheit in der Kulturfrage. Dies gilt es finanziell sowie personell zu verstärken. Dennoch ist auch eine bundesweite Abstimmungen in der Kulturförderung notwendig und kann nur durch eine gesamtstaatliche Kommunikation und Koordination in Hand des/der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien erfolgen.

Die Mittelvergabe an Kulturschaffende und einzelne Kunstprojekte muss transparent und nachvollziehbar ablaufen. Auch muss den Kulturschaffenden die Bürokratie möglichst abgenommen werden. Staatliche Kulturförderung muss primär aktivierend und zugleich subsidiär sein. Kommunen sind als erste Anlaufstellen für Kulturschaffende mit ausreichend Mitteln auszustatten. Bei landes- oder bundesweiter Bedeutung von Kulturprojekten sehen wir aber auch die Länder und den Bund in der Pflicht.

Die Finanzierung der staatlichen

1780 Kulturförderung soll unter anderem durch
eine am Steuersystem orientierte
Kulturförderabgabe gesichert werden. Die
Form eines pauschalen Beitrages für Teile
der Kultur (beispielsweise den
1785 Rundfunkbeitrag in seiner jetzigen
Ausgestaltung) lehnen wir ab.

Dieser kooperative Kulturföderalismus muss
durch Kulturfördergesetze abgestimmt
1790 werden. Diese Gesetze sollen aber keine
statischen Pläne mit dem Ziel der
Verwertbarkeit von Ergebnissen sein,
sondern den Kulturschaffenden
Planungssicherheit geben. Es braucht
1795 daneben langfristige
Kulturentwicklungspläne. Kulturförderung
kann aber nicht in der Form von Top-Down-
Projekten geschehen. Sie muss vielmehr aus
der künstlerischen Praxis durch
1800 Selbstverwaltungsstrukturen geschehen.

Die Forderung nach Kultur für alle bedeutet,
dass der Staat die Voraussetzungen dafür
schaffen muss, dass alle in der Lage sind
1805 Kultur zu erfahren aber auch die zeitlichen
wie örtlichen Freiräume haben, um Kultur
zu schaffen. Wir fordern deshalb, dass alle
ArbeitnehmerInnen in einem angemessen
Maße für kulturellen Bildungsurlaub von der
1810 Erwerbsarbeit freigestellt werden.

Um die Möglichkeit kultureller Teilhabe zu
erhöhen, müssen insbesondere auch
öffentliche also nicht-kommerzielle
1815 kulturelle Einrichtungen flächendeckend und
bedarfsgerecht vorhanden und ausfinanziert
sein. Auf dem Weg zur kostenfreien
Partizipation an Kultur werden wir einen
eintrittsfreien Tag pro Monat für alle
1820 Kulturstätten des Landes NRW einführen.
Dieser Tag soll es jedem Menschen
unabhängig vom Einkommen ermöglichen
an Kultur zu partizipieren.

1825 Kultur – eine schutzwürdige Errungenschaft

Wesentlicher Bestandteil der Debatte um
den Schutz von Kultur muss die Erinnerung

an die kulturzerstörende
1830 nationalsozialistische Diktatur und den von
ihr entfesselten Zweiten Weltkrieg sein. Das
nationalsozialistische Deutschland hat schon
1933 mit der massiven Vernichtung von
Kulturgütern begonnen und sich auch in
1835 diesem Bereich Verbrechen gegen die
Menschheit schuldig gemacht. Die
Verbrechen der NationalsozialistInnen
mahnen uns alle zur aktiven
Erinnerungskultur und zur Bewahrung der
1840 Geschichten derjenigen, die unter der
Gewaltherrschaft Leid ertragen oder ihr
Leben lassen mussten.

Auch deshalb wollen wir, dass in der Schule
1845 die Kernlehrpläne für künstlerisch-
literarische Fächer, wie z.B. Musik, durch
eine kritische Auseinandersetzung mit
großen Persönlichkeiten und ihren Werken
ergänzt werden. Hierzu muss nicht nur die
1850 von Kunstwerk oder KünstlerIn gewollte
Wirkung betrachtet werden, sondern auch
nicht erwartete oder sogar unerwünschte
Nebenwirkungen. Eine solche Ergänzung
könnte erfolgen, indem sowohl
1855 zeitgenössische als auch moderne Musik,
Kunst, Literatur sowie andere mögliche
Kunstformen, die Hintergründe aufweisen
oder Inhalte transportieren, die kritisch von
der Gesellschaft betrachtet werden, im
1860 Unterricht behandelt werden.

Es ist Aufgabe des Staates, dass die Freiheit
der Kultur durch ihn gesichert ist. Zugleich
muss sie aber auch vor ihm gesichert sein.
1865 Zensur in jeder Form lehnen wir ab. Auch
bedürfen Kulturschaffende des besonderen
Schutzes durch den und vor dem Staat.
Dabei ist für uns jedoch eine Grenze
erreicht, wenn Kultur dazu verwendet wird,
1870 demokratiefeindliche Inhalte zu verbreiten.

Die Freiheit der Kultur wollen wir auch
durch die Entkriminalisierung von
Straßenkunst sichern. Das bedeutet auch,
1875 dass für uns beispielsweise das Sprühen von
Graffiti keine Sachbeschädigung darstellt.
Der Raum zur öffentlichen Entfaltung des

1880 künstlerischen Begehrens muss auch StraßenkünstlerInnen eingeräumt werden, solange sie dafür lediglich öffentliches Eigentum verwenden, das nicht in seiner Funktionsfähigkeit eingeschränkt wird.

1885 Daneben wollen wir aber auch das UrheberInnenrecht von Kulturschaffenden schützen. Jedenfalls für jedwede kommerzielle Verwertung von Kultur muss den Schaffenden eine angemessen Vergütung gezahlt werden. Aber auch durch
1890 den Erhalt der ermäßigten Mehrwertsteuer für kulturelle Güter wollen wir ihre Vielfalt absichern. Diese ermäßigte Mehrwertsteuer gilt es auf digitale kulturelle Angebote auszuweiten.

1895 Kultur – ein Bestandteil kapitalistischer Erwerbsarbeit

1900 Die sozialistische Bewegung war, ist und bleibt stets eine Bewegung der Arbeit – auch der künstlerischen und kreativen Arbeit. Viele Kulturschaffende können heute ihren Lebensunterhalt nur durch unsichere Projektfinanzierungen und staatliche
1905 Unterstützungsleistungen bestreiten. Aber auch gänzlich unbezahlte Kulturarbeit ist die Regel. Prekären Beschäftigungsverhältnissen treten wir entgegen. Um diese langfristig zu
1910 verhindern, braucht es eine Festlegung von Honoraruntergrenzen für die verschiedenen Kunstformen.

1915 Wir bekennen uns aber auch zur heutigen Form der KünstlerInnensozialversicherung. Diese Form der solidarischen Finanzierung ist auf Grund der speziellen Lage der Kulturschaffenden gerechtfertigt. Zugleich fordern wir aber die Abschaffung der
1920 Ausnahmen innerhalb der KünstlerInnensozialversicherung beim Kunsthandwerk (beispielsweise für GoldschmiedInnen, InstrumentenbauerInnen, TätowiererInnen).

1925

Kultur als Integrationsaufgabe

- 1930 „Die deutsche Leitkultur ist in Gefahr“, so das Argument vieler Rechter. Doch in Wahrheit ist die Kultur allgemein in Gefahr – durch eine absolute Unterfinanzierung. Gerade auch kulturelle Angebote von und für Menschen mit Flucht- oder
- 1935 Migrationsgeschichte müssen stärker gefördert werden, um so einen Abbau der gesellschaftlichen Vorurteile voranzutreiben. Ein großer Schritt zu einer gelingenden Integration ist es zum Beispiel Geflüchtete
- 1940 in kulturelle Angebote einzubinden, wie etwa in Musikschulen oder Sportvereine. Doch bei beiden bedarf es noch zusätzlicher Hilfe. So muss etwa im Bereich der Sportvereine ein einheitlicher
- 1945 Versicherungsstandard für Geflüchtete ohne Status eingeführt werden, um den Vereinen die Arbeit zu erleichtern. Auf der anderen Seite muss das Angebot interkultureller Förderung für Menschen ohne
- 1950 Fluchtgeschichte zunehmen, um diese zu sensibilisieren.

In Gesundheit investieren!

- 1955 Die Ökonomisierung macht auch vor einem (weiteren) Kernbereich des Sozialstaates nicht halt: der Gesundheitsversorgung. Schneller, effizienter und vor allem billiger muss scheinbar alles bei uns sein, selbst das
- 1960 Genesen. Der Kapitalismus folgt hier seiner eigenen Logik und bringt auch Gesundheitseinrichtungen dazu, sich zunehmend an Kosteneinsparung und Leistungsreduzierung zu orientieren. Dies
- 1965 wird besonders deutlich seitdem die jüngste Gesundheitsreform (2004) durch das GKV-Modernisierungsgesetz in Kraft getreten ist und auch die gesundheitspolitischen Handlungsstrategien sich immer mehr auf
- 1970 einen Rationalisierungskurs durch Regulierungs- und Versorgungsstrukturen konzentrieren. Die Wirtschaftlichkeit steht allem voran: Sei es bei der Entscheidung der Behandlung, der Bezahlung der
- 1975 ArbeitnehmerInnen oder auch beim Trend

- unter den Krankenhäusern sich auf rentable Krankheiten zu spezialisieren. Der Gedanke zieht sich durch alle Entscheidungen im Gesundheitswesen.
- 1980 Zu spüren bekommen diese Entscheidungen die PatientInnen, die sich auf lange Wartezeiten bei Terminen einrichten müssen, unterschiedliche
- 1985 Behandlungsmethoden oder auch ggf. nicht die nötige Aufmerksamkeit durch das Pflegepersonal oder ÄrztInnen bekommen. Zusätzlich kommt im ländlichen Raum, wo die ärztliche Versorgung und der Zugang zu
- 1990 dieser ohnehin Dauerthemen sind, die Problematik, dass Krankenhäuser sich spezialisieren und teilweise nur noch bestimmte Behandlungen anbieten.
- 1995 Allgemeine Krankenhäuser müssen gestärkt werden. Sie sind ein Eckpfeiler der gesundheitlichen Grundversorgung. Die Tendenz, dass Allgemeine Krankenhäuser nur dann eine Überlebenschance haben,
- 2000 wenn sie sich spezialisieren, lehnen wir ab. Darüber hinaus ist die medizinische Grundversorgung durch Erleichterungen zur Bildung von Medizinischen Versorgungszentren (MVZ) zu fördern.
- 2005 Diese ÄrztInnenhäuser sind gerade in Gegenden ohne Krankenhaus eine Möglichkeit, die entsprechende Grundversorgung zu gewährleisten. Hier ist im Besonderen die Rolle der
- 2010 Kassenärztlichen Vereinigung zu hinterfragen, die MVZ aus ideologischen Gründen tendenziell ablehnend gegenübersteht. Es darf keinen Vorrang für Privatpraxen geben!
- 2015 Darüber hinaus ist die Zusammenarbeit kommunaler Krankenhäuser dringend zu fördern. Während die Rhön-AG beispielsweise ein Joint Venture mit IBM
- 2020 eingeht, um im Bereich der digitalen Diagnostik eigene medizintechnische Produkte und Lösungen anzubieten, denken viele kommunale Krankenhäuser nicht über "Medizin 2.0" nach. Es ist geboten, an dieser

2025 Stelle enger zusammen zu arbeiten und mit
Universitäten und Fachhochschulen im
Bereich Medizintechnik voranzuschreiten.

Das System

2030

Seit 2003 wird ein Krankenhausaufenthalt
nicht mehr nach Tagessätzen vergütet,
sondern nach Pauschalen, die sich an
Krankheit der PatientInnen und deren

2035 Schweregrad orientieren. Die Abkehr vom
Kostenerstattungsprinzip hin zu
Fallpauschalen hat dazu geführt, dass in
Krankenhäusern gewinnorientiertes Denken
seinen Einzug gehalten hat und dabei das

2040 Wohl der PatientInnen nicht mehr das
oberste Ziel zu sein scheint. Diese
grundsätzliche Neuausrichtung führt zum
vermehrten Einsatz überflüssiger
Behandlungen, zum Ausbau von Stationen

2045 mit lukrativen Behandlungen und zum
Wegfallen ganzer eigentlich notwendiger
Stationen mit Grundversorgung. Während
die Fallzahlen seit Jahren kontinuierlich
zunehmen, nimmt die Verweildauer im

2050 Krankenhaus kontinuierlich ab. Möglichst
viele Folgeerkrankungen nach der
Einlieferung ins Krankenhaus festzustellen,
bringt einem Krankenhaus höhere Gewinne.

Das führt dazu, dass patientenbezogene
2055 Entscheidungen von einzelwirtschaftlichen
Zielen der Krankenhäuser maßgeblich
bestimmt werden.

Wir benötigen eine kostendeckende
2060 Grundversorgung in allen Krankenhäusern.
Die Spezialisierung von Krankenhäusern
darf nicht weiter ausgebaut werden. Wir
setzen uns daher für die Einführung eines
verpflichtenden Basisleistungskatalogs für
2065 Krankenhäuser ein.

Die Entsolidarisierung durch den derzeitigen
Umbau des Gesundheitswesens in Form der
voranschreitenden Privatisierung von
2070 Krankenhäusern muss gestoppt werden. Nur
öffentliche Krankenhäuser können die
Aufrechterhaltung der sozialen Infrastruktur
und Erhaltung der öffentlichen

2075 Daseinsvorsorge gewährleisten. Daher
fordern wir, dass alle Krankenhäuser
rekommunalisiert werden.

ArbeitnehmerInnen im Gesundheitswesen

2080 Diese Ökonomisierungstendenzen münden
häufig in der Privatisierung ehemals
öffentlicher Einrichtungen. Das führt auch
dazu, dass sich die tatsächlichen
2085 Arbeitsbedingungen der Beschäftigten
verschlechtern. So gibt es eine Tendenz in
privatisierten Krankenhäusern zur
Auflösung von Tarifbindungen, was in aller
Regel einhergeht mit geringeren Löhnen und
höherer Arbeitsbelastung. Aber auch
2090 öffentliche Einrichtungen wenden sich unter
dem vermeintlichen Kostendruck von
Tarifverträgen ab. Das Nutzen-Kosten-
Kalkül setzt sich auch bei den
ArbeitnehmerInnen fort: Zum einen werden
2095 Stellen abgebaut, um verursachende Kosten
für die Krankenhäuser einzustellen, auf der
anderen Seite stehen sowohl ÄrztInnen als
auch das Pflegepersonal in einem ständigen
Interessenkonflikt, indem nicht nur das
2100 Wohl der PatientInnen in den
Entscheidungsprozess der Behandlung
miteinfließt, sondern auch die
Wirtschaftlichkeit für das Krankenhaus
berechnet wird.

2105 Wir müssen die ArbeitnehmerInnen
schützen. Diese sollten nicht gezwungen
sein, nach ökonomischen Aspekten über das
Genesen von PatientInnen zu entscheiden.
2110 Wir fordern, eine gesetzlich vorgeschriebene
Mindestanzahl von PflegerInnen auf den
Stationen nach der Bemessung einer
modernen und aktuellen Pflegepersonal-
Regelung. Wir benötigen eine Tarifbindung
2115 in öffentlichen und auch in privatisierten
Einrichtungen.

Die PatientInnen

2120 Bleibt es bei dieser Entwicklung wird die
frei zugängliche Gesundheitssicherung auf
dem bisherigen Niveau nicht mehr für alle

Bevölkerungsgruppen erreichbar sein. Vor allem ökonomisch benachteiligte Gruppen, bei denen ohnehin ein höheres Erkrankungsrisiko besteht, werden betroffen sein. Bedingt durch den unterschiedlichen Leistungsanspruch der gesetzlich krankenversicherten im Vergleich zu privat krankenversicherten PatientInnen wird die Versorgungsungleichheit weiter verstärkt. Chefarztbehandlung, Einzelzimmer, keine langen Wartezeiten auf Termine, etc. - die bessere Gesundheitsversorgung erhalten diejenigen, die "zahlungskräftiger" sind. Fakt ist, dass nicht jedeR PatientIn das bekommt, was medizinisch möglich ist.

Nach unserem Verständnis von sozialer Gerechtigkeit darf dies nicht der Fall sein. Daher fordern wir die Aufhebung der Zwei-Klassen-Medizin und die Einführung einer gesetzlichen BürgerInnenversicherung. Investitionen in Gesundheit und in das Gesundheitssystem sind unablässig, um der sozial vorherrschenden Ungerechtigkeit entgegenzuwirken. Wir müssen zum einen die Zwei-Klassen-Medizin zurückdrängen, um ökonomisch schwächer Gestellte zu schützen. Zum anderen dürfen wir die ArbeitnehmerInnen mit dem, im momentanen Zustand des Gesundheitssystems, verstärkten Interessenkonflikt zwischen Wirtschaftlichkeit und Wohl der zu Umsorgenden nicht alleine lassen. Dieser Konflikt muss aufgebrochen werden und die Arbeit besser honoriert werden. Das geht für uns nur einher, wenn wir der voranschreitenden Ökonomisierung des Gesundheitswesens entgegentreten und in die Zukunft investieren.

Gesundheit als Thema der Integration

Aufgrund der traumatischen Erfahrungen vor und während der Flucht benötigen viele Geflüchtete psychologische Hilfe. Doch diese ist rar. Wenn hierzu noch Sprachbarrieren kommen, gibt es fast schon keine Möglichkeit mehr schnell und

2175 kostenfrei an einen Therapieplatz zu
gelangen. Hier muss etwas geschehen!
Daher fordern wir einen Ausbau
psychologischer Beratungsstellen mit dem
Schwerpunkt der Beratung von
Geflüchteten. Doch auch andere Menschen
mit Migrationsgeschichte haben oft eine
schwierige Vergangenheit, gerade mit
2180 rassistischen Erfahrungen. Diese
Problematik sollte bei einer Beantragung
einer Therapie ernst genommen und eine
Therapie bezahlt werden. Auch die
Altenpflege wird sich in Zukunft verändern.
2185 Immer mehr ältere Menschen mit
Sprachbarrieren und diversifizierten
kulturellen Hintergründen haben
pflegetechnische Bedürfnisse. Dieser
Umstand sollte in die Ausbildung von
2190 Pflegepersonal einbezogen werden.

Zukunftsinvestitionen - Unsere zentralen
Forderungen:

2195 Generationensolidarität muss das Ziel aller
Zukunftsinvestitionen sein!

Umverteilung durch Zukunftsinvestitionen
mit dem Ziel der Verteilungsgerechtigkeit
2200

Mehreinnahmen möglich machen
(Vermögenssteuer, Erbschaftssteuer,
Finanztransaktionssteuer,
Körperschaftssteuer, Kapitalertragssteuer)
2205 und Steuerflucht aktiv bekämpfen

Schuldenbremse mittelfristig abschaffen und
Spielräume schnellstmöglich nutzen

2210 Fokus der Investitionen MUSS auf den
Kommunen liegen! Die Übernahme der
kommunalen Altschulden in einem
Altschuldenfond des Bundes bleibt für uns
weiterhin eine zentrale Forderung.

2215 Zukunftsinvestitionen sind Investitionen in
Infrastruktur, Bildung und Daseinsvorsorge,
nicht in Renditewünsche privater Hände, wie
es bei ÖPP der Fall ist.

2220

- Jede und jeder muss die Möglichkeit haben, seinen/ihren Alltag mobil gestalten zu können.
- 2225 Schienenfern- und Regionalverkehr gehört nicht in die Hände privater Unternehmen.
- Der ÖPNV, Rad- und Fußwege müssen ausgebaut werden.
- 2230 E-Mobilität muss gefördert werden.
- Mobilitätsansprüche aller Menschen müssen berücksichtigt werden, eine Fokussierung nur auf „berufliches Pendeln“ wird dem nicht gerecht.
- 2235
- Mobilitätskonzepte müssen auch Sicherheits- und Wohlfühlaspekte aufnehmen.
- 2240
- Für uns gilt das Prinzip „Schiene vor Straße“.
- 2245 Langfristig muss Mobilität fahrschein- und kostenlos werden.
- Ein NRW-weites Azubi-Ticket muss her.
- 2250 Verschiedene Verkehrsmittel müssen besser miteinander kombinierbar werden.
- Wir wollen Car-Sharing-Modelle unterstützen.
- 2255
- In der Logistik müssen Binnenschifffahrt und Schienenverkehr gefördert werden.
- Wir brauchen bessere Schnittstellen zwischen den Verkehrswegen in der Logistik.
- 2260
- Gebührenfreiheit im Bildungssystem, inklusive der Meister-Ausbildung
- 2265
- Ausbildung garantieren: Jeder, der eine berufliche Ausbildung machen möchte, soll das auch tun können - gesetzlich garantiert.

- 2270 Existenzsichernde Ausbildungsvergütung:
Die Ausbildung muss Auszubildenden ein
finanziell unabhängiges Leben ermöglichen
- und zwar in allen
Ausbildungsverhältnissen. Auch in
2275 schulischer und außerbetrieblicher
Ausbildung.
- Geflüchtete Kinder, Jugendliche und junge
Erwachsene schnellstmöglich in unser
2280 Bildungssystem integrieren.
- Qualitativ hochwertige Sprachförderung
flächendeckend ausbauen.
- 2285 Finanzielle Sicherheit für Sozial- und
Migrationsberatungen in freier
TrägerInnenschaft.
- Ausreichend guten und günstigen
2290 Wohnraum für alle Menschen! Segregation
und Gentrifizierung entgegenwirken.
- Bedarfsgerechte staatliche Investitionen in
Modernisierung oder Ausbau von
2295 Wohnraum.
- Politische und finanzielle Unterstützung
integrierter Stadtplanung.
- 2300 Stärkung der Stadtwerke und Investitionen
in kommunale Ver- und Entsorgung.
- Aktivierende und subsidiäre staatliche
Kulturförderung.
2305
- Angemessene Freistellung aller
ArbeitnehmerInnen für kulturellen
Bildungsurlaub.
- 2310 Mindestens vier eintrittsfreie Tage in allen
Kulturstätten pro Jahr.
- Prekärer Beschäftigung im Kulturbetrieb
entgegenwirken und Abschaffung der
2315 Ausnahmen innerhalb der
KünstlerInnensozialversicherung.
- Medizinische Grundversorgung in allen

2320 Allgemeinen Krankenhäusern statt Spezial-Krankenhäuser durch Einführung eines Basisleistungskatalogs sowie Förderung von Medizinischen Versorgungszentren statt Privatpraxis-Fetisch.

2325 Für eine Übertragung aller Krankenhäuser in öffentliche Hand.

Aufhebung der Zwei-Klassen-Medizin und Einführung der BürgerInnenversicherung.

2330 Interessenkonflikt zwischen PatientInnenwohl und Wirtschaftlichkeit für Beschäftigte im Gesundheitswesen ausräumen.

2335 Kultur- und sprachensible Pflege fördern.

Zukunftsinvestitionen sind Investitionen in die Zukunft!

Umwelt-, Energie-, Stadtentwicklungs- und Verkehrspolitik

Antragsbereich U/ **Antrag 1**

Ortsverein Bonn-Beuel (Unterbezirk Bonn)

Unterbezirk Bonn

“Schutz der Nachtruhe am Votum Antragskommission Wochenende“

- Landtagsfraktion und Landesregierung Annahme in Fassung der
werden gebeten, das Landesimmissions- Antragskommission
schutzgesetz (LimschG) §9 so zu ändern,
dass am Wochenende in den Nächten von Zeile 1-4 ersetzen durch: Die
5 Freitag auf Samstag und von Samstag auf Landtagsfraktion und Landesregierung
Sonntag die Zeit von 23 bis 7.00 Uhr als Zeit werden gebeten, das
der Nachtruhe festgelegt wird statt von 22 Landesimmissionsschutzgesetz zu ändern.-
bis 6 Uhr. Kommunen sollen die Möglichkeit erhalten,
die Nachtruhe so festzulegen, dass sie den
10 **Begründung:** Anforderungen und dem besonderen
Charakter städtischen Lebens entsprechen.
Die derzeitige Regelung entspricht nicht Dies schließt ein, dass Kommunen in
dem Lebensgefühl der meisten Menschen, bestimmten Stadtteilen die Zeit der
schon gar nicht dem der jungen Generation. Nachtruhe verkürzen können. Dies betrifft
15 Durch die Verdichtung des Arbeitslebens insbesondere die Nächte zu Feiertagen und
werden viele Wünsche und Erwartungen auf an Wochenenden von Freitag auf Samstag
das Wochenende verschoben, das einen und von Samstag auf Sonntag.
anderen, freieren Rhythmus bringen soll.
Die Nachtruhe ab 22 Uhr- im Sommer ist es
20 dank Sommerzeit dann noch taghell - führt
immer wieder zu Konflikten, sei es bei
privaten Festen in Haus und Garten, beim
Rauswurf aus dem Biergarten, beim
Abbruch von Konzerten. Vielleicht könnten
25 durch eine andere Regelung auch
Ordnungsämter, Polizei und Gerichte ein
wenig entlastet werden.
- Der hier vorgetragene maßvolle Vorschlag
30 verlangt keine radikale Wende, könnte aber
dadurch von beiden Seiten Akzeptanz
finden: denen, die mehr von ihrem
Wochenende haben wollen und denen, die
auf ihrer Ruhe bestehen.

Kennzeichnung von Batterien

Votum Antragskommission

Der Landesparteitag der NRWSPD möge Annahme
beschließen, dass jegliche Arten für
Batterien im Handel mit der Angabe der
Kapazität europaweit versehen sein sollten.

5

Begründung:

Wie wir es von Akkumulatoren bereits
kennen, hält es der Unterbezirk
10 Hochsauerlandkreis wichtig und geboten,
dass auch Batterien in Zukunft mit einer
Kennzeichnung der enthaltenen elektrischen
Kapazität versehen werden. Der Hersteller
hätte die angegebene Kapazität bis zum
15 Ende der jetzt schon anzugebenden
Mindesthaltbarkeit sicher zu stellen. Dies ist
im Sinne des Verbrauchers unabdingbar für
einen fairen Handel mit Batterien. Bislang
kann der Kunde nur hoffen, dass eine teurere
20 Batterie auch länger Strom liefern kann als
eine billigere. Eine Gewähr dafür hat er aber
nicht. Fair wäre es, wenn er anhand der
Kapazitätsangabe entscheiden könnte, ob er
eine preiswertige Batterie mit geringerer
25 Kapazität oder eher eine teurere mit höherer
erstehen will.

Darüber hinaus gehen wir davon aus, dass
diese Kennzeichnung durchaus zu einer
30 Belebung des Marktes führen könnte,
ähnlich wie bei den Akkus vor Jahren. Mit
höheren Kapazitäten kann sich der Anbieter
von der Konkurrenz positiv absetzen. Damit
würde die Energiedichte von Batterien
35 steigen und so könnte der Rohstoffverbrauch
gesenkt werden.

**Gleiche Chancen für alle Votum Antragskommission
Flughäfen in NRW!**

NRW ist Luftverkehrsland Nummer 1 – von Annahme in Fassung der
keinem anderen Bundesland starten und Antragskommission
landen so viele Flugzeuge. Kennzeichnend
ist dabei die Vielfältigkeit. Während in Text folgt
5 anderen Bundesländern ein großer Airport
existiert, der nahezu den gesamten
Flugverkehr abwickelt, gibt es bei uns
größere, mittlere und kleine Flughäfen, die
über das ganze Land verteilt sind. Diese
10 Vielfalt ist kein Manko, sondern ein
Gewinn! Sie führt dazu, dass in unserem
großen Bundesland nicht nur ein einziger
Standort vom Wachstum profitiert und die
Lasten gleichmäßig verteilt werden.

15 Wir begrüßen, dass die SPD-geführte
Landesregierung unser Bundesland mit
einem neuen NRW-Luftverkehrskonzept fit
machen wird für die Zukunft. Wichtig ist,
20 jedem Flughafen die Chance zu bieten, sein
Wachstum in der jeweiligen Region und im
Einklang mit den Interessen der
Anwohnerinnen und Anwohner zu
realisieren.

25 Deshalb fordert die NRWSPD:

1. Jeder Flughafen, der internationale Ziele
anfliegt, sollte sich auch "Internationaler
30 Flughafen" nennen dürfen.

2. Im neuen NRW-Luftverkehrskonzept
sollte es keine Hervorhebung einzelner
Flughäfen als "landesbedeutsam" geben.

35

Begründung:

In der Diskussion um das NRW-
Luftverkehrskonzept spielen immer wieder
40 Klassifizierungen eine Rolle. Nicht

nachvollziehbar scheint, warum etwa ein Flughafen sich „International“ nennen darf und ein anderer, der mehr als doppelt so viele Passagiere und nicht weniger internationale Ziele hat, diesen Status nicht erhält. Gleichmaßen ist fraglich, warum eine Einteilung nach „landesbedeutsam“ und - implizit „nicht-landesbedeutsam“ offenbar beibehalten werden soll. Es mag historische Gründe für diese Einteilungen geben, die allerdings in einem modernen dezentralen Luftverkehrskonzept keine Zukunft haben sollten.

*Antragsbereich U/ **Antrag 4***

Unterbezirk Leverkusen

Vergabe von öffentlichen Votum Antragskommission Dienstleistungsaufträgen

Der Unterbezirk Leverkusen fordert die SPD-Landtags- und Bundestagsfraktion auf, die rechtlichen Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass bei Vergaben von öffentlichen Dienstleistungsaufträgen über die Erbringung von Leistungen im öffentlichen Personennahverkehr der Vorrang der Eigenwirtschaftlichkeit abgeschafft wird. Insbesondere sollen sich Landtags- und Bundestagsfraktion für folgende Gesetzesänderung auf Bundes- und Landesebene einsetzen:

1.) Personenbeförderungsgesetz (PBefG)

Auf nationaler Ebene hat die eigenwirtschaftliche Erbringung von Verkehren nach § 8 Abs. 4 i. V. m. § 8a Abs. 1 S. 1 PBefG absoluten Vorrang. Die nach – eigentlich höherrangigem – Europarecht zulässige Direktvergabe an ein kommunales Unternehmen tritt gegenüber der bundesgesetzlichen Regelung faktisch

Annahme in Fassung der Antragskommission

Neufassung: Der SPD-Landesparteitag fordert die SPD-Landtagsfraktion und SPD-Bundestagsfraktion auf, eine Prüfung und Veränderung der einschlägigen Vorschriften, z.B. PBefG des Bundes und/oder ÖPNV G NRW, zu dringen, die kommunale Verkehrsunternehmen in Ihrer Existenz sichert und ein Unterlaufen von Tarif- und Sozialstandards der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Rahmen der Vergabe von Verkehrsleistungen verhindert.

25 zurück.

Stattdessen sollen § 8 Abs. 4 und § 8a Abs. 1
S. 1 PBefG so novelliert werden, dass der
Vorrang der Eigenwirtschaftlichkeit bei der
30 Vergabe öffentlicher Dienstleistungsaufträge
über die Erbringung von Verkehrsleistungen
im öffentlichen Personennahverkehr
abgeschafft wird.

35 2.) Gesetz über den öffentlichen
Personennahverkehr in Nordrhein-Westfalen
(ÖPNVG NRW)

Nach §11a ÖPNVG NRW gewährt das Land
40 den Aufgabenträgern (Städte, Kreise) eine
jährliche Pauschale für den
Ausbildungsverkehr. Der Großteil der
Finanzmittel der auf einen Aufgabenträger
entfallenden Pauschale ist hierbei als
45 Ausgleich zu den Kosten einzusetzen, die
bei der Beförderung von Personen mit
Zeitfahrausweisen des Ausbildungsverkehrs
entstehen und nicht durch entsprechende
Fahrgeldeinnahmen gedeckt werden. Diese
50 Finanzmittel sind an alle im jeweiligen
Gebiet des Aufgabenträgers tätigen
Verkehrsunternehmen weiterzuleiten.

§11a ÖPNVG NRW ist so zu modifizieren,
55 dass die Pauschale – entsprechend der
Regelungen für die Fahrzeugförderung – bei
den Aufgabenträgern verbleibt und nicht
direkt an die Verkehrsunternehmen
weitergeleitet wird. Dadurch soll verhindert
60 werden, dass private Verkehrsunternehmen
bereits mit den Finanzmitteln für den
Ausbildungsverkehr kalkulieren können, um
dann mit eigenwirtschaftlichen Anträgen auf
Übernahme des Liniennetzes kommunaler
65 ÖPNV-Unternehmen diese vom Markt zu
verdrängen.

Begründung:

70 Sowohl der Rat der Stadt Leverkusen als
auch der Kreistag in Bergisch Gladbach
haben im vergangenen Jahr beschlossen,
erneut den Großteil des Busnetzes in

75 Leverkusen und dem Rheinisch-Bergischen
Kreis, das bislang von der Kraftverkehr
Wupper-Sieg AG (Wupsi) betrieb wurde,
über Dezember 2016 erneut direkt an die
Wupsi zu vergeben (die Stadt Leverkusen
und der Rheinisch-Bergische Kreis sind die
80 zuständigen Aufgabenträger und zugleich zu
gleichen Teilen Gesellschafter der Wupsi).
Diese Vergabeabsicht muss europaweit im
Amtsblatt der Europäischen Union bekannt
gegeben werden.

85 Innerhalb einer festgelegten Frist von drei
Monaten hat die neu gegründete
Kraftverkehr Gebrüder Wiedenhoff GmbH
(eine 100%ige Tochter der Kraftverkehr
90 Gebrüder Wiedenhoff GmbH & Co. KG)
einen eigenwirtschaftlichen Antrag auf
Übernahme des kompletten Linienpakets der
Wupsi (78 Buslinien) bei der zuständigen
Genehmigungsbehörde, der
95 Bezirksregierung Köln, gestellt. Die
eigenwirtschaftliche Erbringung der
Verkehrsleistung bedeutet den Verzicht auf
eine gesonderte Zuschussung durch die
Aufgabenträger. Da die eigenwirtschaftliche
100 Erbringung von ÖPNV-Leistungen aufgrund
der Bundesgesetzgebung absoluten Vorrang
hat, besteht generell die reelle Gefahr, dass
private Verkehrsunternehmen mit
entsprechenden eigenwirtschaftlichen
105 Anträgen öffentliche Verkehrsunternehmen
aus dem Markt drängen, so wie in Pforzheim
geschehen. Dort musste ein kommunales
Verkehrsunternehmen abgewickelt werden.
Der Wupsi drohen daher die Insolvenz und
110 der Verlust von 400 Arbeitsplätzen.

Die Wupsi hat heute marktfähige
Kostenstrukturen erreicht und konnte den
Zuschussbedarf der Eigentümer im
115 Vergleich zum Jahr 2002 (vor Beginn der
Restrukturierung) um 50 % reduzieren. So
gewann sie im Jahr 2011 eine
Ausschreibung für die Linien 257/258 gegen
private Konkurrenz. Nach Überzeugung der
120 Stadt Leverkusen und des Rheinisch-
Bergischen Kreises kann das gesamte
Liniennetz der Wupsi jedoch nicht

125 nachhaltig ohne Zuschüsse betrieben
werden. Sofern der Antrag der Firma
Wiedenhoff, die in den vergangenen Jahren
selbst erhebliche Zuschüsse für ihre eigenen
Linien erhalten hat, positiv beschieden wird,
müsste sich das Unternehmen, um nicht
130 dauerhaft Verluste einzufahren, von
defizitären Linien bzw. Umläufen auf
weniger stark nachgefragten Gebieten (teil-)

entbinden lassen. In dem Fall müsste die
Verkehrsleistung europaweit ausgeschrieben
135 werden, da kein kommunales
Verkehrsunternehmen mehr zur Verfügung
stünde. Bei einer solchen Ausschreibung ist
davon auszugehen, dass die Kosten zur
Erbringung der ÖPNV-Leistung für die
140 Aufgabenträger mittel- bis langfristig
(gegenüber der heutigen marktorientierten
Erbringung durch die Wupsi) aufgrund der
Gewinnerzielungsabsicht privater
Unternehmen deutlich steigen werden.

145 Diese drohende Entwicklung zu Lasten der
öffentlichen Daseinsvorsorge muss

verhindert werden!

150 Der SPD-Unterbezirk Leverkusen bekennt
sich zu dem erfolgreichen kommunalen
Unternehmen Wupsi, das die höchste
Kundenzufriedenheit aller Unternehmen im
Verkehrsverbund Rhein-Sieg verzeichnet.
155 Die Einflussnahme und der
Gestaltungsfreiraum der Stadt Leverkusen
auf den regionalen ÖPNV dürfen nicht
verlorengehen!

Quartierspolitik muss breiter und nachhaltiger gestaltet werden **Votum Antragskommission**

- 5 Der Landesparteitag fordert vom Land für die zukünftige Ausstattung einer nachhaltigen Quartiersentwicklung entsprechende finanzielle Mittel bereitzustellen, um die seit vielen Jahren aufgrund der soziodemographischen Bevölkerungsmerkmale in der Abwärtsbewegung befindenden Bereiche zu stoppen. Die bisherige Förderung der Finanzierung der Quartiersentwicklung orientiert sich im Wesentlichen an den Förderzeiträumen der Städtebauförderung und damit auf einen Zeitraum weniger Jahre beschränkt. Doch hier können nur dauerhafte, nachhaltige staatliche Finanzierungsmöglichkeiten die Kommunen in die Lage versetzen, Abhilfe zu schaffen.
- 10 Annahme in Fassung Antragskommission Zeile 14-29 ersetzen durch: Doch hier können nur dauerhafte, nachhaltige staatliche Fördermöglichkeiten des Landes die Kommunen wirksam dabei unterstützen, die Aufgabe der Daseinsvorsorge auf dieser Ebene sozialverantwortlich wahrzunehmen.
- 15 Dies gilt insbesondere auch für die Finanzierung von hauptamtlichen Fachkräften für ein erfolgreiches Quartiers-/Stadtteilmanagement, ohne die die vielen Ehrenamtlichen nur eingeschränkt einzusetzen sind. In diesem Zusammenhang muss das Land die Ausschreibungspraxis für solche Stellen (Sozialarbeiter, Erzieher, Stadtteilmanager usw.) grundsätzlich verändern, indem die Dauer der Arbeitsverträge an die Gesamtlaufzeit der jeweiligen Stadtentwicklungsprojekte (z.B. Soziale Stadt) gebunden wird.
- 20 Dies gilt insbesondere auch für die Finanzierung von Hauptamtliche für ein erfolgreiches Quartiers-/Stadtteilmanagement, ohne die die vielen Ehrenamtlichen nur eingeschränkt einzusetzen sind.
- 25 Vor allem die SPD ist ihrerseits gefordert, baldmöglichst einen erweiterten Handlungsrahmen zu erarbeiten, um hier gegenzusteuern.
- 30 **Begründung:**
- 35 Die Stärkung der Quartiere im ländlichen, wie auch im städtischen Raum führt letztlich zu einer Stärkung des Zusammenhalts und der gesamten Gesellschaftsstruktur in unserem Land. Die Förderung des gesellschaftlichen Zusammenhalts ist einer der Kernanliegen sozialdemokratischer

40 Politik und bringt uns letztlich wieder näher
zu den Menschen. Eine wirksame integrative
und nachhaltige
Quartiersentwicklungspolitik braucht
45 allerdings auch eine entsprechende
finanzielle Ausstattung und eine
Verknüpfung aller Förderprogramme der
Landesregierung. Es kommt darauf an, die
vorhandenen Synergien und Ressourcen zu
verzahnen und koordiniert einzusetzen, die
50 Kompetenzen und Erfahrungen der
Kommunen vor Ort zu nutzen und alle
Akteure zum gemeinsamen Wirken
anzuregen. Auch die finanzielle
Unterstützung des Ehrenamtes sollte hierbei
55 eine große Rolle spielen. In den Quartieren
in unserem Land hat sich gerade im
vergangenen Jahr gezeigt, wie wichtig die
Aktivität von Ehrenamtlichen ist, um alle
Aufgaben des Zusammenhalts zu meistern.
60 Viele tausend Mitbürgerinnen-und
Mitbürger haben geholfen, als geflüchtete
Menschen in den Stätten ankamen. Hierbei
hat sich allerdings auch gezeigt, wie wichtig
eine dauerhafte Koordination der Hilfe von
65 Ehrenamtlichen durch hauptamtliche
Mitarbeiter ist. Die Konzepte zum Quartiers-
, bzw. Stadtteilmanagement z.B. aus der
„Sozialen Stadt“ und die dazugehörigen
hauptamtlichen Stellen bieten hier die
70 idealen Voraussetzungen für eine
zielgerichtete und nachhaltige
Quartiersentwicklung. Allerdings sind die
Umsetzung dieser Konzepte und die
Finanzierung der Stellen immer zeitlich
75 begrenzt. In den vergangenen Jahren hat sich
aber gezeigt, dass man für eine positive
Entwicklung der Quartiere einen langen
Atem braucht und dass sich wirklich
nachhaltige Erfolge oftmals erst nach
80 mehreren Jahren zeigen. Es erscheint daher
unbedingt geboten, insbesondere vor dem
Hintergrund des demografischen Wandels
und der Notwendigkeit einer deutlich
gesteigerten Integrationsarbeit, nachhaltige
85 und dauerhafte Finanzierungsmodelle für die
Quartiersentwicklung und die Ausstattung
mit entsprechenden personellen Kapazitäten
zu finden.

Quartiersentwicklung

Votum Antragskommission

	„Der Landesparteitag begrüßt die Absicht der Landespartei eine vorsorgende Stadtentwicklungs- und Wohnungspolitik in den Vordergrund zu stellen. In den Städten	Annahme in Fassung Antragskommission
5	entscheidet sich, wie die Menschen aufwachsen und alt werden, ob Bürgerinnen und Bürger unterschiedlicher Herkunft zusammenfinden, ob sie sicher und gesund leben und gute Chancen finden.	Einfügen Zeile 63: „Hier sind vor allem Investoren und Kommunen gefordert, mehr zu tun.“
10	Wir Sozialdemokraten stellen uns gegen das Auseinanderdriften in reiche und abgehängte Nachbarschaften innerhalb der Stadtquartiere. Die immer größer werdende	Zeile 82: „altersgerechte Quartiersentwicklung“ ersetzen durch „generationengerechte Quartiersentwicklung“
15	Spreizung der gesellschaftlichen Schere zwischen extrem armen und reichen Nachbarn bildet den Nährboden für all die negativen Folgen, die auch verantwortlich sind für die zunehmenden Übergriffe wie	Zeile 84 einfügen ...aufgefordert, „je nach Zuständigkeit“, nachvollziehbar
20	Diebstähle und Zerstörung.	
25	Deshalb fordert der Landesparteitag von den Verantwortlichen im Land und in den Kommunen dringend Maßnahmen, die ein Auseinanderbrechen des	
30	Miteinanders verhindern. Die SPD als die Partei der sozialen Gerechtigkeit ist hier gefordert. Nur mit einer vielfältigen Förderung ist die Lebensqualität in den sich oft stark negativ entwickelnden Quartieren nachhaltig zu stabilisieren und die allgemeinen Lebensbedingungen zu verbessern.	
35	Vor allem akzeptabler und bezahlbarer Wohnraum sichert die Grundlage einer familienfreundlichen und pluralen Gesellschaft.	
40		

Wir brauchen quartiersbezogen wieder höhere Investitionen in das Wohnumfeld und in lebenswerte Nachbarschaften, um das Zusammenleben von Menschen
45 verschiedenen Alters, verschiedener Herkunft und aus unterschiedlichen sozialen Schichten zu verbessern,

Vordringlich gilt es, schnellstmöglich da für
50 die Schaffung von Wohnraum zu sorgen, wo der Bedarf am höchsten ist. Insbesondere gilt dies für den „sozialen Wohnungsbau“. Auch Nachkriegswohnungen in den Städten müssen auf den heutigen Stand renoviert
55 werden. Dies umfasst Standard (einschließlich barrierefrei) und Größe. Bestehende Hindernisse wie noch vorhandene Baugesetzbuch-Vorschriften müssen angepasst bzw. beseitigt werden.
60 Die Wohnform „Mehrgenerations-Häuser“, wo junge wie ältere Mitbürger gemeinsam leben, hat sich mittlerweile als zukunftsfest herausgestellt.

Der Landesparteitag der SPD fordert Land
65 und Kommunen auf, sich für die Erhaltung eines wohnortnahen Grundversorgungsangebotes und für die Erweiterung des vorhandenen
70 Einkaufsangebotes einzusetzen. Dabei ist der „*kleine Laden an der Ecke*“ und das „*Fachgeschäft im Stadtbezirk*“ sehr wichtig.

Außerdem sind insbesondere die schwieriger
75 werdenden schulischen und sozialen Infrastrukturbedingungen Gründe für wachsendes Unverständnis und Wut in der Bevölkerung vor Ort. Das gesamte gesellschaftliche Leben hat sich stark
80 verändert, hin zu einer älter werdenden Wohnbevölkerung, sodass die Folge lauten muss: Altersgerechte Quartiersentwicklung. Die politisch Handelnden werden aufgefordert, nachvollziehbar sichtbare
85 Missstände klar zu benennen und unverzüglich Maßnahmen folgen zu lassen.

Eine familiengerechte Stadt zeichnet sich auch durch eine umfassende

90 Grundversorgung mit gesundheitlichen
Angeboten aus, dies gilt für die gesamte
Bevölkerung quer durch alle Generationen.
Dazu zählt für uns auch die
95 Gesundheitserziehung in Kindertagesstätten
und Schulen, genauso wie das Angebot an
sportlichen Möglichkeiten auch durch ein
vielfältiges Engagement der Vereine.

Da, wo noch keine Einzelhandels-Konzepte
100 existieren, sollten diese erstellt werden.
Nicht zu vernachlässigen: Der öffentliche
Verkehrsraum muss generell barrierefrei
geplant und nach und nach umgestaltet
werden. Bei allen diesen Maßnahmen sollten
105 die bewährten Strukturen der freien
Wohlfahrtspflege in den quartiersbezogenen
Begegnungszentren sowie anderen
Einrichtungen erhalten und nach
Möglichkeit gestärkt werden.

110 Ein wichtiger und oft unterschätzter Faktor
ist dabei das ehrenamtliche Engagement, das
den Zusammenhalt unserer Gesellschaft
trägt.

115 Dazu sind soziale Anlaufstellen einzurichten
und persönliche Beratung durch zuständige
Verwaltungskräfte sowie von gewählten
Bürgervertretern vor Ort zu organisieren.

120 Für die Menschen in ihren Lebensräumen ist
„Sicherheit“ ein hohes Gut. Deshalb müssen
wir Sozialdemokraten deutlich machen, dass
Sicherheit und Integration keine Gegensätze
125 sind! Jetzt dürfen wir nicht Integration gegen
Sicherheit ausspielen lassen. Wir müssen
beides tun: Integration meistern und
Sicherheit – auch durch mehr Polizeipräsenz
- besser sichtbar machen und hierzu müssen
130 ausreichend Landesmittel verfügbar sein.

Der Gestaltungswille von Politik muss
wieder „spürbar“ werden. Wir müssen dazu
beitragen, dass Politikverdrossenheit und
135 Politikmüdigkeit nicht zunimmt. Eine gute
Quartiersentwicklung, eine
zufriedenstellende Ausstattung in personelle
und monetäre Belange sind für ein gutes

Miteinander von großer Bedeutung.

140 Mangelnde Einflussmöglichkeiten von
öffentlicher Verwaltung und
Sicherheitskräften dürfen sich nicht als
Eindruck in der Bevölkerung verfestigen.

145 Zeitnahe und umfassende Information der
Bevölkerung über Stadtteilmaßnahmen sind
Voraussetzung für das Gelingen auch
„unpopulärer“ Maßnahmen, Teilhabe muss
hier unser Handeln bestimmen.

150 Deshalb muss die SPD massiv in Ideen
investieren, um das Vertrauen in das
sozialdemokratische Versprechen, sich um
eine menschlichere, gerechte und friedliche

155 Gesellschaft zu kümmern, erfolgreich
nachzukommen. Sie sollte auch bzw. gerade
in den Quartieren beweisen, dass die soziale
Gerechtigkeit keine leere Formel, sondern
Auftrag bedeutet, dem sie sich verpflichtet
fühlt.“

160

Dies ist nur durch die Möglichkeit der
Beteiligung aller gesellschaftlichen Gruppen
am täglichen Leben zu erreichen. Land und

165 Kommunen müssen durch geeignete
Konzepte dazu beitragen, dass die Quartiere
demographiefest, inklusiv, kultursensibel
und generationengerecht gestaltet und
erhalten werden.

170 **Begründung:**

Jeder der bewusst und mit offenen Augen
durch sein Quartier geht, das Wohnumfeld
betrachtet, wird feststellen: Es hat sich in

175 den letzten Jahren oder auch Monaten viel
verändert; positive wie negative
Veränderungen. Doch es bleibt unter dem
Strich festzuhalten: Das Positive wird als
normal empfunden, das Negative bleibt als

180 Übel haften, um das sich „die da oben einen
feuchten Kehrriech kümmern“. Sprüche wie:
„Die gewählten Politiker vor Ort sieht man
nur vor Wahlen.“, oder: „Bei den nächsten

185 Wahlen bekommen sie die Quittung.“

Fakt ist: Die Lage in vielen, vor allem in

städtischen Quartieren, wird seit längerer Zeit immer bedrohlicher. Da, wo schon
190 bekannt schwierige Verhältnisse bestehen, ziehen unkontrollierbar und kaum steuerbar durch die europaweite Arbeitnehmer-Freizügigkeit weitere problembehaftete Bürgerinnen und Bürger ein. So
195 vervielfachen sich prekäre Strukturen. Die Zunahme von „Vermüllung“ vor Wohnungen, in Hinterhöfen und an Sammelstellen sowie die „Verdreckung“ von Kinderspielflächen scheinen die
200 Verantwortlichen einfach nicht in den Griff zu kriegen. Es fehlt an Personal und an ausreichenden Haushaltsmitteln, um spürbar oder gar nachhaltig eingreifen zu können.

205 Folge: Die Bürgerinnen und Bürger, die es sich leisten können, verlassen ihr Quartier. Damit einhergehend verlassen aber gleichzeitig auch Menschen ihre Wohngebiete, die bisher für gute
210 Nachbarschaft gestanden haben. Es bleiben weniger Jüngere und es bleiben Ältere, die nicht einfach aufgeben wollen. Und zuziehen wollen Menschen, die wegen fehlender Zukunftsperspektiven in ihren
215 Heimatländern in unser Land kommen oder vor Krieg und Kriegsfolgen fliehen mussten, um für ihre Familien zu schützen. Das bringt vor Ort viel Unverständnis, weil die einheimische Bevölkerung auf dieses
220 vielfältige

„Anderssein“ und „Andersleben“ allein nicht bewältigen kann und leider „von Amtswegen“ keine Hilfe zu erwarten ist. Die
225 Politik hätte die heimische Bevölkerung nicht einfach vor vollendete Tatsachen stellen sollen. Wenn sie von vornherein „in den Veränderungsprozess mit einbezogen“ worden wären, könnte vieles besser
230 umgesetzt werden. So hätten besser verstehen lernen können, dass vieles nicht sofort umgesetzt werden kann sondern reichlich Zeit nötig ist, um ausreichend schulische Hilfen (wegen zu großen Klassen, Inklusion, fehlende Lehrkräfte für
235 Sprachförderung), ausreichende

Kindergarten-Plätze und Betreuungspersonal
sowie ausreichend Begegnungsstätten, wo
sich die alten wie neuen Bewohner
240 gegenseitig kennen- und helfen lernen,
organisiert werden müssen. Die örtlichen
Vereine bemühen sich dankenswerter Weise
effektiv, aber eingeschränkt nach ihren
Möglichkeiten. Doch ohne hauptamtliches,
245 gut ausgebildetes Personal, das helfend zur
Seite steht, geht es mehr schlecht als recht.
Es wurde – so vielfach der Eindruck – ohne
Plan die sich entwickelnden
Strukturveränderungen selbst überlassen.
250 Die notwendigen Infrastrukturmaßnahmen
blieben und bleiben vielfach immer noch
aus. Das alles bringt Frust und Verärgerung.
Nicht zuletzt bei sesshaften
Arbeiterfamilien, Alleinerziehende und
255 speziell gesellschaftlich Zurückgelassene.
Aus diesem Potenzial rekrutieren sich die
sogenannten „Wutbürger“, die sich nicht
ernst genommen fühlen und von der
Gesellschaft nicht wertgeschätzt werden,
260 rechtspopulistisch agieren und wie reife
Früchte von selbsternannten „Heilsbringer“
eingefangen werden und diese folglich dann
auch wählen.

*Antragsbereich U/ **Antrag 7***

Unterbezirk Dortmund

Für sicheres und lohnenswertes Votum Antragskommission Leben am Hellweg - Weiterbau der L663n jetzt!

Die Dortmunder SPD, fordert den Annahme in Fassung der
Landesparteitag, dazu auf sich für den Antragskommission
zeitnahen Weiterbau der Landesstraße
L663n auf den Stadtgebieten von Dortmund, Streichen letzter Satz, Zeilen 8 bis 11
5 Unna und Kamen einzusetzen und dieses
wichtige interkommunale Projekt in der
Prioritätenliste des Landes als
Gesamtprojekt zu favorisieren. Hilfsweise
fordern wir, die Aufnahme dieses

10 Gesamtprojektes in das Wahlprogramm für
die Landtagswahl 2017.

Begründung:

15 Schon seit über 100 Jahren wird eine
Entlastungsstraße für den Hellweg geplant.
Der tägliche Verkehrskollaps in Asseln und
Wickede zeigt, dass unsere Altvorderen mit
sehr viel Weitsicht ans Werk gingen.
20 Zunächst unter der Bezeichnung OWIIIA als
kommunale Straße geplant, sollen die
Probleme mit der Anbindung an das
Straßennetz in Unna durch Übergang der
Planungshoheit an das Land und die
25 Umwandlung in die Landesstraße L663n
beseitigt werden. Dennoch zieht sich die
Planung in die Länge. 1993 besucht dann
eine Delegation aus dem Stadtbezirk den
damaligen NRW-Verkehrsminister Franz-
30 Josef Kniola in Düsseldorf und 1994
beschließt der Unterbezirks-Parteitag den
Weiterbau bis Unna. Im März 1995 wird das
Teilstück bis zur Flughafenstraße
freigegeben, im April 2000 bis zur
35 Asselburgstraße.

Parallel werden in Wickede die Steinbrink-
und die Zeche-Normstraße abgebunden, da
sie der Verlängerung der Start- und
40 Landebahn im Weg sind. Ein
Verkehrsgutachten der Verwaltung kommt
zu dem Schluss, dass die befürchteten
massiven Verkehrsprobleme für Asseln und
Wickede durch ein Tangentenviereck
45 beherrscht werden können. Wichtigste
Spange bei dieser Lösung ist die
weitergebaute L663n mit Anschluss in
Unna! Zwar wird die Flughafenumfahrung
(„Fleischerhaken“) in Rekordzeit gebaut,
50 damit die längere Startbahn zügig in Betrieb
gehen kann, das Tangentenviereck allerdings
ist bis heute unvollendet! Die direkte
Anbindung an den Massener Hellweg lehnt
Unna ab, der kurze Anschluss an die
55 Chaussee (L821) und an die B1 wird wohl
nie realisiert. Der im Nichts endende
Straßenstumpf ist am Flughafen zu sehen
und die Flughafen-Umfahrung windet sich

60 bis heute in engen Kurven (Tempo 30!) um
 die Start- und Landebahn und macht diesen
 Weg zur B1 auch für die vielen Speditionen
 aus dem Gewerbegebiet Wickede-Süd
 äußerst unattraktiv. Als Konsequenz nutzt
 auch der Individualverkehr den Hellweg und
 65 es kommt zu dem befürchteten Kollaps, in
 dem sich auch die mit Millionenaufwand
 „beschleunigte“ Stadtbahn tagtäglich
 zwischen die Autos einreihen muss. Dieser
 Dauerstau ist vor allem der fehlenden L663n
 70 geschuldet! Durch die Nordspange soll nun
 weiterer Verkehr (Westfalenhütte, Hafen
 usw.) auf den Torso geleitet werden und
 damit auch auf den Hellweg! Der Flughafen
 denkt bereits über eine nochmalige
 75 Verlängerung der Startbahn nach, ohne dass
 die Folgen des letzten Ausbau-Schrittes für
 den Verkehr auf dem Boden beseitigt wären.

80 Alle politischen Gremien in Dortmund,
 Unna und Kamen sowie der Landtag des
 Landes Nordrhein-Westfalen haben den
 Weiterbau beschlossen. Mehrere Minister
 waren in den letzten Jahrzehnten zu
 Gesprächen und Inaugenscheinnahmen vor
 85 Ort. Aber statt Weiterbau und
 Wertschöpfung durch Anbindung neuer
 Flächen und besseren Verkehrsfluss
 produziert der L663n-Torso Wartezeiten,
 täglichen Ärger und macht den ÖPNV durch
 90 Verspätungen unattraktiv. Das Einkaufen im
 Ort ist durch die schwierige Überquerung
 der Verkehrsader erschwert, Radfahren bei
 dem hohen Verkehrsaufkommen durch die
 eingleisig verlaufende Stadtbahn im
 95 Straßenraum gefährlich. Das produziert
 weiteren motorisierten Individualverkehr
 und zieht Kaufkraft ab. Die Lebensqualität
 am Hellweg wird durch den starken
 Durchgangsverkehr nachhaltig
 100 beeinträchtigt. Die Bezirksvertretung
 Brackel wird eine
 Geschwindigkeitsreduzierung für den
 Hellweg beschließen.

KV-Anlagen

Votum Antragskommission

- Der Landesparteitag fordert die Landesregierung auf, bei der Errichtung und dem Bestand von Anlagen für den Kombinierten Verkehr (Straße/Schiene) auch die baulichen Maßnahmen zu finanzieren bzw. zu bezuschussen, die notwendig sind, um zusätzliche Belastungen (Lärm, Schadstoffe, Kapazitätsprobleme von Straßen) für die Bürgerinnen und Bürger (Anwohner) zu vermeiden.
- Dazu gehört ausdrücklich auch der Bau von Straßen (Lückenschlüsse) und/oder Brücken.
- Begründung:**
- Durch die Errichtung von Anlagen für den Kombinierten Verkehr (Güterverkehr von der Straße auf die Schiene und umgekehrt) werden die Bürgerinnen und Bürger, die an den Straßen wohnen, die von den LKW zur Erreichung der KV-Anlagen benutzt werden, zusätzlich durch Lärm und Schadstoffe belastet. Darüber hinaus entstehen im Einzelfall Kapazitätsprobleme auf den betroffenen Straßen.
- Auf der anderen Seite werden Bürgerinnen und Bürger entlastet, weil in erheblichen Umfang der Güterverkehr nicht mehr über „ihre“ Straßen durch LKW transportiert wird.
- Hier muss ein Lastenausgleich zwischen beiden Gruppen dadurch erfolgen, dass zusätzliche Maßnahmen (Lärmschutz, Lückenschlüsse zwischen Straßen, direkte Anbindung an Autobahnen/Autobahnzubringer) vom Land bezuschusst werden.

Solidaritätsticket für Geflüchtete Votum Antragskommission

- Die NRWSPD setzt sich dafür ein, dass Geflüchteten ein kostenloses Ticket für den kommunalen ÖPNV zur Verfügung gestellt wird. Dabei muss die Kommune bei der Finanzierung durch Land und Bund entlastet werden.
- 5
- Begründung:**
- 10 Geflüchtete stehen nach ihrer Ankunft in Deutschland vor vielerlei Herausforderungen. Ein sehr direktes ist das der Erreichbarkeit. Denn oftmals müssen Geflüchtete sehr viele Strecken auf sich nehmen, ob zur Unterkunft, Innenstadt,
- 15 Schule, Sprachkurs oder Behörde.
- Privatpersonen und Organisationen haben dieses Problem bereits erkannt und begegnen ihm mit Fahrradsammlungen, Spendentöpfen für Bustickets oder Fahrdiensten. Doch dies kann schließlich nicht die Lösung sein. Auch die staatliche Seite muss reagieren. Derzeit liegt dieses
- 20 Ziel -leider- noch in weiter Ferne. Daher fordern wir schon jetzt einen kostenlosen Zugang zum kommunalen ÖPNV für Geflüchtete.
- 25
- Annahme in Fassung Antragskommission
- Überschrift neu: Bundessozialticket einführen
- Letzten Satz, Zeile 4-6, ersetzen durch: Während das Land ersatzweise eine Anreizfinanzierung über das Sozialticket geschaffen hat, fehlt die ordnungspolitisch richtige Maßnahme seitens des originär zuständigen Bundes: Das Sozial-Ticket sollte im Rahmen des ALG II vom Bund finanziert an arbeitslose Bürgerinnen und Bürger ausgegeben werden.

Schaffung von bezahlbarem Wohnraum/Beseitigung von Planungshindernissen **Votum Antragskommission**

- 5 Vor dem Hintergrund des bereits in der Vergangenheit vorhandenen Mangels an bezahlbarem Wohnraum in den Ballungsgebieten und der nun durch den Zustrom von Flüchtlingen verschärften Situation fordert die NRWSPD die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen, die Mitglieder der SPD im Bundeskabinett, die SPD-Bundestagsfraktion sowie die SPD-Fraktionen in den Kreisen, Städten und Gemeinden in NRW dazu auf, zum Beispiel folgende Maßnahmen umzusetzen.
- 10 Annahme in Fassung Antragskommission
Text folgt
- 15 Auf Bundes- und Landesebene:
- Schaffung von finanziellen Anreizen für Investoren in sozialen Wohnungsbau, in Form von Steuererleichterungen und/oder finanziellen Zuschüssen.
- 20 Auf Landesebene:
- 25 Ausnahmeregelungen vom Landesentwicklungsplan und Regionalplan, um auf lokaler Ebene die Ausweisung neuer Baugebiete zu ermöglichen.
- 30 Auf Kreisebene:
- Ausnahmeregelung für Kommunen, die entgegen bestehender Regional- und Flächennutzungspläne Bauland ausweisen wollen.
- 35 Sollten kreiseigene Wohnungsbaugenossenschaften vorhanden sein, werden diese finanziell in Stand gesetzt, um verstärkt zu bauen

- 40 Auf kommunaler Ebene:
- Verstärkte Planungstätigkeit, um zusätzliche Baugebiete auszuweisen.
- 45 Sollte eine Beteiligung an einer Wohnungsbaugenossenschaft existieren, wird diese finanziell in Stand gesetzt, um verstärkt zu bauen.

*Antragsbereich U/ **Antrag 11***

Unterbezirk in der Städteregion Aachen

Strukturförderprogramm „Rheinisches Revier“

Votum Antragskommission

- Die SPD fordert die Bundes- und Landesregierung dazu auf, ein eigenes Strukturförderprogramm „Rheinisches Revier“ aufzulegen und dieses mit ausreichenden finanziellen Mitteln auszustatten.
- 5
- Leitziele müssen dabei sein, dass den Menschen in unserer Region – insbesondere den in der Braunkohle tätigen Kolleginnen und Kollegen – auch weiterhin genügend gute Arbeitsplatzangeboten werden, um ihren Lebensunterhalt zu bestreiten und ihren Wohlstand erhalten zu können.
- 10
- Weiterhin muss sichergestellt sein, dass für die Menschen und insbesondere den
- 15
- Industriestandort NRW Versorgungssicherheit gewährleistet sein wird und
- 20
- explodierende Energiepreise vermieden werden. Denn zu einer funktionierenden
- 25
- Industrieregion – zu der wir uns ausdrücklich bekennen – gehört auch eine auskömmliche und netzstabile Stromversorgung.

In Stadt und Land: Lebenswerte Heimat vor der Haustür Votum Antragskommission

Stadt und Land - Das Eine NRW

Annahme

5 Die SPD-Regierungspolitik berücksichtigt Stadt und Land gleichermaßen. Zu unserem Selbstverständnis gehört es, unser Land zusammen zu halten und die Bedarfslagen aller Regionen und der dort lebenden Menschen im Blick zu behalten. Trotz regionaler Unterschiede: Wir sind das eine
10 NRW!

15 Stadt und Land haben sich vielfach anders entwickelt. Die klassischen strukturellen Unterschiede verändern sich mit differenzierter Dynamik. Ländliche Räume sind heute auch starke Wirtschaftsstandorte in NRW. „Landflucht“ und Zuzug in die Städte sind Phänomene, die parallel auftreten und auch ländliche Regionen
20 betreffen. Diese demografische Entwicklung erfordert Antworten unserer Politik.

25 Veränderte Strukturen verlangen neue flexible Strategien und Instrumentarien, um Entwicklung zu fördern und Chancen zu sichern. Stadt- und Landentwicklung müssen einheitlich gedacht und situativ flexibel umgesetzt werden.

30 Lebenswerte Heimat in Stadt und Land

35 Lebenswerte Heimat beginnt mit bezahlbarem Wohnen in einem lebenswerten Umfeld. Damit verbinden die Bürgerinnen und Bürger ein Gefühl der Sicherheit, der Ordnung und gepflegter und sauberer Außenanlagen. Diesen Anspruch wollen für

alle Wohnquartiere des Landes realisieren.
Das bedarf der Ergänzung durch sichere
40 Nahversorgung mit allen Dingen des
täglichen Lebens, von der Grundversorgung
mit Lebensmitteln über die soziale-,
kulturelle-, sportliche- und gesundheitliche
Infrastruktur. Hinzukommen müssen
45 Angebote für das lebenslange Lernen von
der Kita bis zur Erwachsenenbildung, die
flächendeckende Breitbandversorgung zur
technologischen Unterstützung digitalisierter
Versorgungsstrukturen und Maßnahmen zur
50 Teilhabe an der Energiewende.

Lebenswerte Heimat braucht Arbeit.
Deshalb kommt es auf eine vitale Wirtschaft
an, die Arbeitsplätze bietet und Wohlstand
55 sichert. Wir wollen die Grundlagen für
wirtschaftlichen Erfolg stärken. Dazu
gehören neben gut ausgebildeten und
qualifizierten Arbeitskräften moderne
verkehrliche Anbindungen an die
60 überörtliche Infrastruktur von Straße,
Schiene und Binnenwasserstraße. Das gilt
insbesondere auch für den ländlichen Raum
und seine „Hidden Champions“. Das gilt aber
nicht nur für die Unternehmen, sondern auch
65 für die Berufspendler und die gesamte
Mobilität der Menschen in den Regionen
unseres Landes.

Lebenswerte Heimat braucht verlässliche
70 Hilfestrukturen. Deshalb kommt
insbesondere den Versorgungsangeboten für
chronisch kranke und behinderte Menschen
sowie hochaltrigen Menschen große
Bedeutung zu, wenn wir den
75 Herausforderungen des demographischen
Wandels in seiner Vielfalt umfassend
gerecht werden wollen. Ärztlich-
medizinische Versorgung und ambulante
wie stationäre Reha- und Pflegeangebote
80 sind in allen Regionen des Landes
verlässlich sicherzustellen.

Diese Elemente sind Voraussetzung für
Chancengleichheit und Lebensqualität in
85 unserer Heimat Nordrhein-Westfalen.

- Dazu gehören neue Konzepte für
- 90 Verlässliche Gesundheitsversorgung und/Pflege, besonders in ländlichen Räumen
- Lebensqualität durch innovative Mobilität in Stadt und Land
- 95 Breitbandausbau auch in der Fläche
- 100 Wohnen in Stadt und Land – „sauberes/attraktives“ Umfeld befriedet, Verwahrlosung verhindern (Durchsetzung von „SOS“: Sicherheit, Ordnung, Sauberkeit)
- Bürgerschaftliches Engagement stärkt soziales Miteinander
- 105 Natur- und Kulturlandschaften erhalten – NRW attraktiv halten, Erholungswert sichern
- 110 Kommunale Kooperationen fördern, Ver- und Entsorgungsstrukturen an die demografische Entwicklung anpassen
- 115 Digitalisierung für Anbindung und Nahversorgung in Stadt und Land nutzen
- Weiterführende Papiere und Beschlüsse der SPD
- 120 „Ländliche Räume sind Zukunftsräume“: Beschluss SPD-Parteikonvent , 05.06.2016
- 125 „Gemeinsam! Heimat beginnt vor der Haustür! Sozialdemokratische Politik für lebenswerte Städte und Gemeinden“: Positionspapier der Querschnittsgruppe „NRW 2030 Gemeinsam“ der SPD-Landtagsfraktion, 2016
- 130 „Gelingende Integration von Flüchtlingen. Ein Integrationsplan für NRW.: Antrag SPD-Landtagsfraktion NRW, 23.02.2016
- 135 „NRW Zweitausend-30: Stark und Gerecht!“ Impulse für Fortschritt, Aufstieg und Zusammenhalt“: Buch SPD-

Landtagsfraktion NRW, 2015

140 „Sozialdemokratische Politik für Ländliche Räume“: Positionspapier der SPD-Bundestagsfraktion, 30.06.2015

145 „Starke Kommunen für ein gerechtes NRW - Kommunalpolitische Leitlinien der NRWSPD“: Beschluss Landesparteirat NRWSPD, 15.02.2014

150 „Vom Acker bis zum Teller – Wertschöpfungskette Landwirtschaft – Lebensmittelproduktion stärken und Verbraucher schützen“: Positionspapier SPD-Landtagsfraktion NRW, 06.06.2013

155 „NRW 2030 - Allianz für Infrastruktur schaffen“: Beschluss Landesparteitag NRWSPD, 29.09.2012

160 „Neue Allianzen von Stadt und Land – Entwicklungsperspektiven ländlicher Räume in NRW“: Positionspapier des Arbeitskreises 16 der SPD-Landtagsfraktion NRW, 16.09.2008

*Antragsbereich U/ **Antrag 13***

Kreisverband Euskirchen

A1-Lücke zügig schließen

Votum Antragskommission

Die NRWSPD bekennt sich zu dem Annahme Lückenschluss der Bundesautobahn A1.

5 Die NRWSPD fordert die SPD-Landtagsfraktion und SPD-geführte Landesregierung auf, den Lückenschluss der A1 mit Nachdruck voran zu treiben.

10 Das Planungsrecht ist zügig zu schaffen und die dafür notwendigen Planungsschritte ohne Verzögerungen vorzunehmen. Dabei soll die Planung so erfolgen, dass die Teilabschnitte

15 Blankenheim-Lommersdorf sowie
Lommersdorf-Kelberg in zeitlich geringem
Abstand voneinander fertig gestellt werden.

Begründung:

20 Der Lückenschluss der A1 ist seit Jahren
und Jahrzehnten in der Diskussion und
Planung. Immer wieder werden neue
ökologische Bedenken vorgetragen. Dem hat
die Landesregierung durch umfangreiche
25 Gutachten und Prüfungen, auch möglicher
Alternativen, ausführlich Rechnung
getragen.

30 Der Lückenschluss ist im neuen
Bundesverkehrswegeplan in der Kategorie
des vordringlichen Bedarfes eingeplant. Das
ist ein gutes Zeichen und zu begrüßen. Die
Entscheidung über das „ob“ des
Lückenschlusses ist damit auch durch die
Bundesregierung gefallen.

35 Die NRWSPD sollte sich deutlich für dieses
für die Region so wichtige
Infrastrukturprojekt aussprechen.

40 Die für die Realisierung notwendigen
Verfahrensschritte sollten zügig und
konsequent betrieben werden. Das
Planungsrecht als notwendige
Voraussetzung der baulichen Realisierung
45 ist schnellstmöglich zu schaffen.

Hierbei sind die erforderlichen
umweltbezogenen Prüfungen vorzunehmen.
Über die gesetzlichen Anforderungen
50 hinausgehende Untersuchungen oder
Anstrengungen sind nicht vorzunehmen.

Resolution zu den neuen UN- Nachhaltigkeitszielen (SDGs) und zur Agenda 2030 in Deutschland und NRW **Votum Antragskommission**

5 Das Forum Eine Welt und der Landesparteitag der NRWSPD begrüßen ausdrücklich den Beschluss der Generalversammlung der Vereinten Nationen zur „Transformation unserer Welt“ (Sustainable Development Goals). Erledigt durch Annahme von U16

10 Mit dem abgesteckten Handlungsrahmen verbindet die Weltgemeinschaft das soziale Anliegen der Armuts- und Hungerbekämpfung mit der Bewahrung unseres Planeten. Für Bundesumweltministerin Barbara Hendricks ist die Entscheidung der UN historisch, denn
15 die 17 Ziele mit ihren 169 Unterzielen gelten universell für alle Länder. Sie können weltweit für bessere Sozialstandards und für ein wesentlich umweltverträgliches
20 Wirtschaften sorgen. Zukunftsfähigkeit kann nur erreicht werden, wenn sowohl die Länder des Südens wie die des Nordens Verantwortung dafür tragen.

25 Eine erfolgreiche Umsetzung der SDGs verlangt ein aktives Engagement auf allen Ebenen. Die NRWSPD wird sich zusammen mit den Gewerkschaften, den Kirchen und Religionsgemeinschaften, Eine-Welt-Gruppen und weiteren NGOs daran
30 beteiligen. Die NRW-Landesregierung, die Kommunen und die Bundesregierung sind aufgefordert, dieses Engagement nachhaltig zu unterstützen. Beispielhaft geht es um

35 folgende Herausforderungen:

Ein vordringliches Anliegen muss es bleiben, extreme Armut und Hunger überall auf der Welt zu beseitigen. Armut „in all
40 ihren Dimensionen“ ist zumindest zu halbieren (vgl. Ziel 1).

Bis 2030 ist ein allgemeiner und gerechter Zugang zu „einwandfreiem und bezahlbarem
45 Trinkwasser für alle“ zu erreichen und die Wasserqualität weltweit zu verbessern (vgl. Ziel 6).

Bis 2030 ist der Anteil erneuerbarer Energien deutlich zu erhöhen, die weltweite Steigerungsrate der Energieeffizienz zu verdoppeln und der allgemeine Zugang zu bezahlbaren, verlässlichen und modernen Energiedienstleistungen zu sichern (vgl. Ziel
50 7).
55

Angestrebt ist bis 2030 „produktive Vollbeschäftigung und menschenwürdige Arbeit für alle Frauen und Männer, einschließlich junger Menschen und Menschen mit Behinderungen, sowie gleiches Entgelt für gleichwertige Arbeit“ zu erreichen. Arbeitsrechte und sichere Arbeitsumgebungen sind für alle
60 Arbeitnehmer zu gewährleisten (vgl. Ziel 8).
65 Über die SDGs hinaus und im Anschluss an die ILO-Kernarbeitsnormen gilt es für einen weltweiten Ausbau von Sozialstaatlichkeit und Mitbestimmung einzutreten.
70

Bis 2030 ist „nach und nach ein über dem nationalen Durchschnitt liegendes Einkommenswachstum der ärmsten 40 Prozent der Bevölkerung“ zu erreichen und Chancengleichheit zu gewährleisten (vgl.
75 Ziel 10).

Alle Formen der Gewalt, illegale Finanz- und Waffenströme sowie Korruption und Bestechung sind überall deutlich zu verringern (vgl. Ziel 16). - Die klare Aussage der Präambel „ohne Frieden kann es keine nachhaltige Entwicklung geben und
80

85 ohne nachhaltige Entwicklung keinen
Frieden“ wird hier jedoch zu wenig
eingelöst. Es fehlen deutlichere
Zielvorgaben zu einer weltweiten,
gradualistisch-schrittweisen Abrüstung.
90 Zugleich gilt es die zivile
Konfliktbearbeitung zu fördern und zu
verstärken.

[http://www.welthungerhilfe.de/
nachhaltigkeitsziele.html](http://www.welthungerhilfe.de/nachhaltigkeitsziele.html)

95 [http://www.welthungerhilfe.de/
fileadmin/user_upload/Themen/
Entwicklungszusammenarbeit/
Gipfeljahr_2015/
Die_SDGs_Agenda_2030_UN.pdf](http://www.welthungerhilfe.de/fileadmin/user_upload/Themen/Entwicklungszusammenarbeit/Gipfeljahr_2015/Die_SDGs_Agenda_2030_UN.pdf)

Antragsbereich U/ Antrag 15

Unterbezirk Steinfurt

Europaweite Mengenreduzierung Votum Antragskommission bei Milch

5	Viele Milchbetriebe sind von der lokalen Molkerei und ihrer Vormachtstellung abhängig. Zudem wird der Preisdruck der Lebensmittelkonzerne durch das Agieren mancher Molkereien noch potenziert. Das führt dazu, dass die Preise für erzeugte Milch bei weitem nicht die Produktionskosten decken. Gerade kleine und mittlere Familienunternehmen sind darauf angewiesen, dass die EU-Politik sich für sie einsetzt, um nicht den Milchabnehmern und dem Einzelhandel schutzlos ausgeliefert zu sein.	Annahme in Fassung Antragskommission Überschrift neu: Milchproduktion zu guten Preisen
10	Die SPD setzt sich für Rahmenbedingungen ein, die weiterhin eine Milchproduktion zu guten Preisen für die Landwirte und verträglich für Tier und Umwelt ermöglichen. Ohne gemeinsame Marktregeln wird dieses nicht gehen. Wir	Neufassung: Die Milchwirtschaft unterliegt zahlreichen Verflechtungen, angefangen von der Weltmarktorientierung über Vermarktungsformen durch Molkereien und großen Handelsunternehmen bis zu industrialisierten Produktionsweisen. Überlagert wird diese Situation durch internationale Konflikte und Sanktionen. Um den aktuellen Verfall des Milchpreises zu begegnen, sind kurzfristige Interventionen unverzichtbar. Die SPD will eine Milchproduktion zu guten Preisen für die Landwirte und verträglich für Tier und Umwelt ermöglichen. Dabei sollen

plädieren daher für eine europaweite bedarfsgerechte und zeitlich befristete Mengenreduzierung. Dabei sollen die Milchviehhalter so viel unternehmerische Freiheit wie möglich erhalten und selbst Verantwortung übernehmen und dafür Sorge tragen, dass in einer Milchmarktkrise überflüssige Mengen erst gar nicht produziert werden.

Antragsbereich U/ **Antrag 16**

Forum Eine Welt

Resolution zu den neuen UN- Nachhaltigkeitszielen (SDGs) und zur Agenda 2030 in Deutschland und NRW

Votum Antragskommission

Das Forum Eine Welt und der Landesparteitag der NRWSPD begrüßen ausdrücklich den Beschluss der Generalversammlung der Vereinten Nationen zur „Transformation unserer Welt“ (Sustainable Development Goals).

Mit dem abgesteckten Handlungsrahmen verbindet die Weltgemeinschaft das soziale Anliegen der Armuts- und Hungerbekämpfung mit der Bewahrung unseres Planeten. Für Bundesumweltministerin Barbara Hendricks ist die Entscheidung der UN historisch, denn die 17 Ziele mit ihren 169 Unterzielen gelten universell für alle Länder. Sie können weltweit für bessere Sozialstandards und für ein wesentlich umweltverträglicheres Wirtschaften sorgen. Zukunftsfähigkeit kann nur erreicht werden, wenn sowohl die Länder des Südens wie die des Nordens Verantwortung dafür tragen.

Eine erfolgreiche Umsetzung der SDGs verlangt ein aktives Engagement auf allen

Ebenen. Die NRWSPD wird sich zusammen mit den Gewerkschaften, den Kirchen und Religionsgemeinschaften, Eine-Welt-Gruppen und weiteren Nichtregierungsorganisationen daran beteiligen. Die NRW Landesregierung, die Kommunen und die Bundesregierung sind aufgefordert, dieses Engagement nachhaltig zu unterstützen. Beispielhaft geht es um folgende Herausforderungen:

Ein vordringliches Anliegen muss es bleiben, extreme Armut und Hunger überall auf der Welt zu beseitigen. Armut „in all ihren Dimensionen“ ist zumindest zu halbieren (vgl. Ziel 1).

Bis 2030 ist ein allgemeiner und gerechter Zugang zu „einwandfreiem und bezahlbarem Trinkwasser für alle“ zu erreichen und die Wasserqualität weltweit zu verbessern (vgl. Ziel 6).

Bis 2030 ist der Anteil erneuerbarer Energien deutlich zu erhöhen, die weltweite Steigerungsrate der Energieeffizienz zu verdoppeln und der allgemeine Zugang zu bezahlbaren, verlässlichen und modernen Energiedienstleistungen zu sichern (vgl. Ziel 7).

Angestrebt ist bis 2030 „produktive Vollbeschäftigung und menschenwürdige Arbeit für alle Frauen und Männer, einschließlich junger Menschen und Menschen mit Behinderungen, sowie gleiches Entgelt für gleichwertige Arbeit“ zu erreichen. Arbeitsrechte und sichere Arbeitsumgebungen sind für alle Arbeitnehmer zu gewährleisten (vgl. Ziel 8). Über die SDGs hinaus und im Anschluss an die Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) gilt es für einen weltweiten Ausbau von Sozialstaatlichkeit und Mitbestimmung einzutreten.

Bis 2030 ist „nach und nach ein über dem nationalen Durchschnitt liegendes Einkommenswachstum der ärmsten 40

- 75 Prozent der Bevölkerung“ zu erreichen und Chancengleichheit zu gewährleisten (vgl. Ziel 10).
- 80 Alle Formen der Gewalt, illegale Finanz- und Waffenströme sowie Korruption und Bestechung sind überall deutlich zu verringern (vgl. Ziel 16). - Die klare Aussage der Präambel „ohne Frieden kann es keine nachhaltige Entwicklung geben und
- 85 ohne nachhaltige Entwicklung keinen Frieden“ wird hier jedoch zu wenig eingelöst. Es fehlen deutlichere Zielvorgaben zu einer weltweiten, gradualistisch-schrittweisen Abrüstung.
- 90 Zugleich gilt es die zivile Konfliktbearbeitung zu fördern und zu verstärken.

*Antragsbereich U/ **Antrag 17***

Unterbezirk Dortmund

Sozialer Wohnungsbau

Votum Antragskommission

- | | | |
|----|---|---|
| | Die Landesregierung wird aufgefordert: | Annahme in Fassung Antragskommission |
| 5 | 1. Bei der Förderung des sozialen Wohnungsbaues durch das Land, ist auf eine wohnungsscharfe Zweckbindung zu verzichten. Stattdessen erfolgt eine Zweckbindung auf die Finanzierungs-/Wirtschaftseinheit. | Umformulierung Absatz eins: Bei der sozialen Wohnraumförderung ist eine Flexibilisierung von Belegungs- und Preisbindung im Bestand gegenüber der bestehenden wohnungsscharfen Bindung zu prüfen. |
| 10 | 2. Die unterschiedlichen Tilgungsnachlässe zur Finanzierung für Wohnungen für Flüchtlinge und für Einheimische sind in den unterschiedlichen 4 Mitniveaus in NRW jeweils zu vereinheitlichen (z. B. in | Absatz zwei und drei streichen |
| 15 | Dortmund –Mietniveau 3- von einem Tilgungsnachlass von 25% für Flüchtlinge und von 15% für Einheimische auf 20% für beide Gruppen). | |
| 20 | 3. Ein geeignetes Fördersystem zur | |

Subventionierung des Grundstückserwerbs –
bzw. Verkaufs zum Zwecke öffentlich
geförderten Wohnungsbaus aufzulegen und
ggf. mit der Einrichtung eines landesweiten
25 Grundstücksfonds zu verknüpfen. Dieses
muss insbesondere in finanzschwachen
Kommunen die Inanspruchnahme
kommunaler Grundstücke für öffentlich
geförderten Wohnungsbau ermöglichen,
30 ohne den Haushaltsausgleich zu gefährden.

Begründung:

Als Gegenleistung für die Landesförderung
35 müssen Investoren, die geförderte
Wohnungen schaffen, Mietpreis- und
Belegungsbindungen eingehen. Diese
Bindungen liegen in der Regel auf den
einzelnen Wohnungen. Bei Mieterwechsel
40 ist immer ein Verfahren für die einzelne
Wohnung und unter Berücksichtigung des
jeweiligen Förderprogrammes
durchzuführen. Dies ist aufwendig und
unflexibel.

45 Deshalb fordern wir, dass eine Belegung
ohne Berücksichtigung der
unterschiedlichen Förderarten und nicht
wohnungsscharf erfolgt, sondern auf die
50 Wirtschaftseinheit bezogen.

Auf dem Dortmunder Wohnungsmarkt zum
Beispiel bezogen, wird das Angebot an
bezahlbarem Wohnraum trotz der
55 gesamtstädtisch ausgeglichenen Situation
immer knapper. Im Teilmarkt des
preiswerten Mietwohnungsbaues muss
inzwischen von einer tendenziell
angespannten Situation gesprochen werden,
60 insbesondere für Einzelpersonen und
Familien mit Kindern. Insofern gilt es
preisgünstigen Wohnraum für alle
Nachfragegruppen zu schaffen. Die
Vereinheitlichung des Tilgungsnachlasses
65 für alle Förderprogramme stellt dabei einen
wichtigen Schritt dar.

Zudem muss ein geeignetes
Förderinstrumentarium geschaffen werden

- 70 um gerade in Kommunen mit hohen
Grundstückspreisen Investitionen in
öffentliche geförderten Wohnungsbau
wieder rentabel zu machen. Dabei sind
Spekulationen auf steigende
- 75 Grundstückspreise bestmöglich
auszuschließen. Neben den Anreizen für
private Investoren muss das
Förderprogramm auch haushalterisch
notleidende Kommunen in die Lage
versetzen, kommunale Grundstücke
kostengünstig für öffentliche geförderte
Wohnungsbauprojekte abzugeben, ohne
dadurch selbst den eigenen
Konsolidierungskurs zu gefährden.

Wirtschafts- und Finanzpolitik

Antragsbereich WF/ **Antrag 1**

Ortsverein Neuss-Süd
(Kreisverband Rhein-Kreis Neuss)

TTIP - TISA - CETA

Votum Antragskommission

5 Der Landesparteitag lehnt die gegenwärtigen Geheimverhandlungen zu TTIP, TISA und CETA ab und fordert unsere Abgeordneten auf Landes-, Bundes- und Europaebene auf, die Abkommen mit unseren nordamerikanischen Partnern offen zu verhandeln und in demokratischer Weise im Bundestag und EU-Parlament frei zu diskutieren.

10

Begründung:

15 Wer eine offene und demokratische Gesellschaft in unserem sozialdemokratischen Sinne verantwortet, kann einen solchen Unfug nicht unterstützen. Unsere abendländischen Werte dürfen nicht für eine neoliberale Wirtschaftspolitik über Bord geworfen und
20 in Geheim-verhandlungen der Kapitalmaximierung Vorrang eingeräumt werden vor Menschen und der Umwelt. Seit wann müssen solche Abkommen überhaupt geheim verhandelt werden, wie verträgt sich
25 das mit traditionellem sozialdemokratischem Selbstverständnis?

Dies bedeutet:

30 Offene Verhandlungen mit freier Aussprache in den Parlamenten

Ein deutliches Nein zu TISA, das in der vorliegenden Fassung inakzeptabel ist

35

Ein kräftiges Ja zur Nachverhandlung von

Votum wird nachgereicht (Parteikonvent am 19.09.2016)

CETA

40 Ein klares Nein zu TTIP in der bislang
geheim verhandelten Fassung

Ein uneingeschränktes Ja zu
Nachbesserungen im Sinne von CETA

45 Die unbedingte Zustimmungspflicht des
Bundestages vor Inkrafttreten irgendwelcher
Bestimmungen.

Antragsbereich WF/Antrag 2

Unterbezirk Köln

**Für die konsequente Umsetzung Votum Antragskommission
eines fairen und nachhaltigen
Welthandels – CETA, TTIP,
TiSA: So nicht!**

In Bezug auf internationale Votum wird nachgereicht (Parteikonvent am
Handelsabkommen wie CETA, TTIP und 19.09.2016)
TiSA fordert die SPD Köln

5 den Beschluss des Parteikonvents vom 20.
September 2014 konsequent einzuhalten,

alle derzeitigen und künftigen
Verhandlungen zu internationalen
10 Handelsabkommen auf die Grundlage von
Demokratie, Gerechtigkeit und
Nachhaltigkeit zu stellen - unter Wahrung
der folgenden roten Linien:

15 Transparenz

Die SPD steht für mehr Demokratie und
Transparenz bei den Verhandlungen
internationaler Handelsabkommen. Dies
20 umfasst einen stetigen und umfassenden
Einblick in die Verhandlungsdokumente
sowie eine stärkere Einbeziehung aller
gesellschaftlich relevanten Akteure,
insbesondere der kommunalen Ebene. Die

25 Einbeziehung in die Verhandlungen muss so
frühzeitig erfolgen, dass die
Gestaltungsfähigkeit gegeben ist.
Regulatorische Kooperationsgremien mit
30 weitgehenden Befugnissen zur Interpretation
der Bestimmungen solcher Abkommen
lehnen wir ab. Sämtliche Abkommen sind so
zu gestalten, dass auch künftige
Generationen die demokratische Freiheit
besitzen, über die Abkommen ganz oder in
35 Teilen neu zu entscheiden.

Wahrung von Standards

40 Die SPD steht dafür, die hohen europäischen
Standards zu Arbeitnehmerrechten,
Gesundheits-, Verbraucher- und
Umweltschutz zu sichern. Der
entsprechende Handlungsspielraum der EU
45 bzw. ihrer Mitgliedstaaten, in bestimmten
Bereichen als notwendig erachtete höhere
Standards und Regulierungen beizubehalten
und insbesondere auch neu einzuführen, darf
nicht eingeschränkt werden. Freihandel darf
50 nicht zum Einfallstor für Lohn- und
Sozialdumping oder zur Verwässerung des
Umwelt- und Verbraucherschutzes werden.

Schutz der kommunalen Daseinsvorsorge

55

Die SPD steht dafür, dass die hohe Qualität
sowie soziale und ökologische Standards im
Bereich der kommunalen Daseinsvorsorge
60 sowie das Recht zur kommunalen
Selbstverwaltung gewahrt werden.

65 Dienstleistungen der kommunalen
Daseinsvorsorge (Energie, Wasser,
öffentlicher Verkehr, sozialer Wohnungsbau
sowie Gesundheits-, Kultur- und
Bildungsdienstleistungen) sind auf
internationaler Ebene nicht
wettbewerbsrelevant, sondern dienen den
70 Bürgerinnen und Bürgern, die über Steuern
und Abgaben für ihre Finanzierung sorgen.
Diesen Bereich nicht mehr abänderbaren
internationalen Wettbewerbsregeln zu

75 unterwerfen, hieße den Souverän (die
Bürgerinnen und Bürger) zu enteignen.

Um dies zu gewährleisten, muss Folgendes
beachtet werden: Der so genannte
80 „Negativlistenansatz“ führt zu
Liberalisierungsverpflichtungen im Bereich
der Daseinsvorsorge und ist daher
abzulehnen. Des Weiteren dürfen
Regelungen zu öffentlichen
85 Ausschreibungen nicht hinter dem Stand des
gerade erst reformierten europäischen
Vergaberechts zurückbleiben. Das betrifft
insbesondere Regeln zur „Inhouse“-Direkt-
Vergabe und interkommunaler
90 Zusammenarbeit sowie Regelungen zur
Auftragsvergabe unter Maßgabe sozialer und
ökologischer Kriterien. Nicht zuletzt müssen
Re-Kommunalisierungen weiterhin möglich
sein. Sogenannte Stillstands- und
Ratchetklauseln lehnen wir daher ab.

95 Keine privaten Schiedsgerichte

Die SPD lehnt Investitions-
100 schutzvorschriften, nach denen im
Konfliktfall unter Ausschluss staatlicher
Gerichtsbarkeit private Schiedsgerichte über
Schadenersatzklagen von Unternehmen
gegen Staaten entscheiden, ab. Wir
105 unterstützen dahingegen den Vorschlag
eines öffentlichen Handelsgerichtshofs.

Fairer und nachhaltiger internationaler
Handel

110 Die SPD steht für einen fairen und
nachhaltigen internationalen Handel.
Bilaterale Handelsabkommen zwischen
Industriestaaten schließen Schwellen- und
115 Entwicklungsländer von den vereinbarten
vorteilhaften Bedingungen aus und
benachteiligen diese daher im
internationalen Wettbewerb. Dies
widerspricht dem Ziel eines fairen und
120 nachhaltigen internationalen Handels. Die
SPD setzt sich daher mit Nachdruck dafür
ein, dass der multilaterale Ansatz im

125 Rahmen der WTO umgesetzt wird und dass
Schwellen- und Entwicklungsländer die
Chance bekommen, ihre
Wettbewerbsvorteile auch zu nutzen.
Bilaterale Handelsabkommen sollten dieses
Ziel mit einschließen und können somit nur
einen ersten Schritt hin zu einer
130 multilateralen Lösung sein.

In Konsequenz dieser Grundhaltung fordern
wir die Ratsfraktion, die Abgeordneten in
Europarlament, im Bundestag und in den
135 Landtagen sowie die sozialdemokratischen
Vertreterinnen und Vertreter in der
Bundesregierung und in den
Landesregierungen auf:

140 den Bürgerantrag auf Ablehnung von TTIP,
CETA und TiSA unter Maßgabe des
vorgegebenen Örtlichkeitsbezugs sowie die
Kampagne „10.000 Kommunen TTIP-frei“
zu unterstützen,

145 CETA und jedes weitere Abkommen, das
nicht die Maßgaben des
Parteikonventsbeschlusses vom 20.
September 2014 erfüllt, abzulehnen,

150 den Stopp von Verhandlungen zu
Abkommen wie TTIP und TiSA zu
veranlassen, solange die oben genannten
Bedingungen nicht erfüllt werden,

155 sich dafür einzusetzen, dass die
Verhandlungen zu internationalen
Handelsabkommen in Zukunft offengelegt
werden und die europäische Bürgerinitiative
160 „Stop TTIP“ zugelassen wird. Abgeordnete,
Parteien und Verbände sind dazu aufgerufen,
solche Entwicklungen auf internationaler
Ebene stärker in der Öffentlichkeit zu
thematisieren.

165 **Begründung:**

Neben der Angleichung technischer Normen
und dem Abbau von Zöllen enthalten
170 internationale Handelsabkommen eine Reihe
von Bestimmungen, die als „Investitions-

oder Wettbewerbshemmnisse“ bezeichnet werden. Hierzu können Arbeitnehmerrechte, Arbeitsschutznormen, Umweltschutznormen, Verbraucher- und Datenschutz zählen. Die in Europa in diesen Bereichen erzielten Normen gehören zum Kernbereich der politischen und kulturellen Errungenschaften der vergangenen 250 Jahre, stehen in enger Beziehung zu den Staatszielen des demokratischen und sozialen Rechtsstaates Bundesrepublik Deutschland und sind daher nicht verhandelbar, sondern müssen im Gegenteil dazu im politischen Raum immer wieder neu gefasst und auch Entwicklungschancen haben.

Darüber hinaus besteht die Gefahr, dass sich durch bilaterale Handelsabkommen die weltweiten Handelsströme zu Ungunsten der Entwicklungsländer verschieben, was langjährigen Anstrengungen zur positiven Entwicklung von Schwellen- und Entwicklungsländern zuwider laufen würde. Dieser Aspekt muss im Rahmen bilateraler Handelsabkommen Rechnung getragen werden.

Nicht zuletzt widerspricht die Geheimhaltung der Verhandlungsdokumente von Abkommen, die weitreichende Auswirkungen auf das Leben der Bürgerinnen und Bürger haben, eklatant demokratischen Prinzipien.

Die Ankündigung von Sigmar Gabriel Ende November 2014, der zufolge die Bundesregierung dem CETA-Abkommen zustimmen müsse, hat in unserer Partei erhebliche Irritationen ausgelöst. Das Verhandlungsergebnis zu CETA ist seit dem 26. September 2014 veröffentlicht. Die im o.a. Parteikonventsbeschluss festgeschriebenen Bedingungen sind allerdings nicht erfüllt (siehe hierzu auch weiter unten). Eine Zustimmung des Europäischen Parlaments und der Bundesregierung mit Stimmen der SPD

220

widerspricht daher dem Willen der Partei.

Zu den oben genannten Punkten im Einzelnen:

225

Transparenz

230

235

240

245

250

255

In der Vergangenheit fanden die Verhandlungen zwischen der Europäischen Kommission und den USA über das Freihandelsabkommen unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt. Nicht einmal alle EU-Abgeordneten haben während der Verhandlungen uneingeschränkten Zugang zu den Dokumenten. Und obwohl Städte und Kommunen direkt betroffen sind, werden die kommunalen Spitzenverbände (Städte- und Gemeindetag, sowie Landkreistag) nicht in die Verhandlungen eingebunden.

Dies widerspricht demokratischen Prinzipien. Die Bürgerinnen und Bürger haben ein Recht darauf, dass Verhandlungen mit so weitreichenden Auswirkungen auf ihr Leben nicht im Verborgenen stattfinden. Es ist inakzeptabel, dass die Öffentlichkeit und die Parlamente bisher ohne Möglichkeiten zur Einflussnahme vor vollendete Tatsachen gestellt werden. Die unlängst und erst nach massiven öffentlichem Druck erfolgte Veröffentlichung von Verhandlungsdokumenten zu TTIP durch die Europäische Kommission ist zwar prinzipiell zu begrüßen, kann aber nur ein erster Schritt auf dem Weg zu mehr Transparenz und Offenheit sein.

260

265

In CETA sind zudem so genannte Regulatorische Kooperationsgremien vorgesehen, welche Regulierungsmaßnahmen auslegen und gegebenenfalls Standards lockern können, was nichts anderes bedeutet, als dass sich die Verhandlungspartner auf ein allgemeines Rahmenabkommen einigen und die Details (z.B. Absenkung der Standards) dann in einem Ausschuss (im Nachhinein) weiterverhandeln. All dies geschieht am Europaparlament vorbei und entzieht sich

270 dadurch jeglicher demokratischen Kontrolle.

Für Vereinbarungen, die derart weitreichend
in die staatliche und kommunale
Regulierungshoheit eingreifen bedarf es
275 jedoch Standards der Transparenz und der
demokratischen Legitimation.
Regulatorische Kooperationsgremien mit
solch weitgehenden Befugnissen lehnen wir
daher ab.

280

Wahrung von Standards

Es muss darauf geachtet werden, dass das
bisherige hohe Schutzniveau der meisten
285 EU-Mitgliedstaaten im Hinblick auf arbeits-
und sozialrechtliche Normen, einschließlich
der Kernarbeitsnormen der ILO, sowie
bezüglich der Standards im Bereich Umwelt
und Verbraucherschutz nicht im Rahmen des
290 Abbaus nichttarifärer Handelshemmnisse
leichtfertig aufgegeben wird. Zweifellos ist
die Vereinheitlichung von bestimmten,
bisher unterschiedlichen technischen
Normen sinnvoll und richtig, da diese für
295 viele Unternehmen hohe Kosten verursachen
können, wenn sie auf einem fremden Markt
tätig werden wollen. Davon abzugrenzen
sind aber Schutzstandards, welche die
Umsetzung bestimmter politischer Ziele
300 beabsichtigen. Gegenseitige
Informationspflichten und die aktuell
diskutierten Pläne zur sog. "regulatorischen
Zusammenarbeit" im Vorfeld von
Gesetzgebungsverfahren dürfen nicht zu
305 einer Art "Mitspracherecht" der USA in der
Gesetzgebung der EU oder ihrer
Mitgliedstaaten führen.

Schutz der kommunalen Daseinsvorsorge

310

Der besondere Schutz der öffentlichen
Daseinsvorsorge darf nicht beeinträchtigt
werden. Marktzugangsverpflichtungen im
Rahmen von Freihandelsabkommen können
315 die Gefahr beinhalten, dass die bisherigen
Aktivitäten kommunaler Einrichtungen oder
Unternehmen z.B. in der Wasserversorgung
oder in den Bereichen des Gesundheits-,

Verkehrs- und Bildungswesens erschwert
320 und unter Privatisierungsdruck geraten. Es
ist somit zu befürchten, befürchten, dass sie
sich negativ auf die Organisationshoheit der
Kommunen und die kommunale
Handlungsautonomie auswirken.

325 Deshalb muss dafür Sorge getragen werden,
dass Dienstleitungen im Rahmen der
Daseinsvorsorge weiterhin zum Wohle der
Allgemeinheit zur Verfügung stehen und
330 nicht Liberalisierungsregelungen
unterworfen werden, die ausschließlich
reinem Wettbewerbsdenken verpflichtet
sind. In diesem Zusammenhang muss auch
die Anwendung von sogenannten
335 Stillstands- und Ratchet-Klauseln verhindert
werden. Durch solche Klauseln könnten
bereits erfolgte Liberalisierungen nicht mehr
verändert bzw. rückgängig gemacht werden.
Stattdessen muss das Gemeinwohl in diesen
340 sensiblen Bereichen weiterhin im
Vordergrund stehen.

In CETA ist erkennbar, dass der Schutz der
kommunalen Daseinsvorsorge nicht
345 ausreichend gewahrt wurde. Hintergrund
hierfür ist insbesondere die Wahl des so
genannten Negativlistenansatzes. Es gibt
zwei Modelle der Liberalisierung: Der
Positivlisten-Ansatz besagt, dass nur die
350 Bereiche der kommunalen Daseinsvorsorge /
des Dienstleistungsbereichs
Liberalisierungsverpflichtungen unterliegen,
die ausdrücklich in eine Liste von
Zugeständnissen aufgenommen wurden.
355 Beim Negativlisten-Ansatz hingegen sind
alle Bereiche von den
Liberalisierungsverpflichtungen des
Abkommens erfasst, die nicht ausdrücklich
ausgenommen sind. Da der Bereich der
360 Daseinsvorsorge in den Ländern weltweit
sehr unterschiedlich organisiert wird und
zudem einem stetigen Wandel unterliegt, ist
es praktisch unmöglich, eine Liste
aufzustellen, die alle Bereich abdeckt. So
365 wurden auch in CETA einige wichtige
Bereiche nicht gelistet (z.B. kommunale
Energieversorgung, Grünflächen,

Friedhofsbetriebe, öffentliche Beleuchtung).

370 CETA enthält weiterhin Stillstands- und
Ratchetklauseln. Diese legen fest, dass nach
Einigung auf einen Status der
Liberalisierung dieser nie wieder
aufgehoben werden darf. Es hat sich in
375 jüngster Vergangenheit gezeigt, dass - aus
guten Gründen - zahlreiche Privatisierungen
öffentlicher Güter wieder in die öffentliche
Hand zurückgeführt wurden. Daher lehnen
wir solche "Endgültigkeitsklauseln" ab.
380 Vielmehr ist zu beanstanden, dass keine
generelle Austrittsklausel formuliert wurde.

Des Weiteren enthält CETA ein
Vergabekapitel, dass wichtige Instrumente
385 der kommunalen Selbstverwaltung wie
„Inhouse“/Direktvergaben, die Möglichkeit
interkommunaler Zusammenarbeit und
soziale/ökologische Kriterien bei der
Auftragsvergabe vermissen lässt.

390

Keine privaten Schiedsgerichte

Unternehmen können vor privaten
Schiedsgerichten gegen politische
395 Entscheidungen und Gesetze von Staaten
Klagen anstrengen und damit politisch
unliebsame Vorhaben zu ihren Gunsten
aushebeln. Private Schiedsgerichte stellen
demnach ein Parallelrechtssystem dar, das
400 grundlegende Prinzipien des Rechtsstaates
unterläuft und Konzerne mächtiger macht
als demokratisch gewählte Regierungen.
Wichtige politische Entscheidungen z.B. der
Sozialpolitik oder der Umweltpolitik
405 könnten auf diese Weise einseitig von
Unternehmensinteressen bestimmt oder
zumindest in unausgewogenem Maß
beeinflusst werden. Dies unterläuft
grundlegenden Prinzipien unserer
410 Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Das
Primat demokratisch legitimierter politischer
Entscheidungen ist unverhandelbar und darf
auch nicht indirekt in Frage gestellt werden.

415 Fairer und nachhaltiger internationaler

Handel

420 Bilaterale Handelsabkommen zwischen
Industriestaaten schließen Schwellen- und
Entwicklungsländer von den vereinbarten
vorteilhaften Bedingungen aus und
benachteiligen diese daher im
internationalen Wettbewerb. Schwellen- und
425 Entwicklungsländer möchten ihre Vorteile
im internationalen Wettbewerb nutzen und
verlangen daher Zugeständnisse von den
Industrienationen, weshalb die
Verhandlungen im Rahmen der WTO
430 derzeit nicht weitergehen. Dies widerspricht
dem Ziel eines fairen und nachhaltigen
internationalen Handels, von dem nicht nur
Industrienationen profitieren.

Antragsbereich WF/ **Antrag 3**

Unterbezirk Solingen

TTIP stoppen – den Platz schaffen Votum Antragskommission für einen gerechten Freihandel!

Die NRWSP fordert die SPD-Fraktion des Landestages NRW, die SPD-Fraktion des Bundestages, die SPD-Fraktion des Europäischen Parlaments, den
5 Landesvorstand der SPD und den Bundesvorstand der SPD auf, die folgenden Grundsätze zu TTIP zu verfolgen:

10 Die SPD lehnt jedes Handelsabkommen ab, welches die Situation der Entwicklungsländer weiter verschlechtert. Sie will nicht Verursacherin weiterer Flüchtlingsströme sein.

15 Die SPD setzt sich mit all ihren Kräften für die Wiederbelebung der WTO ein, um so hunderte bilaterale Abkommen zu verhindern, die den globalen Handel
20 völlig unübersichtlich machen und

Votum wird nachgereicht (Parteikonvent am 19.09.2016)

verteuern.

25 Die SPD lehnt jedes Handelsabkommen
ab, welches Negativlisten vorschreibt.
Stattdessen fordert sie das
Positivverfahren für alle Bereiche, um
ein hoch komplexes
Verhandlungsverfahren, wie das jetzige
30 zwischen den USA und Europa, mit
seinen verschiedenartigen kulturellen
Vorstellungen und Standards
durchführbar zu machen und um
individuelle, einzelstaatliche
Entwicklungswege weiter zu
35 ermöglichen.

40 Die SPD lehnt jede Form privater
Schiedsgerichte ab, und damit jeden
Versuch, den Wirtschaftssektor aus dem
nationalen bzw. europäischen
Rechtsraum auszugliedern. Nationales
und europäisches Recht darf nicht einem
privaten Wirtschaftsrecht unterliegen.

45 Die SPD lehnt Stand-still- und Ratchet-
bzw. Lock-in Klauseln ab, weil es für sie
als moderne, fortschrittliche Partei keine
Vereinbarungen geben kann, die eine
gesellschaftliche und ökonomische
50 Weiterentwicklung verunmöglichen
wollen.

55 Die SPD lehnt den „Regulatorischen
Kooperationsrat“ als Frühwarnsystem
für neue Gesetze und Standards ab.
Dieser Rat überprüft keine
gesellschaftliche, nationale
Gesetzeskonformität, sondern Standards,
die allein die Wirtschaft und ihre
60 Lobbyvertretungen aufstellen und sich
aus den Regeln des Investitionsschutzes
ableiten. Zu überprüfen wäre stattdessen
eine soziale, ökologische, rechtliche,
gesamtwirtschaftliche und internationale
65 Folgenabschätzung.

Die Punkte 3 bis 6 stellen einen Angriff
auf das gesellschaftliche, politische,
rechtliche und wirtschaftliche

70 Selbstverständnis der Bundesrepublik
Deutschland dar. Sie müssen in ihrer
Gesamtheit abgelehnt werden.

Begründung:

75 TTIP stoppen – den Platz schaffen für einen
gerechten Freihandel!

80 In Erwägung, dass durch das
Freihandelsabkommen TTIP

85 die weltweiten Unterschiede zwischen Arm
und Reich – global, national, regional –
zunehmen werden und die kleinen und
mittelständischen Unternehmen i.d.R. nicht
die Gewinner des Freihandels sind,

90 das Vertrauen in die Politik und die
Rechtsstaatlichkeit weiter schwindet und die
Souveränität der EU sowie ihrer
Mitgliedsstaaten beschädigt wird,

95 soziale Standards, ökologische Standards,
technische Standards, die in langen
gesellschaftlichen Auseinandersetzungen
errungen wurden, eingefroren oder wieder
abgebaut werden,

100 alle bekannten, der SPD nahe stehenden
Organisationen, wie der Deutsche
Gewerkschaftsbund, die Friedrich Ebert
Stiftung, die Hans Böckler Stiftung, der
Deutsche Städtetag, viele Gutachten von
unabhängigen Instituten europäischer und
105 amerikanischer Universitäten usw., zu der
einhelligen Meinung gekommen sind, dass
die Auswirkungen von TTIP überwiegend
negativ sind und nur einige wenige
Auftragsgutachten der EU positive Elemente
110 sehen,

115 neuere Enthüllungen von Greenpeace über
die TTIP Verhandlungsführung von Seiten
der EU und den USA den kritischen
Stimmen Recht geben und bisher
gutmeinende Begleiter, wie „Die
Süddeutsche Zeitung“ (Vergleich
Kommentar von dessen Chefredakteur

Heribert Prantl vom 1.Mai 2016 „Realität
120 der TTIP-Verhandlungen übertrifft die
dunklen Ahnungen noch“ sowie Leitartikel
aus „Der Spiegel“ 19/2016 von Michael
Sauga „Der Westen – oder nichts“) nun
125 eindeutig einen Freihandel nach den
Vorstellungen von TTIP ablehnen,

es von den Betreibern dieses Gesetzes ein
eindeutig erkennbares Anliegen ist,
neoliberales Denken, neoliberale
130 Handlungsprinzipien und Strukturen in unser
gesellschaftliches, rechtliches, politisches
und wirtschaftliches System zu
implementieren und unumkehrbar zu
machen,

135 die Leitlinien: Negativlisten,
Investitionsschutz durch private
Schiedsgerichte, regulatorische
Zusammenarbeit durch einen
140 regulatorischen Kooperationsrat aus
Vertretern der EU, den USA und Lobbyisten
sowie Stand-still- und Ratchet-Verfahren als
zusammenwirkendes Ideologiekorsett und
Steuerungsinstrument eingeführt werden
145 sollen.

Gleichwohl wissen Sozialdemokratinnen
und Sozialdemokraten, dass eine
globalisierte Welt mit einem Freihandel, der
150 kein Selbstzweck ist, sondern der Gestaltung
einer gerechten, sozialen Welt mit einer
nachhaltigen Wirtschaft dienen soll, bewusst
gestaltet werden muss. Wozu aber nicht
hunderte bilaterale Handelsverträge
155 notwendig sind, die eine Unzahl
hochbezahlter Wirtschaftskanzleien mit
hochbezahlten Wirtschaftsjuristen
notwendig macht, sondern die Stärkung der
übernationalen UN-Organisation (WTO)
160 erfordert, der auch die Interessen kleiner
Staaten und Entwicklungsländer angemessen
berücksichtigt.

Antragsbereich WF/ **Antrag 4**

Ortsverein Bielefeld-Calvinenfeld
(Unterbezirk Bielefeld)

Verschiebung von CETA

Votum Antragskommission

- Die demokratische Präsidentschaftskandidatin Hillary Clinton hält nach ihrem Buch „Entscheidungen“ Freihandelsverträge nur für sinnvoll, wenn es mehr Arbeitnehmerrechte beiderseits des Atlantiks und eine Stärkung der Gewerkschaften gibt. Zudem lehnt sie private Schiedsgerichte wegen des Missbrauchs ab.
- 5
- 10 Um ein Ausspielen von Freihandelsverträgen zu vermeiden, wird die NRW SPD bis zum Abschluss der Verhandlungen mit den USA über den Bundesrat dafür eintreten, dass die Bundesrepublik
- 15 Deutschland im europäischen Rat und im Bundestag gegen den CETA Vertrag stimmt und nachher nach Überarbeitung neu bewertet.
- Votum wird nachgereicht (Parteikonvent am 19.09.2016)

Antragsbereich WF/ **Antrag 5**

Ortsverein Bielefeld-Calvinenfeld
(Unterbezirk Bielefeld)

**Privatisierung der Sparkassen
und Umwandlung der
Volksbanken in
Kapitalgesellschaften durch
CETA**

Votum Antragskommission

- Verhinderung der Privatisierung der Sparkassen und der Umwandlung der Volksbanken in Kapitalgesellschaften durch CETA durch Änderung der EU Vorbehalts
- 5
- Votum wird nachgereicht (Parteikonvent am 19.09.2016)

im Anhang.

Bisheriger Vertragstext:

10 Finanzdienstleistungen

Die EU behält sich das Recht vor,
Maßnahmen einzuführen oder
aufrechtzuerhalten, die einem Finanzinstitut,
15 bei dem es sich nicht um eine
Zweigniederlassung handelt, auf
diskriminierungsfreier Basis vorschreiben,
bei seiner Niederlassung in einem EU-
Mitgliedstaat eine spezifische Rechtsform
20 anzunehmen.

Neuer Vertragstext:

Finanzdienstleistungen

25

Die EU behält sich folgendes Recht vor.
Finanzinstitute, die mit dem Namen
Sparkasse oder Volksbank am Markt in der
EU tätig sind, dürfen nicht in der
30 Rechtsform einer Kapitalgesellschaft geführt
werden. Sparkassen dürfen ihre Gewinne nur
für gemeinnützige Zwecke und Volksbanken
nur an natürliche Personen ihrer
Genossenschaften ausschütten. Das
35 Regionalprinzip wird bestätigt. Sparkassen
dürfen nur einer Sicherungseinrichtung für
Sparkassen in der EU angehören ohne
eventuell vorhandener Zweigstellen und
Niederlassungen außerhalb der EU.
40 Identisches gilt für Volksbanken
(Volksbanken dürfen nur für Volksbanken
haften). Sparkassen und Volksbanken dürfen
für Wertpapiere und Einlagen bei anderen
Finanzinstituten keine Garantien,
45 Bürgschaften oder Derivate übernehmen.
Sparkassen und Volksbanken unterliegen
nicht den Bestimmungen zum Marktzugang,
der Leistungsbeschreibung, der Investition,
dem Investitionsschutz und der
50 Restrukturierung dieses Vertrages.

**Nein zu den Votum Antragskommission
Freihandelsabkommen TTIP,
CETA und TISA**

Die NRWSPD lehnt derzeit die Votum wird nachgereicht (Parteikonvent am 19.09.2016)
Freihandelsabkommen TTIP, TISA und
CETA ab und fordert alle
5 sozialdemokratischen Mandatsträger auf, im
Europaparlament, im Bundestag und den
Landtagen Deutschlands derzeit gegen diese
Vorhaben zu stimmen.

Begründung:

10 Die Verhandlungen der oben genannten
Freihandelsabkommen und dabei v.a. TTIP
wurden von Anfang in geheimen
Verhandlungen vorbei an Öffentlichkeit und
15 demokratisch legitimierten Gremien geführt.
Gewählte Parlamentarier des EU-Parlaments
können an der Gestaltung von
Freihandelsabkommen nicht mitwirken,
sondern diesen nur zustimmen oder
20 entsprechend ablehnen. Mitgliedern des
Bundestags wird die Information zu den
Verhandlungen systematisch erschwert bis
unmöglich gemacht. Weitgehende
Freihandelsabkommen, die weite Bereiche
25 des Wirtschaftslebens, der Sozialsysteme
und der öffentlichen Daseinsvorsorge
tangieren, müssen jedoch transparent
gestaltet werden. Da v.a. TTIP diesem
Anspruch nicht genügt, ist es für die
30 nationalen Parlamente ein Akt
demokratischer Selbstachtung solchen
Freihandelsabkommen nicht zuzustimmen.

35 Insbesondere TTIP ist ein Misstrauensvotum
gegen die Rechtsstaatlichkeit der
verhandelnden Partner, denn ein zentrales
Vorhaben im Rahmen von TTIP ist die

Schaffung einer Paralleljustiz ISDS (Investor State Dispute Settlement). Vor diesen Schiedsgerichten soll es Investoren ermöglicht werden gegen politische Verträge und Gesetze Klage zu erheben. Investitionen und damit Gewinne sollen vor politischen Entscheidungen geschützt werden. Entgangene Gewinnmöglichkeiten könnten also in Zukunft für Unternehmen Grund genug sein, die Entscheidungen demokratisch legitimierter Entscheidungsträger vor Gericht einzuklagen um auf diesem Weg Schadensersatz zu erhalten. Ein bekanntes Beispiel wäre hier der Atomausstieg in Deutschland. Führt man diesen Gedanken weiter, fesselt sich die Politik in ihren zukünftigen Entscheidungen an die Verhandlungsergebnisse und Vertragsklauseln von Freihandelsabkommen und kann nur noch Entscheidungen treffen, die der Logik dieser Abkommen entsprechen. Schiedsgerichte können letztendlich dazu führen, dass rechtsstaatliche Institutionen unterlaufen werden und Entscheidungsmacht über das Wirtschaftsleben von der Politik zu Großkonzernen verschoben werden.

Globale Freihandelsabkommen bedeuten zudem eine erhebliche Schwächung des Klimaschutzes. Wer Klimaschutz tatsächlich erreichen will, muss die Wirtschaftsprozesse regionalisieren und die Wirtschaftskreisläufe verkleinern. Freihandelsabkommen haben jedoch das Ziel Kostenvorteile und Wettbewerbsprozesse zu globalisieren und Produktionsabläufe immer feiner zu gestalten. Folglich sind immer größere Distanzen zwischen den Produktionsprozessen zu überwinden, die ihrerseits zu Transportkosten und höheren Emissionen führen.

Die Geheimverhandlungen der Freihandelsabkommen sind auch als Misstrauensvotum gegen die Bevölkerung zu sehen, da sie erkennbar in vielen Bereichen am Willen der Bevölkerung

vorbeigehen. Umfragen zeigen, dass sich in Europa regelmäßig Mehrheiten gegen genetisch manipulierte Lebensmittel aussprechen. Dennoch soll der Handel mit solchen Produkten in Zukunft auch in Europa ermöglicht werden. Selbst eine Kennzeichnungspflicht ist z.B. den amerikanischen Verhandlungspartnern zu wider, da sie wissen, dass solche gekennzeichneten Lebensmittel in Europa keine Nachfrage zu erwarten hätten. Andererseits besteht das Risiko, dass die amerikanische Seite die deutlich weniger strengen Regeln der europäischen Kapitalmarktregulierung übernehmen müsste. Freihandelsabkommen haben also nicht die Absicht Regeln zu erschaffen, sondern Regeln zu beseitigen. Strenge europäische Regeln in der Produktsicherheit, im Umweltschutz, bei Arbeitnehmerrechten könnten also im Rahmen solcher Freihandelsabkommen geschwächt werden.

Die öffentliche Daseinsvorsorge liegt in Europa in weiten Teilen, wie der Name schon sagt, in öffentlicher und damit staatlicher Hand. Auch solche Bereiche könnten in Zukunft erzwungen sich dem Wettbewerb mit der Privatwirtschaft unterziehen müssen. Es besteht also Grund zur Annahme, dass die gesamte öffentliche Daseinsvorsorge sich dem Diktat der Märkte unterstellen muss. Ferner würde die Rückübernahme privatisierter Bereiche in die öffentliche Hand verunmöglicht.

Eine weitere Problematik ist darin zu sehen, dass durch die Schaffung großer Freihandelsabkommen und damit großer Freihandelsregionen, der globale Handel noch stärker auf die Staaten des Nordens konzentriert wird und damit Entwicklungschancen ärmerer Länder einschränkt. Angesichts der globalen Ungleichheit und den globalen Flüchtlingsströmen kann niemand wollen, dass Entwicklungsländer ihre leistungstärksten jungen Menschen durch Flucht bzw. Auswanderung in die

wirtschaftlich starken Regionen des Nordens verlieren, da sie in ihrer Heimat keine Perspektive mehr sehen.

- 140 Die Gründe, die gegen die genannten
Abkommen sprechen, sind also zahlreich. Es
wird jedoch regelmäßig behauptet, dass man
ja nicht gegen ein Freihandelsabkommen
sein könne, dass man nicht genau kenne. Da
145 die Verhandlungsergebnisse insbesondere
des TTIP-Abkommens aber von unseren
gewählten Entscheidungsträgern und der
Öffentlichkeit systematisch geheim gehalten
werden, kann die Ablehnung dieser
150 Abkommen nur im Interesse der
Öffentlichkeit und der Politik sein. Eine
solche Ablehnung würde das Signal setzen,
dass in Zukunft Freihandelsabkommen im
Dialog mit Politik und Öffentlichkeit geführt
155 werden und nicht im geschützten Raum
versucht wird Fakten zu schaffen, die das
ökonomische, soziale und politische Leben
der Menschen umkrempeln.

*Antragsbereich WF/ **Antrag 7***

Unterbezirk Bonn

Keine Schuldenbremse in die Votum Antragskommission NRW-Verfassung

- Rechtswissenschaftler werben für ein Überweisung an Programmkommission
Neuverschuldungsverbot auch in der NRWSPD
nordrheinwestfälischen Landesverfassung.
In zwei Rechtsgutachten für die
5 Verfassungsreformkommission des Landtags
– die Anfang März vorgelegt wurden - heißt
es, dass die 2009 im Grundgesetz verankerte
Schuldenbremse vom Land ausgestaltet
werden solle.
10
Der in Deutschland erarbeitete Reichtum
nimmt bei ebenso wachsender Armut
beständig zu. Mittlerweile besitzt allein das
reichste Prozent der Deutschen mehr als 30

15 Prozent des Gesamtvermögens. Spätestens
seit der milliardenschweren
„Bankenrettung“ 2008 ist das neoliberale
Dogma des „Gürtel-enger-Schnallens“ als
ideologischer Kampfbegriff für eine
20 Umverteilung von unten nach oben
aufgeflogen. Die „Politik für die großen
Geschäfte“ ist gescheitert:

25 Erstens hat dieses Dogma die wirtschaftliche
Dauerkrise erst ermöglicht und

zweitens richtet sich diese Politik gegen
positive Möglichkeiten der Verbesserung der
Lebensbedingungen der Bevölkerung und ist
30 daher längst in eine Legitimationskrise
geraten.

Mit der „Schuldenbremse“ soll wesentlich
verschleiert werden, dass die vermeintliche

35 "Schuldenkrise" der öffentlichen Haushalte
eine hausgemachte Einnahmekrise durch die
Steuergeschenke an wenige Reiche in der
Bevölkerung, Konzerne und Banken ist.
40 Dagegen ist die Perspektive und das Wirken
für eine sozialprogressive und solidarische
Entwicklung in allen Bereichen des Lebens
dringende Aufgabe der Zeit, auch gegen eine
reaktionäre Beantwortung der Krise durch
45 Rechtsextreme und aufgehetzte Wutbürger.

In Deutschland, Griechenland und überall ist
die Schuldenbremse als Zivilisationsbremse
zu lösen: Bildung für die Entwicklung
50 mündiger Persönlichkeiten, Museen,
Theater, Bibliotheken, Jugendzentren als
Grundnahrungsmittel einer lebendigen
Demokratie, eine menschenwürdige
Gesundheitsversorgung in ausreichend
55 finanzierten Krankenhäusern, sozialer
Wohnungsbau, ein bezahlbarer öffentlicher
Nahverkehr müssen ausgebaut werden bzw.
auf ihrem bisherigen Niveau erhalten
werden, statt dass die Qualität dieser
60 Einrichtungen und Bereiche kaputtgekürzt
wird.

Der Parteitag der Bonner SPD spricht sich

- 65 gegen die Aufnahme einer Schuldenbremse
in die NRW-Verfassung aus. Stattdessen
wirkt die SPD auf allen Ebenen für mehr
Einnahmen, u.a. durch:
- 70 - Die Erhöhung der Einkommenssteuer für
Gutverdienende
- Wiedereinführung der Vermögenssteuer als
Umverteilungsinstrument
- 75 - Anhebung der Erbschaftssteuer für große
Vermögen
- Erhöhung der Körperschaftssteuer für
Kapitalgesellschaften auf das Niveau von
80 2008 (25 %)

*Antragsbereich WF/ **Antrag 8***

Unterbezirk Bonn

Schluss mit der Votum Antragskommission Steuerverschwendung durch ÖPP (Öffentlich-Private Partnerschaften zur Finanzierung öffentlicher Investitionen)

- Seit vielen Jahren herrscht in Deutschland Überweisung an SPD-Parteivorstand zur
breite Übereinstimmung, dass Bund, Länder Erarbeitung Wahlprogramm 2017 und
und Kommunen mehr Geld in die öffentliche Programmkommission NRWSPD
Infrastruktur investieren müssen.
- 5 Diese Auffassung geht vom Institut der
deutschen Wirtschaft bis zur IG Metall und
wird von den meisten
Wirtschaftsforschungsinstituten geteilt. Alle
10 wissen, was getan werden muss, aber
tatsächlich wird viel zu wenig getan. Die in
der Koalitionsvereinbarung auf
Bundesebene verabredete Erhöhung
öffentlicher Investitionen ist richtig, aber
15 viel zu gering, um dem gerecht zu werden,

was notwendig ist.

20 Zu geringe Einnahmen und das kommende
Verbot der Kreditaufnahme für öffentliche
Investitionen durch die „Schuldenbremse“
bringen viele Länder und Kommunen in eine
Zwangslage: Die Mittel für Investitionen
25 sinken statt zu steigen. In den zehn Jahren
von 2002 bis 2011 haben die Kommunen in
Nordrhein-Westfalen ihre Investitionen um
fast zwei Drittel verringert, von etwa 3,2
Milliarden Euro auf etwa 1,2 Milliarden
Euro.

30 Diese Situation nutzen Wirtschaftsverbände,
Versicherungen und Hedgefonds für einen
neuen Werbefeldzug für sogenannte ÖPP-
Projekte. Damit soll, so wird behauptet,
35 privates Geld für öffentliche Investitionen
mobilisiert werden. Tatsächlich handelt es
sich dabei um eine besondere Form der
Privatisierung öffentlicher Aufgaben mit
staatlicher Gewinngarantie für private
40 Investoren.

Der Bundesverkehrsminister hat
angekündigt, in Zukunft den Bau weiterer
Bundesautobahnen nach diesem Modell zu
45 finanzieren. Der Bundeswirtschaftsminister
hat eine Arbeitsgruppe eingesetzt, die
Vorschläge für neue Formen der
Finanzierung öffentlicher Infrastruktur
vorlegen soll.

50 Unabhängig von der rechtlichen und
organisatorischen Struktur führt die
Finanzierung öffentlicher
Infrastrukturprojekte durch „Öffentlich-
55 Private Partnerschaften“ dazu, dass dem
Staat, also den Steuerzahlern, höhere Kosten
entstehen als wenn der Staat die Projekte
selber finanziert und durchführt.

60 Die SPD lehnt diese Steuerverschwendung
ab und sieht sich in dieser Haltung bestätigt
durch Feststellungen mehrerer
Rechnungshöfe.

65 Der Bundesrechnungshof hat in einem

70 „Bericht an den Haushaltsausschuss des
Deutschen Bundestags über Öffentlich
Private Partnerschaften als
Beschaffungsvariante im
Bundesfernstraßenbau“ vom 4. Juni 2014
festgestellt:

75 „...haben Berechnungen des
Bundesrechnungshofs zu fünf der sechs
bereits vergebenen ÖPP-Projekte ergeben,
dass allein diese um insgesamt über 1,9
Milliarden Euro teurer sind, als es eine
konventionelle Realisierung gewesen wäre.
80 Auch gesamtwirtschaftliche Nutzeneffekte
der ÖPP-Variante, auf die sich das
Bundesministerium für Verkehr und digitale
Infrastruktur beruft, können diese
Kostennachteile nicht ausgleichen. Der
Bundesrechnungshof ist der Auffassung,
85 dass die bisherigen ÖPP-Projekte
unwirtschaftlich sind.“

90 Diese Feststellung ist nicht überraschend:
Die Kosten des privat finanzierten Baus
öffentlicher Infrastruktur müssen höher sein,
weil private Unternehmen am Kapitalmarkt
höhere Zinsen bezahlen und weil sie mit
dem Projekt Gewinne erwirtschaften
müssen. Das kann auch durch
95 möglicherweise bessere Planung und
Durchführung nicht ausgeglichen werden.

100 Die dringend notwendigen Investitionen in
die öffentliche Infrastruktur müssen so
finanziert werden, dass Steuergelder so
effektiv wie möglich eingesetzt werden.
Dafür brauchen Bund, Länder und
Gemeinden ausreichende Einnahmen und
105 die Möglichkeit, Investitionen mit Krediten
zu finanzieren, wie das aus gutem Grunde
jahrzehntelange Praxis in Deutschland war.

110 Die öffentliche Hand hat heute die
Möglichkeit, langfristige Kredite mit einem
Zinssatz von weniger als 1 Prozent
aufzunehmen. Private Investoren, die sich
für ÖPP-Projekte interessieren, erwarten
dagegen eine mehrfach höhere Rendite.
Keine Familie käme auf die Idee, mehr

- 115 Zinsen als unbedingt notwendig für den Bau
ihres Hauses oder beim Kauf ihrer Wohnung
zu bezahlen. Dieser Grundsatz muss auch
für das Handeln von Bund, Ländern und
Kommunen gelten.
- 120 Wenn politisch Verantwortliche trotz
negativer Erfahrungen, also wider besseres
Wissen, eine Finanzierungsform für Projekte
der öffentlichen Infrastruktur zu
- 125 beschließen, die zu höheren Kosten für die
Steuerzahler führt, ist unter keinen
Umständen vertretbar.
- 130 Der Parteitag stellt fest, dass mehr Mittel für
die öffentliche Infrastruktur bereitgestellt
werden müssen und dabei keine
Finanzierungs- und Organisationsformen
wie ÖPP eingesetzt werden dürfen, die zur
Verschwendung von Steuergeldern führen.
- 135 Der Parteitag fordert die SPD-
Landtagsfraktion, die sozialdemokratisch
geführte Landesregierung, die SPD-
Bundestagsfraktion sowie die
sozialdemokratischen Mitglieder der
Bundesregierung auf, dafür Sorge zu tragen.

Antragsbereich WF/Antrag 9

Unterbezirk Bochum

Eine umfassende Reform der Erbschaftssteuer ins sozialdemokratische Wahlprogramm

- 5 Soziale Gerechtigkeit ist die Kernkompetenz der SPD. Dies findet Ausdruck darin, dass sich unsere Steuer- und Finanzpolitik an dem Grundsatz ausrichtet, dass starke Schultern mehr tragen können als Schwache. Im Sinne eines funktionierenden Gemeinwesens muss der Staat, vom Bund bis zur Kommune, sicher und solide finanziert sein, sodass jeder einzelne von
- Annahme in Fassung Antragskommission bis Zeile 25 und Überweisung an SPD-Parteivorstand zur Erarbeitung Wahlprogramm 2017
- Zeile 14, ergänzen: ...nicht „ausreichend“ gerecht.
- Rest als Material an SPD-Parteivorstand zur

10 öffentlicher Infrastruktur profitieren kann. Erarbeitung Wahlprogramm 2017

 Diesem Anspruch werden die jüngsten
 Reformen der Erbschafts- und
 Schenkungssteuer nicht gerecht. Zwar
15 verläuft der Steuertarif progressiv, die
 effektive Belastung sinkt de facto jedoch mit
 der Größe der Erbschaft bzw. Schenkung.
 Ein wesentlicher Grund hierfür stellt die
 Begünstigung von Unternehmenserbschaften
20 dar, deren Anteil an der gesamten Erbschaft
 in der Praxis mit der Größe der Erbschaft
 steigt. Deswegen muss die SPD mit dem
 klaren Ziel einer umfassenden
 Erbschaftssteuerreform in den nächsten
25 Bundestagswahlkampf gehen.

 Diese Reform soll sich an folgenden
 Punkten orientieren:
30 1. Die Begünstigungen für Unternehmen
 oberhalb einer zu definierenden
 Erbschaftsgröße entfallen.
 2. Deckelung der Steuervergünstigung für
 kleine und mittlere Unternehmen unterhalb
 der Begünstigungsg nur auf das
35 Betriebsvermögen angerechnet.
 3. Im Gegenzug werden großzügige
 Möglichkeiten zur Stundung der
 Steuerschuld auf maximal 15 Jahre gewährt.
40 4. Der Zeitraum für das Zusammenrechnen
 mehrerer Schenkungen bzw. Erbschaften
 wird von 10 auf 30 Jahre erweitert. So sollen
 Mehrfachnutzungen von Freibeträgen
 vermieden werden.

45 Wir verbinden mit diesen
 Reformvorschlägen das klare Ziel,
 Mehreinnahmen zu erzielen und gegen die
 zunehmende soziale Ungleichheit in der
 Bundesrepublik vorzugehen. Dies ist
50 möglich auch bei weiterhin bestehenden
 Ausnahmeregelungen für kleine und mittlere
 Unternehmen. Die Herausforderungen von
 heute bedürfen einer Stärkung des
 Gemeinwesens, die sich nach unserer
55 Ansicht auch in einer besseren Finanzierung
 desselben zeigen muss.

Begründung:

60

Die Erbschaftssteuer gilt vielen, auch liberalen Ökonomen, als angemessene Art Ungleichheit zu reduzieren. Ihre

65

umverteilende Wirkung hat nach Ansicht der WissenschaftlerInnen keinen nachteiligen Effekt auf die Leistungsbereitschaft von Individuen. Aus Gründen der

70

Arbeitsplatzsicherung sind jedoch Erben von Unternehmen großzügige Sonderregelungen eingeräumt worden, wegen derer das Bundesverfassungsgericht das Gesetz zur Erbschafts- und Schenkungssteuer bereits 2006 und 2014 für verfassungswidrig erklärte. Es bestehen bereits jetzt Zweifel, ob

75

der von der Bundesregierung vorgelegte Reformentwurf vor dem Bundesverfassungsgericht bestehen wird. Grund hierfür sind vor allem die oben genannten umfassenden Verschonungsregelungen für Unternehmen,

80

ohne dass Ausnahmen grundsätzlich verfassungswidrig wären. Für als SozialdemokratInnen geht es bei der Ausgestaltung der Erbschaftssteuer um Verteilungsgerechtigkeit. Die untere Hälfte

85

der Bevölkerung besitzt nahezu kein Vermögen, während am oberen Ende der Verteilung große Erbschaften an wenige Menschen vererbt werden, sodass sich die Konzentration von Vermögen in den nächsten Jahren weiterhin verschärfen wird.

90

Unternehmenserbschaften spielen hierbei eine besondere Rolle, da der Anteil des in Unternehmen gebundenen Vermögens mit der Größe der Erbschaft zunimmt. Die bisherigen Ausnahmeregelungen führen dazu, dass die größten Erbschaften effektiv am geringsten besteuert werden.

95

Schätzungen des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung

100

(IMK) des Hans-Böckler-Stiftung besagen, dass die Vergünstigungen für Unternehmen zwischen 2009 und 2014 zu 43,5 Mrd. € Mindereinnahmen für den Staat geführt haben. Diese Einnahmen, die vor allem den

105

Ländern zufließen würden, werden dringen gebraucht für Infrastruktur, Bildung und die Integration zu uns geflüchteter Menschen.

Deswegen muss sich die SPD für eine umfassende Reform der Erbschaftssteuer einsetzen, die unseren Ansprüchen an ein gerechtes Steuersystem genügt.

Antragsbereich WF/ **Antrag 10**

Ortsverein Köln-Sülz-Klettenberg
(Unterbezirk Köln)

Finanztransaktionssteuer

Votum Antragskommission

1. Aus sozialdemokratischer Sicht ist eine Finanztransaktionssteuer überfällig. Sie muss auf den Aktien- und Anleihehandel ebenso erhoben werden wie auf Derivate.
5 Einen Steuersatz von 0,1 % (bei Derivaten 0,01 %) halten wir für angemessen. Sollten Verabredungen in einem nennenswerten Teil des Euro-Raumes in absehbarer Zeit nicht möglich sein, setzen wir uns für die
10 Erhebung einer nationalen Steuer ein.
2. Die SPD spricht sich gegen die Fortgeltung der Steuerfreiheit für Veräußerungsgewinne von
15 Kapitalgesellschaften aus.
3. Die Unterscheidung zwischen Gewerbetreibenden und Freiberuflern ist mehr als überholt, ebenso wie es die Begründung zur Einführung dieser Steuer als Ausgleich für die verstärkte Inanspruchnahme von kommunalen Wegen beim Transport der Arbeitsmittel für die jeweiligen Gewerke durch Pferdefuhrwerke
20 war. Heute ist diese gewichtige kommunale Steuer gerechterweise auf alle Unternehmungen zu erheben. Begründete qualitative Unterscheidungsmerkmale gibt es nicht.
25
30
4. Die SPD setzt sich dafür ein, dass vorhandene Ansprüche aus Riester-Verträgen nicht auf die Grundsicherung im Alter angerechnet werden.

Deckelung der Dispozinsen

Votum Antragskommission

5 Die Landesregierung beauftragt wird, im Sparkassengesetz NRW eine Deckelung der Dispozinsen festzuschreiben, da der von der Landesregierung NRW im Bundesrat eingebrachte Gesetzesentwurf von der Bundesregierung abgelehnt wurde.

Begründung:

10 Angesichts der derzeitigen Niedrigzinsphase der EZB ist es unverantwortlich von den Verbrauchern zu hohe Zinsen zu verlangen, die viele in die Schuldenfalle abdriften lassen. Reiche zahlen keine Dispozinsen, da
15 sie keine Kredite benötigen.

Annahme in Fassung Antragskommission und Weiterleitung an SPD-Parteivorstand zur Erarbeitung Wahlprogramm 2017

Neue Überschrift: Obergrenze für Dispozinsen und Zinsen für Überziehungskredite

Neuformulierung: Der Landesparteitag begrüßt weiterhin die Forderung der Landesregierung, eine Obergrenze für Dispozinsen und Überziehungskredite einzuführen.

Herausgeber: SPD-Landesverband NRW

Kavalleriestr. 16

40213 Düsseldorf

Für den Inhalt der Anträge sind die jeweiligen Antragsteller verantwortlich.